

**Stenografisches Protokoll**  
- Endgültige Fassung\* -

der 57. Sitzung  
des 2. Untersuchungsausschusses  
am Freitag, dem 1. März 2013, 9 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1 – 55
- EKHK Jürgen Dressler	1
- KHK Michael Brümmendorf	1
- MDg Hans-Georg Engelke, BMI	46

\*Hinweis:

Die Korrektur des Zeugen EKHK Jürgen Dressler wurde in das Protokoll eingearbeitet (Anlage).

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

**Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses**

Freitag, 1. März 2013, 09:00 Uhr

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

<b>Ordentliche Mitglieder des Ausschusses</b>	<b>Unterschrift</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses</b>	<b>Unterschrift</b>
<b><u>CDU/CSU</u></b>		<b><u>CDU/CSU</u></b>	
Binninger, Clemens	.....	Hahn, Florian	.....
Schipanski, Tankred	.....	Heinrich, Frank	.....
Schuster (Weil am Rhein), Armin	.....	Schön (St. Wendel), Nadine	.....
Stracke, Stephan	.....	Winkelmeier-Becker, Elisabeth	.....
<b><u>SPD</u></b>		<b><u>SPD</u></b>	
Edathy, Sebastian	.....	Gleicke, Iris	.....
Högl, Eva, Dr.	.....	Kolbe (Leipzig), Daniela	.....
Rix, Sönke	.....	Özoguz, Aydan	.....
<b><u>FDP</u></b>		<b><u>FDP</u></b>	
Tören, Serkan	.....	Kurth (Kyffhäuser), Patrick	.....
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid	.....	Schulz, Jimmy	.....
<b><u>DIE LINKE.</u></b>		<b><u>DIE LINKE.</u></b>	
Pau, Petra	.....	Petermann, Jens	.....
<b><u>BÜ90/GR</u></b>		<b><u>BÜ90/GR</u></b>	
Wieland, Wolfgang	.....	Ströbele, Hans-Christian	.....

Stand: 20. Februar 2013

Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

2. Untersuchungsausschuss

off

Freitag, 1. März 2013, 09:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU	.....	.....
SPD	.....	.....
FDP	.....	.....
DIE LINKE.	.....	.....
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	.....	.....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

REICHELT	SPD	Reichelt
THAUWITZ	SPD	Thauwitz
Molsberger	CDU/CSU	Molsberger
v. Wangen	SPD	v. Wangen
Lindke	B90/Grüne	Lindke
Lanz	FDP	Lanz
Wald	Linke	Wald
WEB	SPD	WEB
MEYER	SPD	MEYER
HORSETH		HORSETH
Kant	Grüne	Kant
Viehbeck	SPD	Viehbeck
Wepfingh	SPD	Wepfingh
von DIESE	FDP	von DIESE
Wock	SPD	Wock

2. Untersuchungsausschuss

off

Freitag, 1. März 2013, 09:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

HEYER

SPD

Scharlau

FDP

A. Scharlau

Schuppert

SPD

Köhler

CDU/CSU

A. Kroll

CDU/CSU

Kroll, C.

FDP

Maffei

Linke

DRESCHER

CDU/CSU

Freitag, 1. März 2013, 09:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BMI	Wiers	RD	Wiers
BMI	Witz	SonderBee	Witz
PI BB	Meibert	RD'in	Meibert
BKA	Gosswald	MOR	Gosswald
BKA	Aubach	KOL'n	Aubach
MI BB	Treffke	TD	Treffke
BMI	Schmerbach	RR	Schmerbach
BMI	FREUDING	RR	Freuding
RAF	Krause	RR	Krause
BMI	Haus	RR	Haus
BMI	Liehl	ORn	Liehl
BMI	Honke	TBe	Honke
BMC	Schaf	HOR	Schaf
GDA	Kaiser	St	Kaiser
BK	Reinhardt	RD	Reinhardt
BKA	Herrmann	OR/in	Herrmann
BfDI	Persolke	TIP'n	Persolke
BfVg	YONBERS	Ref	Yonbers

Bundesrat (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Stempar	Stempar	RR	LSA
Müllenberg	Müllenberg	RD'in	TH
Dr. Pöschel	Pöschel	ORR	BY
Sauer	Sauer	RR	BE
Falk	Falk	RR	Sachsen
Lv My	Lv My	LD	BY
SCHÖBER	Schöber	BY RR	BY
DR. SCHMIDT	Schmidt	RR	TH
HORSCH	Horsch	MDgt	TH
Dr. Fahnen	Fahnen	Beauftragte	BY
DR. BERNER	Berner	OR/in	TH



(Beginn: 9.27 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie begrüßen zur 57. Sitzung des laufenden Untersuchungsausschusses.

Ich rufe den **einzigsten Punkt der Tagesordnung** auf:

Vernehmung von Zeugen:

- EKHK Jürgen Dressler
- KHK Michael Brümmendorf
- MDg Hans-Georg Engelke, BMI

Wir haben heute eine Sitzung zur Beweisaufnahme, und diese Beweisaufnahme erfolgt in Form der Vernehmung von drei Zeugen. Die beiden ersten Zeugen sind Herr Kriminalhauptkommissar Jürgen Dressler und Herr Kriminalhauptkommissar Michael Brümmendorf vom Landeskriminalamt Thüringen bzw. vom Bundeskriminalamt. Diese beiden Zeugen werden im Rahmen einer Gegenüberstellung zeitgleich vernommen, und wir haben dann anschließend als dritten Zeugen Herrn Ministerialdirigenten Hans-Georg Engelke zum Vorgang Vernichtung von Akten im Bereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass wir um 10 Uhr und gegen 14 Uhr, wenn denn die Sitzung länger als bis 14 Uhr dauern sollte, unterbrechen müssen wegen zweier namentlicher Abstimmungen im Plenarsaal.

(Zuruf: 12 Uhr!)

- 12 Uhr sogar. Ja, dann werden wir definitiv unterbrechen müssen.

Ich stelle fest, dass die Vertreter der Medien, soweit sie Geräte für Ton-, Film- und Bandaufnahmen mit sich geführt haben, den Sitzungssaal bereits verlassen haben. Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Das gilt auch für die Gäste auf der Besuchertribüne, denen es nicht erlaubt ist, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in den Sitzungssaal mitzubringen. Weil die Gefahr der Übertragung aus dem Sitzungssaal und damit einer Aufzeichnung außerhalb des Saales besteht, kann auch die Benutzung von Handys während der gesamten Sitzung nicht gestattet werden. Ich möchte Sie daher bitten, sofern

noch nicht geschehen, etwaig aktivierte Funktelefone auszuschalten.

**Vernehmung der Zeugen  
Jürgen Dressler und  
Michael Brümmendorf**

Ich begrüße als Zeugen Herrn Ersten Kriminalhauptkommissar Jürgen Dressler und Herrn Kriminalhauptkommissar Michael Brümmendorf. Ich darf beide Zeugen darauf hinweisen, dass von der heutigen Zeugenvernehmung der Bundestag eine Tonbandaufnahme fertigt, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt worden ist, wird die Aufnahme gelöscht. Beiden Zeugen wird das Protokoll der Vernehmung nach Fertigstellung übermittelt. Sie haben dann, sofern Sie es wünschen, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass Herr Dressler ordnungsgemäß geladen worden ist. Die Ladung hat er am 26. Februar 2013 erhalten. Die Aussagegenehmigung des Thüringer Landeskriminalamtes liegt vor, datiert vom 11. Februar 2013.

Herr Brümmendorf hat ebenfalls die Ladung am 26. Februar 2013 erhalten, und für ihn gilt eine Aussagegenehmigung, die das Bundeskriminalamt bereits am 7. Februar 2013 erstellt hat.

Das Sekretariat des Untersuchungsausschusses hat mich darauf hingewiesen, dass es aus rechtlichen Gründen naheliegend sei, Sie getrennt zu belehren. Das heißt, ich muss jetzt und werde jetzt zweimal denselben Text vortragen, zunächst mit Blick auf Herrn Dressler.

Herr Dressler, Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf

solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie dazu Fragen, Herr Dressler?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Keine.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann, Herr Brümmendorf, komme ich zu Ihrer Zeugenbelehrung. Sie sind, Herr Brümmendorf, als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie dazu Fragen, Herr Brümmendorf?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Vorstellung ist - entgegen der getrennten Belehrung - entbehrlich. Das haben wir ja noch in guter Erinnerung vom 22. Februar 2013, als Sie beide damals getrennt als Zeugen hier vor dem Ausschuss gehört worden sind.

Anlass der Vernehmungsgegenüberstellung sind die Ereignisse im Februar 1998, die nach Eindruck des Ausschusses nicht deckungsgleich aus der Erinnerung heraus von Ihnen beiden geschildert worden sind. Es geht bei dieser Zeugenüberstellung nicht darum, einen von Ihnen oder beide vorzuführen, sondern uns bei der Suche nach der Wahrheit zu helfen.

Wir haben gestern durch das Bundeskriminalamt einen Vermerk erhalten, der mich jedenfalls insofern überrascht hat, als aus diesem Vermerk hervorgeht, dass es bei der Feststellung und Sicherung von Unterlagen in der Garage an der Kläranlage im Januar 1998 in Jena offenkundig - ich sage mal - mittlerweile mindestens, aber nach BKA-Schilderung genau, drei Dokumente gegeben haben muss. Die sind auch dokumentiert durch entsprechendes Bildmaterial, drei Dokumente, zwei Telefon- und Adresslisten mit jeweils einer handschriftlich beschrifteten Rückseite und eine dritte Seite, ein separates Dokument, einseitig beschriftet, mit Namen und Telefonnummern. Bisher war im Ausschuss nur die Rede von einer Telefon- bzw. Adressliste, die sich in einem Pappkarton befunden haben soll. Nach Angaben des BKA ist die dritte Liste, das heißt die einseitige handschriftlich beschriebene Liste, ebenfalls im nämlichen Pappkarton gewesen. Die zweite Telefon- und Adressliste, beidseitig beschriftet, habe sich in einer Plastiktüte der Supermarktkette REWE befunden.

Ich würde eigentlich ganz gerne meine Fragen an Sie damit beginnen, ob Ihnen von der Plastiktütenliste etwas bekannt ist, die nach Darstellung des Bundeskriminalamtes eine aktualisierte Version der Adress- und Telefonliste aus dem Pappkarton darstellen soll. Herr Dressler, Herr Brümmendorf, ist Ihnen eine Liste aus einer Plastiktüte bekannt? Ich weiß nicht, ob Herr Dressler anfängt.



**Zeuge Jürgen Dressler:** Also, mir ist diese Liste nicht bekannt. Mir ist, ehrlich gesagt, auch diese Plastiktüte nicht mehr erinnerlich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe Sie eben nicht verstanden. Wenn Sie es - -

**Zeuge Jürgen Dressler:** Mir ist auch diese Plastiktüte nicht mehr erinnerlich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Brümmendorf, sind Sie in Ihrer Zeit - - Sie waren ja zwei Wochen vor Ort im Februar 1998 beim LKA in Thüringen als Vertreter des Bundeskriminalamtes. Ist Ihnen eine Plastiktüte mit einer Telefonliste erinnerlich?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein, soweit ich mich erinnere, war da überhaupt gar keine Tüte. Ich habe mich also konzentriert auf diesen Karton, der auch in meinem Asservatenauswertungsvermerk konkret auch bezeichnet worden ist, und da habe ich die Liste draus entnommen und entsprechende Auswertungen gefertigt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist Ihnen erinnerlich, dass sich in dem Pappkarton neben der A4-Liste mit der Rückseite noch ein weiterer Zettel befunden hat? Herr Brümmendorf.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Erinnerlich nicht mehr, aber nach Aktenstudium muss ich davon ausgehen, dass dieser weitere Zettel auch dort in diesem Karton gewesen sein muss.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich weiß nicht, ob Sie vielleicht - - Vielleicht können Sie beide einfach das zweite Mikrofon noch zusätzlich anschalten, dann - -

(Zuruf: Geht nicht!)

- Ach, das geht nicht. Okay. - Dann bitte ich Sie, vielleicht das Mikrofon ein bisschen näher zu sich heranzuziehen.

Herr Dressler, wir finden im Durchsuchungs- und Sicherstellungsprotokoll des Landeskriminalamtes Thüringen eine Auflistung. Unter laufender Nummer 20: „REWE-Plastiktüten (A u. B) mit folgendem Inhalt:“, und dann steht unter 20.1.3: „Mappen mit

diversen Papieren“. Daran erinnern Sie sich nicht?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Nein, kann ich nichts dazu sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie bitte?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Nein, da kann ich nichts dazu sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, das ist offenkundig der Fundort der zweiten, angeblich aktualisierten Telefonliste. Und dass sich im Asservat mit der laufenden Nummer 23, „Pappkartons (A, B, C)“, unter den „diverse Papiere und lose Blätter“ neben der Telefonliste noch ein einzelnes Blatt befunden haben soll, ist Ihnen auch nicht erinnerlich?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Wie gesagt, die Auswertung der schriftlichen Unterlagen, da hatten wir das BKA um Unterstützung gebeten. Ich kann nicht sagen, was im Einzelnen da drin war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dressler, wer hatte denn die eigentliche Auswertungsarbeit?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Die Auswertung obliegt natürlich der Sachbearbeitung. Das ist üblicher Standard nach Abschluss einer Durchsuchung. Hier hat es sich aufgrund der Vielzahl der Asservate halt erforderlich gemacht, entsprechend eine Auf- und Zuteilung zu machen. Wir hatten uns dann, nachdem das BKA uns seine Unterstützung zugesagt hatte, darauf verständigt, dass die Kollegen die schriftlichen Unterlagen machen. Ich hatte das letzte Mal schon erklärt: Weil dort relativ viele Zufallsfunde mit beinhaltet waren und die Kollegen vom BKA über TESCH eine relativ schnelle Möglichkeit hatten, die strafrechtliche Relevanz hieraus zu erkennen, haben sie diese Aufgabe übernommen. Ansonsten haben wir eine Trennung vorgenommen in verschiedene Bereiche. Ich habe mich den kriminaltechnischen Untersuchungen weitestgehend gewidmet. Ein anderer Kollege hat sich den Disketten gewidmet. Das habe ich zumindest aus den Akten wieder gelesen. Und in der Form erfolgte halt die Aufteilung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dressler, die Durchsuchung der Garage fand statt am 26. Januar 1998. An dem Tag entzogen sich Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe dem polizeilichen Zugriff durch Untertauchen.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Seit dem 28. Januar 1998 lagen Haftbefehle für die drei untergetauchten Personen vor, -

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - und seitdem war das LKA Thüringen auf der Suche.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Können Sie mir erklären, warum nach Aussage von Herrn Brümmendorf erst, als dieser 14 Tage, ungefähr zwei Wochen später als Entsandter des BKA zum LKA Thüringen gegangen ist, diese Liste aufgefunden wurde in einem Pappkarton?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Im Detail kann ich Ihnen das nicht mehr sagen. Es waren definitiv damals sehr viele zeitgleiche Aufgaben zu erledigen, sodass wir an die Auswertung dieser Unterlagen - und es war ja doch recht umfangreich; deswegen hatten wir auch das BKA mit zur Unterstützung gebeten - nicht gekommen sind bis zu dem Zeitpunkt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dressler, Sie sind Kriminalbeamter. Ich bin Sozialwissenschaftler. Aber nach meinem laienhaften Verständnis ist es doch eigentlich relativ naheliegend, wenn ich Unterlagen von flüchtigen Personen finde und sich in diesen Unterlagen eine zum Teil maschinengeschriebene, eine zum Teil handschriftliche Liste mit Kontaktpersonen befindet, dass das ein erstklassiger Aufhänger sein könnte für eine gezielte Suche nach flüchtigen Personen.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Da haben Sie recht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dressler, Sie haben, als Sie letzte Woche

hier als Zeuge aufgetreten sind, bezogen auf die Liste - also, wir sprechen jetzt von einer von dreien ganz offenkundig, also die Liste aus dem Pappkarton - ausgeführt, Sie hätten sich nicht erinnern können, ob Sie diese Liste mal gesehen haben oder nicht.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja, habe ich gesagt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat sich an diesem Stand Ihrer Erinnerungsfähigkeit etwas geändert seither?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Nur insofern: Ich muss sie gesehen haben, zumindest bei der Aktenordnung logischerweise. Was ich ja auch das letzte Mal schon sagte, war der Umstand, dass ich mich an diese Kfz-Liste erinnere. Das hat sich beim nochmaligen Sichten der Akten auch insofern bestätigt. Aber offensichtlich handelt es sich hierbei um eine andere Kfz-Liste. War mir auch nicht mehr so gegenwärtig, aber es gibt offensichtlich in der Durchsuchung des Herrn Mundlos eine artgleiche Liste mit Kennzeichen, und offensichtlich hatte ich mich an diese erinnert, weil ich diese auch eigenständig dem LfV zugänglich gemacht habe, da wir davon ausgingen, dass auch sie mit ihren Fahrzeugen davon betroffen waren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Diese Liste mit den Kfz-Kennzeichen ist ja eine andere Angelegenheit. Da war ja die Vermutung - -

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja, aber das - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wenn ich das richtig sehe: Da war ja die Vermutung, dass einer von den dreien offenkundig eine Tabelle angelegt hat mit Kennzeichen von Zivilfahrzeugen der Polizei.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir sprechen jetzt aber von der Adress- und Kontaktliste, die Herrn Mundlos zugeordnet wird.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Das ist mir bewusst. Nur, mein Aufhänger war, weil ich da selber aktiv wurde, diese Kfz-Liste, und ich habe jetzt festgestellt, dass diese Kfz-Liste

offensichtlich aus der Durchsuchung Mundlos stammte und nicht aus dieser Durchsuchung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nur, Herr Dressler, was hätte Ihnen denn diese Kfz-Liste für die Suche nach drei flüchtigen Personen helfen können? Das wäre doch die Adress- und die Kontaktliste gewesen.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Das ist richtig. Ich glaube, wir verstehen uns hier an dieser Stelle nicht richtig. Ich habe Ihnen das letzte Mal gesagt, dass ich mich an diese Kfz-Liste erinnere, und die gehört ja auch auf der anderen Seite zu dieser Kontaktliste hinten als Anlage mit dran, zumindest unter dem Durchsuchungspunkt mit aufgelistet. Aber offensichtlich habe ich mich erinnert an diese Durchsuchung des Herrn Mundlos.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, das Protokoll der Sicherstellung dessen, was in der Garage in Jena aufgefunden wurde, weist aus, laufende Nummer 20: „2 REWE-Plastiktüten ... mit folgendem Inhalt:“, „unter anderem Mappen mit diversen Papieren“, laufende Nummer 23: „Pappkartons“, einer von denen „diverse Papiere und lose Blätter“. Das ist offenkundig der Pappkarton, mit dem sich Herr Brümmendorf beschäftigt hat. Und dann gibt es noch einen dritten. Es gibt etliche Punkte, aber diese Liste, die Sie meinen, die ist separat aufgeführt unter 20.B.3, „Liste mit amtlichen Kennzeichen, offensichtlich Polizeifahrzeuge (2 Blätter in Folie)“. Da steht nicht, dass diese Liste gewissermaßen eine Anlage zu irgendeiner Telefon- oder Adressliste wäre. Das war offenkundig ein separates Dokument. Ich frage mich nur, Herr Dressler, -

**Zeuge Jürgen Dressler:** Das ist richtig, aber - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - wenn Sie auf der Suche waren - das war ja doch offenkundig Ihre Aufgabe, oder? - von drei flüchtigen Personen -

**Zeuge Jürgen Dressler:** Das ist richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - ja -, dann widmet man sich doch nicht prioritär dieser Liste mit Kennzeichen offensichtlich von Polizeifahrzeugen.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich habe mich dieser Liste nicht primär gewidmet. Ich habe nur gesagt, dass ich daran meine Erinnerung festgemacht habe, nicht dass - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Also, Sie können sich an die Liste mit den Kfz-Kennzeichen erinnern, an die andere nicht.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Weil ich da selbstständig aktiv geworden bin auch. Und „Anlage“ bezieht sich auf die Aktenordnung, wie ich sie vorgefunden habe. Das meinte ich mit „Anlage“, und zwar hängt da der Bericht des Kollegen Brümmendorf und anschließend als Anlage verschiedene Dinge, unter anderem diese Kfz-Liste. Und ich nahm zunächst an, dass es diese ist. Aber es gab eine zweite, die offensichtlich beim Herrn Mundlos sich befand.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, ich will Ihnen mal Folgendes vorhalten aus dem vorläufigen Protokoll der Vernehmung von Herrn Brümmendorf. - Herr Brümmendorf, sagen Sie es noch mal ganz kurz, wann Sie genau beim LKA in Thüringen waren.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Die Anreise von mir und meiner Kollegin Frau Beischer-Sacher erfolgte am 15.02. Wir sind dann morgens zum Dienstbeginn beim LKA beim Herrn Dressler aufgetaucht und haben unsere Mithilfe und Unterstützung angeboten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, 26.01. Durchsuchung Garage, 28.01.98 Haftbefehle, 15. Februar zwei BKA-Beamte - insgesamt waren es ja drei, Brümmendorf, Beischer-Sacher und der Herr -

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Herr Packeiser.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - Packeiser, genau. - Herr Brümmendorf hat hier - ich will das mal auszugsweise zitieren, Herr Dressler, mit der Bitte, dass Sie dazu mal Stellung nehmen - am 22. Februar Folgendes ausgeführt, was für mich den Eindruck nahelegt, dass es mir nicht ganz plausibel zu erscheinen scheint, dass Sie sich daran nicht erinnern. Also, Brümmendorf,

Seite 69, vorläufiges Protokoll, Sitzung vom 22. Februar 2013, 54. Sitzung des Ausschusses:

Schaut mal nach, was ihr für Fahndungsansätze da eventuell herausbekommen könnt.

Soll Dressler laut Aussage von Brümmendorf gesagt haben, genau.

Brümmendorf weiter:

... habe ich eine Asservierung vorgenommen mit Asservaten-aufklebern des LKA Thüringen und habe da natürlich auch den Herrn Dressler als den Verfahrensführer beigezogen. ...

Ich bin ... natürlich, als ich gerade diese Liste gefunden habe, unmittelbar zum Herrn Dressler, dem Verfahrensführer, gegangen, und habe gesagt: Hier, guck dir die Liste an. Die ist bei den Asservaten dabei, vermutlich Mundlos zuzuordnen. Wie können wir die verwerten? Hast du da andere Informationen? Hast du die Liste schon mal gesehen? - Das hat er verneint.

Also Sie hätten verneint, die Liste schon mal gesehen zu haben.

Herr Brümmendorf, war das am 15. Februar?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Das müsste am 16. oder 17. Februar gewesen sein. Den genauen Termin erinnere ich nicht mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Also, einen Tag, zwei Tage nachdem Sie beim LKA Ihre befristete Tätigkeit aufgenommen haben.

Mitte Februar - hat uns Herr Brümmendorf gesagt - sei er, Herr Dressler, zu Ihnen gekommen. Herr Brümmendorf hatte die Aufgabe, diesen Pappkarton zu sichten, und dann hätte er zu Ihnen gesagt - ich sage es noch mal -:

Hier, guck dir die Liste an. ... Wie können wir die verwerten? ... Hast du die Liste schon mal gesehen?

Das hätten Sie verneint. Also, bis zum 15., 16., 17. Februar hätten Sie die Liste noch nicht gesehen.

Herr Brümmendorf weiter, Seite 70 des vorläufigen Protokolls:

Er

- gemeint sind Sie, Herr Dressler -

hat sich die Liste angeschaut, und ich habe gesagt:

- also Brümmendorf -

„Kennst du die Liste?“, und er hat gesagt:

- Dressler -

Ja, das sind die Leute um Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe. Die haben wir in den letzten drei Jahren seit 95, 96, 97 ja gut auf - - sagen wir mal, unter Wind gehabt, haben sie mehrfach in verschiedensten Ermittlungsverfahren untersucht, die Personen. - Ich habe ihm deshalb auch vorgeschlagen,

- Brümmendorf -

dass ich mich mit den Asservaten - insbesondere mit diesem Asservat, wo es um die Personennamen geht - zurückhalte, weil ich diese Personen so detailliert wie er

- Dressler -

nie kennen konnte natürlich.

Herr Brümmendorf weiter:

Ich habe das so interpretiert, wie der Herr Dressler mir das seinerzeit erläutert hat: dass sehr wohl diese Personen zum Teil bekannt - oder ihm bekannt geworden - sind im Rahmen der Ermittlungsverfahren, die er geführt hat. Da werden ja auch Telefonüberwachungsmaßnahmen gewesen sein, da werden Kontaktpersonen geprüft worden sein etc.

Meine letztendliche Entscheidung

- Brümmendorf hier, am 22.02. -

bzw. Absprache mit dem Herrn Dressler war so, dass ich gesagt habe -

- Brümmendorf -

ich kenne die individuellen Beziehungen dieser Personen zu den drei Flüchtigen überhaupt nicht, ich kann sie nicht beurteilen, ich kenne die verwandtschaftlichen Beziehungen möglicherweise nicht, die freundschaftlichen Beziehungen nicht, ich kenne die Organisations-

beziehungen, die diese Personen mit den drei Flüchtigen haben, nicht, ich kenne die Arbeitsstellen der Flüchtigen nicht und die Beziehungen dieser Personen zu diesen drei Flüchtigen nicht -: Ich werde

- Brümmendorf -

einen Entwurf schreiben, aber mich mit dieser Liste nicht näher beschäftigen. - Deshalb ist dieser Asservatenauswertevermerk auch einerseits gekennzeichnet als Entwurf ...

Das geht auch aus dem Vermerk von Herrn Brümmendorf so hervor.

Und dann sagt Brümmendorf:

... der Sachbearbeiter ist als Herr Dressler hier eindeutig definiert.

Und dann noch zum Schluss als Vorhalt aus der Aussage von Herrn Brümmendorf:

Diese Namenslistenüberprüfung war Aufgabe des Herrn Dressler; das war die Absprache.

Dann darf ich mich mal zitieren bei der Gelegenheit, Seite 75. Das dürfen nicht nur frühere bayerische Innenminister. Da sage ich zu Brümmendorf:

... muss ich jetzt noch mal konkret fragen: Die Vereinbarung, die Sie dann getroffen haben wollen - mit Dressler, was die Mundlos zugeordnete Adress- und Telefonliste betrifft, und mit Fahner, was die Liste mit den Kraftfahrzeugkennzeichen mutmaßlicher Polizeifahrzeuge betroffen hat ... Sie machen sozusagen nur einen Vermerk im Entwurfsstadium, und die nähere Abklärung und die Schlussbewertung muss das LKA dann selber machen.

Zeuge Brümmendorf:

Genau so war es, ja.

Herr Brümmendorf, wenn ich jetzt vortragen habe, was Sie vor einer Woche im Ausschuss gesagt haben: Stehen Sie nach wie vor zu diesen Äußerungen?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ja, das ist meine feste Erinnerung noch. Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dressler, wenn ich Ihnen das so vortrage,

was, wie Herr Brümmendorf gerade noch mal bestätigt hat, auch heute noch seine feste Erinnerung hat, fällt Ihnen das ein, dass damals im Februar 1998 Herr Brümmendorf mit der Liste zu Ihnen gekommen ist, nach seiner Zeugenaussage zweimal zu Ihnen gekommen ist, einmal zu Beginn, als er die Liste gefunden hat, und zweitens zur Übergabe seines Vermerkes?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Also, zum Ersten: Ich bewundere ja dieses Erinnerungsvermögen des Kollegen Brümmendorf und will es auch - - muss es erst mal so hinnehmen, da ich ja kein besseres habe. Das habe ich auch bei der letzten Vernehmung hier so kundgetan. Ich kann mich an diesen Sachverhalt in der Form nicht erinnern. Das muss ich so sagen. Das war auch der Grund dafür, weswegen ich Herrn Brümmendorf ungefähr 14 Tage vor unserer ersten Vernehmung hier angerufen habe in Meckenheim und habe ihn gefragt zu dieser Liste, da mir da jeglicher Bezug fehlt. Herr Brümmendorf, mit dem habe ich mich nur dahin gehend unterhalten und habe ihn gefragt: Was war nun mit der Liste? Mir fehlt da wirklich jeder Faden. - Er hat mir gesagt, er versteht auch nicht diese Aufregung um diese Liste, letzten Endes wären das bundesweit bekannte Rechte gewesen, die jeder kannte, wer die sind. Und so sind wir auseinandergegangen.

Ich habe ihn nicht angerufen, um irgendwelche Absprachen zu treffen, sondern weil ich, nachdem das Thema sozusagen hochkam, mich wirklich nicht daran erinnern konnte. Er hat mir daraufhin noch einen Presseartikel per E-Mail zugesandt, wo das Gegenstand war, oder der beinhaltete mehr oder weniger diesen Sachverhalt mit dieser Liste. Über diesen Punkt komme ich leider nach wie vor nicht hinaus.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Brümmendorf hat gesagt, kurz vor seiner Abreise - ich zitiere - habe er „dem Herrn Dressler als Entwurf gegeben, habe ihm ... gesagt: ‚Was macht die Telefonliste?‘“. Also, er will Sie mehrfach angesprochen haben.

Herr Dressler hat - - Herr Brümmendorf hat darüber hinaus einen handschriftlichen Vermerk gefertigt, der auch Gegenstand des Gespräches mit Herrn Brümmendorf vor einer Woche gewesen ist. Ich lasse den gerade suchen hier. Hat den jemand da? Das war mit Starke und - - Das ist MAT A TH-1/3. Da hatte vor einer Woche Herr Brümmendorf

seine eigene Handschrift identifiziert, und da schreibt er:

Aus Ass. 20.B.1 - Garage 5 -

- 20.B.1, das ist der Pappkarton - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Das ist die Tüte!)

- Ist das die Tüte?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Die Tüte! Die REWE-Tüte! Eine der  
zwei REWE-Tüten!)

- Das ist eine von den - - Ja, genau. Er bezieht sich auf die Korrespondenz, nicht auf eine weitere Liste. Er bezieht sich auf Korrespondenz von Mundlos unter anderem mit Starke. Also, jedenfalls schreibt Brümmendorf:

=> Hinweis auf Thomas STARKE  
auf Torsten SCHAU  
als mögl. Unterschluß

Ist Ihnen das erinnerlich, dass Sie darauf hingewiesen worden sind?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Das ist die Liste, die mir letztens vorgelegt wurde. Ist das richtig?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na, das ist ein handschriftlicher Vermerk von Herrn Brümmendorf.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Der konnte Ihnen nicht vorgelegt werden, weil das hatten wir zum Gegenstand der Befragung von Herrn Brümmendorf gemacht, und Sie waren ja vor Herrn Brümmendorf hier.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Mir wurde aber ein derartiger Zettel, denke ich, hier vorgelegt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich weiß nicht, welchen Zettel Sie da vorliegen haben, aber ist Ihnen erinnerlich, dass - - Herr Brümmendorf, Sie erinnern sich ja an diesen Vermerk, nicht?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie den Herrn Dressler übergeben?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Das weiß ich nicht mehr definitiv. Ich vermute das aber, weil es nicht - - Das war am Freitag, am Tag der Abreise, und habe daher einerseits natürlich dokumentiert, welche Auswertungen ich aus dem JVA-Schriftverkehr entnommen habe, welche Unterschluß- und Fahndungsansätze ich da in Erwägung gezogen habe, und habe dann als Ziffer 1 eben diesen Hinweis hinterlassen und habe auch die Telefonnummern der in den Bankkontoermittlungen eingebundenen Kreditinstitute auch zur Kenntnis hinterlassen unter Ziffer 2 und 3, weil ich nicht wusste, ob ich in der darauffolgenden Woche wieder vor Ort sein werde, und falls am Wochenende dann Rückfragen seitens der Kontoermittlungsinstitute erfolgen sollten, dass dann auch die Ansprechpartner bekannt seien. Insoweit habe ich die Liste am Freitag, am Tag der Abreise, hinterlegt, hinterlassen und habe, was die Auswertung des JVA-Schriftverkehrs betraf, natürlich auch gesagt, was ich da rausbekommen habe oder glaubte rausgefunden zu haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Brümmendorf, wenn Sie - Sie sind ja nun auch Kriminalbeamter - auf der Suche sind nach drei Personen, die sich einem polizeilichen Zugriff durch Untertauchen entzogen haben, und Sie finden eine oder mehrere Telefonlisten und wenn man sich das anschaut: Die scheinen ja richtig benutzt worden zu sein. Die sind mehrfach gefaltet. Teilweise hat man den Eindruck, die sind noch mit Klebestreifen anschließend verstärkt worden, damit sie nicht auseinanderfallen. Da hat man den festen Eindruck, es hat jemand auch öfter mal bei sich getragen und nicht irgendwie als A4-Liste mal irgendwo in die Schublade gesteckt. Was war denn Ihr Eindruck? Ich meine, es wird nach drei Leuten gesucht. Sie finden eine Kontaktliste. Sie gehen davon aus, das ist einer von den drei Personen zuzuordnen, nämlich Herr Mundlos. Ist das nicht absolut naheliegend, dem unmittelbar auch nachzugehen, ob sich aufgrund der Abarbeitung der Kontaktadressen und der Telefonnummern möglicherweise Anhaltspunkte für den Aufenthaltsort der drei flüchtigen Personen ergeben? Was sagt da Ihre Erfahrung?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Natürlich geht man diesen Personenlisten oder dieser Personenliste nach. Deshalb bin ich ja auch zum Herrn Dressler nach meiner Erinnerung

gegangen, habe ihn gefragt: „Kennst du die Leute auf der Liste?“, und er hat mir gesagt: Ja, das sind die drei, die Clique um die drei Leute. - Und man hat sich natürlich auch tagsüber das eine oder andere Mal - und auch bei dieser Gelegenheit, glaube ich mich zu erinnern - darüber gesprochen: Ja, wo sind sie denn? Wo vermutest du diese Personen denn? - Und die mehrfache Antwort darauf war, dass Herr Dressler davon ausging, dass sie definitiv noch in Jena seien, die Personen, die drei abgetauchten. Ein Video, eine Videoaufzeichnung einer Bank hat ja auch Böhnhardt am 11.02. noch in Jena aufgezeichnet. Und ich habe gefragt: Bei wem hält er sich - - halten die sich denn auf? - Und die Antwort war auch, dass diese drei abgetaucht seien mithilfe oder bei irgendeinem von der „Kameradschaft Jena“. Entsprechend ist ja auch unsere Berichterstattung an das Bundeskriminalamt am 18.02. erfolgt, dass wir gesagt haben: Unterstützer und Täter sind aus dem Kreis der „Kameradschaft Jena“.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, Herr Brümmendorf, noch mal: Sie waren ab dem 15. Februar vor Ort in Erfurt, und als Sie dann gegangen sind - - Oder zu welchem Zeitpunkt haben Sie den Entwurf Ihres Vermerkes Herrn Dressler gegeben Ihrer Erinnerung nach?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Das kann ich nicht mehr genau definieren, aber es dürfte an dem letzten Freitag gewesen sein. Das war, glaube ich, der 26. oder 27. Februar.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, Sie waren ja - - Zwei Wochen waren Sie insgesamt da, -

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - und zum Abschluss Ihrer Tätigkeit in Erfurt haben Sie Ihrer Erinnerung nach unter anderem, wie Sie sagen, den Entwurf eines Vermerkes zu dieser Adress- und Telefonliste Herrn Dressler übergeben?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dressler, ist Ihnen das in Erinnerung, dass

Ihnen dieser Vermerk übergeben worden ist von Herrn Brümmendorf?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Das kann ich letzten Endes nicht ausschließen, denn wir haben uns mehrfach und wiederholt über diverse Ermittlungsstände und auch Fahndungsstände unterhalten. Das gehört einfach schlicht und ergreifend dazu. In einem nachfolgenden Telefonat konnten wir noch klären, dass eine Zusammenarbeit oder ein gegenseitiges Kennen der Zielfahndung und des Herrn Brümmendorf ausgeschlossen ist - das hat also nicht stattgefunden -, weil mir das auch nicht mehr so gegenwärtig war.

Und ansonsten ist es natürlich richtig: Diese Liste hätte Fahndungsansätze geboten. Die andere Seite ist die, was ich nicht wirklich jetzt mit Sicherheit sagen kann, ob der Herr Böhnhardt am 11.02. am Geldautomaten identifiziert worden ist; das kann ich nicht mit Sicherheit bestätigen. Das müsste man wirklich in den Unterlagen nachgucken. Da bin ich mir nicht sicher. Ich weiß, dass zum Zeitpunkt nach dem Verschwinden zunächst erst mal - - Deswegen erscheint mir die Aussage, sie würden sich noch in Jena und Umfeld aufhalten, etwas fragwürdig; denn ich weiß, dass zu dem damaligen Zeitpunkt man davon ausging, dass möglicherweise ein Absetzen nach Belgien oder in die USA eher im Vordergrund stand.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gut, jetzt lassen wir mal die Frage - - Also, können Sie sich denn erinnern an das Gespräch, an das sich Herr Brümmendorf gerade erinnern will, dass Sie gesprochen haben über den möglichen Aufenthaltsort?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Kann ich nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Können Sie sich nicht daran erinnern?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Nein, ich kann mich - - Ich weiß, mit Sicherheit haben wir uns x-mal unterhalten in diesem Zusammenhang.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gut, also - -

**Zeuge Jürgen Dressler:** Aber an einzelne Gespräche, das ist wirklich - - kriege ich nicht geba-

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, wir wissen hier als Ausschuss seit gestern: Es gab drei Dokumente mit Adressen und Telefonnummern. Ein Dokument hat Herr Brümmendorf Mitte Februar vorgefunden, als er im Auftrag des BKA zwei Wochen sich in Erfurt aufgehalten hat beim LKA. Herr Brümmendorf hat hier als Zeuge ausgeführt und hat das heute noch mal auf Vorhalt bestätigt, er hätte diese Liste gefunden, hätte Sie direkt kontaktiert, Herr Dressler, hätte Sie gefragt: Wir gehen wir damit um?

Herr Brümmendorf sagt weiterhin, er hätte dann einen vorläufigen Vermerk erstellt. Weil er die Personen auch nicht so richtig zuordnen kann, hätte er Ihnen, Herr Dressler, diesen Vermerk übergeben, als er seine Tätigkeit in Erfurt eingestellt habe. Und wir können den Unterlagen überhaupt nicht entnehmen, dass mit diesem vorläufigen Vermerk, wie Herr Brümmendorf sagt, irgend noch etwas angefangen wäre, genauso wenig, wie wir den Unterlagen entnehmen können, dass diese Liste weiter abgearbeitet worden wäre.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Es gibt - - Es gibt da natürlich ein Problem für mich; das muss ich so sagen. Bei der Auswertung von Asservaten ist es üblicherweise so, dass derjenige, der die Asservate auswertet und eine entsprechende Beurteilung dieser Gegenstände und Dinge vornimmt, diese dann abschließend unterschreibt. Entwürfe in Sachen Auswertungsprotokolle sind mir insofern nicht wirklich bekannt, muss ich sagen. Es hätte auch wenig Sinn gemacht, wenn wir den Entwurf übernommen hätten und hätten den im Anschluss noch ergänzt oder anders verändert; denn die Feststellungen, die der Kollege Brümmendorf in diesem Vermerk getroffen hat, hat er ja getroffen letzten Endes, und die kann man insofern dann nicht so einfach übernehmen, noch bisschen was dazuschreiben und dann eine neue Unterschrift druntersetzen. Das ist nicht üblich, und ich denke, das macht das BKA üblicherweise sonst auch nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Auf dem Aufkleber, Herr Dressler, sind Sie als zuständiger Sachbearbeiter ausgewiesen.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich stehe auf jedem Aufkleber.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber Sie sind nicht zuständig?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich bin zuständig. Aber ich stehe auf jedem Aufkleber drauf. Auch auf der Garage, wo ich gar nicht vor Ort war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich finde es nur - - Ich bin dann auch gleich fertig mit der Befragung.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ich wollte nur eine Zwischenfrage stellen!)

- Frau Högl hat gleich das Wort für eine Zwischenfrage, und dann beginnen wir mit der ersten Berliner Runde.

Ich sage nur: Letztendlich die Federführung und die Letztverantwortung - -

**Zeuge Jürgen Dressler:** Die liegt bei mir.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Können Sie sich erinnern - erstens -, ob Sie sich noch intensiver mit der Liste befasst haben und - zweitens - ob Sie diese Liste der Zielfahndung zugänglich gemacht haben? Herr Wunderlich hat hier als Zeuge erklärt, er hätte von dieser Liste erst nach dem Auffliegen der Zelle erfahren.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Der Umstand ist mir bekannt. Ich habe das letzte Mal dazu schon eine Antwort gegeben. Die hat sich nicht dahin gehend verändert. Ich kann mich an die Liste - - Ich habe sie wieder gesehen, logisch, bei der Vorbereitung in den Akten. Was damit noch passiert ist, kann ich nicht sagen. Ich weiß, sie ist in den Zielfahndungsunterlagen. Ich weiß nicht - das habe ich auch das letzte Mal gesagt -, wann und unter welchen Umständen sie dorthin gelangt ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann beginnen wir mit der ersten Berliner Runde. Frau Högl hat allerdings eine vorläufige Frage.

Ich will nur auf Folgendes hinweisen: Gegen 10.30 Uhr ist die namentliche Abstimmung. Ich würde also vorschlagen, dass wir dann, wenn wir mit der ersten Berliner Runde beginnen, nach dem Fragenkontingent der Union hier unterbrechen.

Aber erst mal Frau Dr. Högl.



**Dr. Eva Högl** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Morgen, Herr Brümmendorf und Herr Dressler.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Guten Morgen.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ich möchte eine Anregung machen, und eine Frage habe ich.

Erstens möchte ich anregen, dass wir vielleicht mal diese - wir haben seit gestern Farbkopien von den Listen - Listen, von denen wir sprechen, unseren beiden Zeugen auch geben. Haben Sie? Haben Sie die vorliegen? Damit wir da mal - - Vielleicht können wir auch mal erste Liste, zweite Liste, dritte Liste, damit die mal genau sehen und uns sagen können - vielleicht können wir das in der weiteren Befragung machen; ich will das gar nicht jetzt machen -, von welcher Liste wir tatsächlich sprechen, damit wir das mal ein bisschen klar haben und die Zeugen dann auch mal sagen, welche Liste sie in den Händen gehalten haben und wann sie die bearbeitet haben. Aber das will ich jetzt nicht, weil das könnte ich ja auf meinem Fragenkontingent machen. Aber das wollte ich mal anregen, damit wir das vielleicht etwas besser sortieren.

Gemeldet habe ich mich, weil Sie eben, Herr Dressler, gesagt haben, Sie hätten vor der Vernehmung hier mit Herrn Brümmendorf telefoniert und mit ihm darüber gesprochen, woher denn die Aufregung über die Garagenliste kommt, und Herr Brümmendorf habe daraufhin gesagt, dass er das auch nicht versteht, weil auf der Liste ja bundesweit bekannte Nazis, Neonazis, draufstehen. Ist das so richtig, Herr Brümmendorf? Haben Sie auch nicht verstanden, warum wir uns jetzt hier so interessieren für die Garagenliste, obwohl die doch eigentlich nur längst Bekanntes enthält?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Also, ich kann mich an das Telefonat nur grob erinnern, habe die - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Ist ja auch lange her!)

Ob diese Aussage getroffen worden ist, dass es - - dass ich die Aufregung nicht verstehe, diese Aussage kann ich nicht nachvollziehen, weil es ja auch hier tatsächlich um regionale, bekannte Nazis ging, die aber auch in den Ermittlungen der drei Jahre, die vor 1998 erfolgt sind, ja eine Rolle gespielt haben.

Was die überregionalen Personen betraf, da habe ich zunächst mal auch sagen können: Ich kann dazu nichts sagen, auch ausgehend davon, dass für einen Fahndungsansatz die alleinige Tatsache einer Liste nicht hinreichend ist zur Durchführung von entsprechend verdeckten Maßnahmen. Ich habe das bei der letzten Anhörung ja schon versucht deutlich zu machen, dass das ohne weitere Ansatzpunkte auch nicht ohne weiteres möglich ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht geht jetzt zur Unionsfraktion. Das Wort hat der Kollege Binninger.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Herr Brümmendorf, vorneweg vielleicht meine kurze Verwunderung, dass Sie sich über Details Ihres Unterstützungseinsatzes vor 15 Jahren in Thüringen sehr gut erinnern, auch an Gespräche, die Sie dort mit Herrn Dressler geführt haben, aber an das Telefonat, das Sie vor 14 Tagen mit ihm geführt haben, sich eher schlechter erinnern. Wundere ich mich einfach, aber das mag unterschiedliche Gründe haben.

Was mich stutzig gemacht hat, ist, dass Sie ja einen klaren Auftrag hatten, und da helfen Sie mir noch mal, ob ich mich da täusche. Ihr Auftrag war doch, die Ihnen zugewiesenen Asservate von einer ganzen Reihe von Asservaten in dieser Garage zwei - so entnehme ich es Ihrem Vermerk -, das Asservat 20.B.1 - das ist in der Plastiktüte, also in einer der beiden REWE-Tüten der Aktenordner „Informatikgrundlagen“; das stand zumindest drauf - - den auszuwerten und dann das Asservat 23.6, das es so aber leider in der Asservatenliste gar nicht gibt. Da steht unter 23 „Pappkartons“. Ich nehme mal an, dass es dann die Liste ist, die „mit PC“ erstellt wurde. Da komme ich nachher noch drauf.

Ihr Auftrag war doch, diese Asservate auszuwerten im Hinblick auf Fahndungsansätze, oder liege ich da falsch?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Das ist korrekt, natürlich.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Genau. Das war Ihre Aufgabe. Und dann ist es doch für Sie entscheidend, welche Sätze Sie in so einen Vermerk hineinschreiben. Der Kollege, der einen Haufen zu tun hat mit dem gesamten Fall, hat ja gerade zu Recht darauf

hingewiesen, er verlässt sich dann auf Ihre Expertise und hinterfragt die nicht mehr, weil er selber ja nicht angeguckt hat. Trifft das auch so zu, dass man sich darauf verlassen muss?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ja. Wir hatten aber die Vereinbarung nach meiner Erinnerung ganz deutlich, dass, -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Die vor 15 Jahren wieder?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** - ja -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nicht das Telefonat vor drei Wochen.

**Zeuge Michael Brümmendorf<sup>1</sup>:** - ja -, weil ich die Personen, die auf der Seite 1 standen - insbesondere die Personen aus Jena -, weil ich diese Personenzusammenhänge und Verquickungen überhaupt nicht kannte, dass das im Wesentlichen in der Beurteilung vom Herrn Dressler, vom Verfahrensführer, lag und ich deshalb auch nur einen Entwurf gefertigt habe.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Bis dahin durchaus einverstanden. Aber wissen Sie noch aus Ihrer guten Erinnerung von vor 15 Jahren, wie viele Namen denn auf dieser - - Ich will Ihnen mal kurz Ihre eigene Formulierung vorhalten aus Ihrem Vermerk vom 19. Februar 1998. Das müsste der Donnerstag nach Aschermittwoch gewesen sein. Da schreiben Sie ja selber:

Unter den lose in einem Papp-Karton abgelegten Asservaten befand sich eine Liste mit ca. 35 Adressen und Telefon-Nummern ...

Das sind, glaube ich, sogar ein bisschen mehr. Wissen Sie noch, wie viel davon aus Jena waren und wie viel davon andere Bezüge hatten?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich habe die Liste natürlich auch im Rahmen des Aktenstudiums hier zur Kenntnis bekommen und habe sie jetzt ja auch hier vor mir liegen. Ich sehe, da sind rund sechs, sieben Namen aus Jena.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und der Rest ist woandersher?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Und der Rest ist woandersher.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Dass Sie zu den Jenaern nichts sagen können, akzeptiere ich ja noch. Aber Ihr Auftrag war ja, bei den anderen Adressen einen Fahndungsansatz zu gewinnen. Deshalb sind Sie ja da als BKA. Nicht, um sich um Jenaer Kameradschaften zu kümmern, die der Kollege Dressler selber kennt. Und bei den anderen Adressen haben Sie ja etwas gemacht, diesen Vermerk, diesen handschriftlichen. Wie kamen Sie denn auf die Einschätzung, die ja ein Volltreffer gewesen wäre:

Aus Ass. 20.B.1

- ich zitiere immer die Originalasservatenliste der Kollegen, die damals die Durchsuchung gemacht haben und das handschriftlich feinsäuberlichst über mehrere Seiten aufgelistet haben -

20.B.1

- das ist wieder die zweite REWE-Tüte, die mehrere Dinge enthalten hat: Fototasche, Liste mit den Kennzeichen und eben diesen Aktenordner „Informatikgrundlagen“, in dem sich aber ein Schriftverkehr befand - nicht „Informatikgrundlagen“, sondern ein Schriftverkehr zwischen einsitzenden Rechtsextremisten - - Da schreiben Sie:

Aus Ass. 20.B.1 - Garage 5 -  
=> Hinweis auf Thomas STARKE  
auf Torsten SCHAU  
als mögl. Unterschlupf

Viel näher hätte man nicht dran sein können. Da dürfen Sie doch nicht lockerlassen. Wie sind Sie denn darauf gekommen?

Das ist übrigens nicht - - Das sind keine Jenaer Bezüge. Das ist Chemnitz. Da kann der Kollege Dressler nicht wissen, dass er sich da besser auskennt. Das wäre Ihr Part.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich habe nach Sichtung der Unterlagen dieser JVA-Schriftverkehrreihe, sage ich mal - - Das war ein Aktenordner, soviel ich das weiß.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Da fiel Ihnen das auf?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Da fiel mir das auf, die Häufigkeit der Kontakte -

<sup>1</sup> Korrektur des Zeugen EKHK Dressler (siehe Anlage)

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** - zwischen Mundlos und dem Torsten Schau bzw. eben Thomas Starke. Alleine aufgrund der Häufigkeit des Schriftverkehrs habe ich natürlich auf eine engere Beziehung geschlossen -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Völlig zu Recht.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** - und habe auch diesen Vermerk entsprechend - also, Vermerk ist es ja nicht -, -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Notiz mehr.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** - diesen Schriftzug gefertigt und habe das auch hinterlassen und vorgelegt. Also, man spricht ja auch darüber.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Herr Dressler, können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Nein, kann ich leider nichts dazu sagen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Herr Brümmendorf, ich meine, Sie hätten uns das letzte Mal gesagt, Sie hatten diese Notiz gemacht, weil Sie sich nicht sicher waren, ob Ihr Unterstützungseinsatz schneller endet, als vielleicht geplant, und für den Fall, dass Sie nicht wiederkommen, diese Notiz mal geschrieben haben. Irre ich mich da? Ich muss jetzt auch aus meinem Gedächtnis von vor einer Woche - - Aber so habe ich es in Erinnerung.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ja, das habe ich - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und dann kamen Sie noch mal, und dann hatten Sie ihn ja wieder in der Hand.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich habe ihn danach nicht mehr in der Hand gehabt.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber das Wissen war ja noch da.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Das Wissen war da, -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** - und wir haben mit Sicherheit auch darüber gesprochen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und mit diesem Wissen haben Sie doch sicher auch mal auf das andere Asservat geguckt, das Sie nämlich selber ja als auf einem PC erstellte Adressliste beschreiben, die hier lose in diesem Karton lag - also nicht REWE-Tüte, sondern Karton -, und da steht der Name Starke ja auch drauf, Chemnitz, mit Adresse und Telefonnummern. Da hätten Sie doch in dem Moment, Ihrem Auftrag folgend, noch mal sagen müssen: Da müsst ihr was tun. - Haben Sie das getan?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Das weiß ich nicht mehr. Ich denke nicht, dass ich weiterhin auf den Namen Starke fokussiert habe, weil ich hatte ja meinen - - das Gespräch mit der Verfahrensführung gehabt, habe auch den Zettel hinterlegt, noch freitags, mit dem Hinweis auf Starke, aber auch mit Torsten Schau. Weil dessen Wohnung ja, weil er in der JVA untergebracht war, leer stand, hätte er auch die Wohnung, seine eigene Wohnung zur Verfügung gehabt für diese Truppe, und das hätte man schon wahrscheinlich von der Kameradschaft irgendwie regeln können. Das war meine Vorstellung zumindest seinerzeit.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Warum schreiben Sie so etwas, was so ins Schwarze geführt hätte, nicht in Ihren Vermerk? Stattdessen ist der Vermerk eine pure Beschreibung der vorgefundenen Asservate, mit der - die kann man missdeuten; das will ich gerne einräumen - aber verhängnisvollen Bewertung von Ihnen:

... sind nach hiesiger Bewertung

- da haben Sie sich auf die Adressen auf den Notizzetteln bezogen, aber Sie beziehen sich aufs gesamte Asservat; deshalb ist dieser Satz richtig missverständlich -

... sind nach hiesiger Bewertung für das hier geführte Ermittlungsverfahren ohne Bedeutung.\*

Ich meine, dass - - Wenn so jemand nach Ihrer Abwesenheit diesen Vermerk mal querliest in der Sonderkommission von Herrn Dressler, dass der natürlich dann denkt: „Kann man vergessen; wir konzentrieren uns auf anderes“, ist ja fast zwangsläufig. Warum haben Sie in diesen Vermerk nicht reingeschrieben: „Aufgrund der Auswertung des Schriftverkehrs und des Vorkommens auf der Adressliste halte ich die Personen Starke und Schau für überprüfungswürdig“? Das wäre doch ein Auftrag gewesen und eine professionelle Arbeit.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Aber ich hatte aus diesem Alt-Schriftverkehr, der teilweise 95/96 ja stattgefunden hat bei Starke - - da kann ich keine konkreten Tatsachen benennen, die die Annahme rechtfertigen, entsprechende verdeckte Maßnahmen einleiten zu können.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Es geht noch nicht um verdeckte Maßnahmen. Es geht nur darum, dass man die Adresse in Blick nimmt und dann weiter ermittelt und dann vielleicht was hinbekommt.

Kollege Wolff, gestatte ich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Danke dir. - Herr Brümmendorf, Herr Dressler, wir haben mehrere Datensätze Jena, Walsdorf, Quickborn, Hamburg, Rostock, mehrere Chemnitz, Ludwigsburg, Straubing, Regensburg, Nürnberg. Haben Sie eigentlich mit Kollegen dort Kontakt aufgenommen? Haben Sie mit den Kollegen dort gesprochen, einer von Ihnen? Weil das ja so eine - - Sie sagten gerade eben: Es ist eine Liste von bekannten Rechten. - Gab es da weitere Maßnahmen auch in Richtung LKAs dort vor Ort?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Herr Brümmendorf!)

- Ja, Herr Brümmendorf.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Also, ich habe mit keinen von diesen Kollegen dort gesprochen, habe Dateirundlauf veranlasst zu den Namen, die halt insbesondere auf der Rückseite standen und auf diesem weiteren Zettel, der ja auch eben hier in Rede stand, und auf die Absprache letztendlich vertraut, dass der Sachbearbeiter - sprich: der Herr Dressler - sich aus der Personenkenntnis dieser drei Personen heraus auch dieser - - diese Liste noch mal genau anschaut, -

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Das Gruselige ist: Diese - -

**Zeuge Michael Brümmendorf:** - und habe deshalb einen Entwurf geschrieben.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Diese Orte sind ja nun mehrfach bekannt für Taten, die danach stattgefunden haben. Herr Dressler, haben Sie Kontakt aufgenommen?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Nein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Noch eine Frage an Herrn Dressler. Was wir jetzt nicht geklärt haben - also, ich versuche, noch einigermaßen durchzublicken mit den verschiedenen Listen -: Es gibt eine Liste, PC-geschrieben, wohl auch lose Zettel, die war in diesem Pappkarton - so beschreiben Sie es hier selber in Ihrem Vermerk -, dann gibt es den Aktenordner „Informatikgrundlagen“. In dem war offensichtlich der Schriftverkehr Mundlos mit Schau und Starke in der JVA enthalten. Dieser Aktenordner wiederum war nicht in einem Karton, sondern in einer REWE-Tüte. Aber wo ist denn diese zweite, also diese leicht aktualisierte PC-Adressliste, dann das erste Mal aufgetaucht? Vielleicht kann das auch jemand vom BKA jetzt sagen. Also, die ist Ihnen - - Das ist diese Version, eine Word-Tabelle, geordnet nach Orten: Jena, Rostock, Chemnitz, Ludwigsburg usw. Die gibt es ja in zwei verschiedenen Versionen, eine, die wir hier vorliegen hatten und Sie zur Auswertung, und eine etwas - - noch mal etwas schöner übertragen, aktualisierte mit drei, vier, fünf neuen Namen drauf. Wo ist denn diese zweite Liste das erste Mal aufgetaucht? Kann mir das irgendjemand sagen?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich habe davon gestern das erste Mal gehört.

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A TH-1/2, Blatt 278.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, wir auch. - Herr Germano.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**KOR Mario Germano** (BKA): Diese zweite aktualisierte Liste hat sich in den Originalasservaten befunden, wie ich gestern schon erläutert hatte, die am 31. Januar letzten Jahres von der Staatsanwaltschaft Gera an das Bundeskriminalamt übergeben worden waren, und in den Originalasservaten befand sich auch diese REWE-Plastiktüte, die asserviert worden war seinerzeit. Die darin enthaltenen Dokumente waren allerdings nicht unterasserviert.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das heißt - letzte Frage von mir -, Herr Brümmendorf, Sie müssten doch eigentlich, als Sie den Aktenordner mit Schriftverkehr ausgewertet haben, der ausweislich der Originalasservatenaufzählung in einer REWE-Tüte auch war - - müssten Sie eigentlich in diesem größeren Ordner, wo alles für Sie aufbewahrt war, nehme ich mal an, ja eigentlich diese REWE-Tüte auch gesehen haben.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Also, ich kann mich an diese REWE-Tüte nicht mehr erinnern. Ich weiß nur, dass ich den JVA-Schriftverkehr, der in dem einen Ordner untergebracht war, kontro- - also recherchieren sollte, sichten sollte im Hinblick auf Fahndungsansätze. Das war auch der Auftrag, den ich vom Ermittlungsführer bekommen habe.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, okay.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Die andere Liste habe ich auch erst gestern zur Kenntnis bekommen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Gut. - Letzte Frage von mir an Herrn Dressler. Trotz der, wie ich finde, eben ja zumindest nicht ganz optimalen Erfüllung des Auftrages dieser Auswertung der Liste und dieser Bewertung im Vermerk, der eben dann zwangsläufig in eine falsche Richtung auch führen kann - je nachdem, wie man es liest -, war die Adressliste ja da. Hat denn irgendwann mal - - Jetzt erwarte ich es nicht mal unbedingt vom Leiter der Sonderkommission,

dass er im Blick hat, ob jedes Asservat an die richtige Stelle noch gelangt. Hat denn jemals der Herr Wunderlich, der Zielfahnder, der ja das größte Interesse daran haben müsste, zu sagen: „Gebt mir alle möglichen Kontaktpersonen dieses Trios, die ihr habt“, jemals nach dieser Liste gefragt, oder können Sie sich daran erinnern, dass das jemals Thema war?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich habe es leider schon ein paarmal gesagt, aber ich kann mich da wirklich nicht dran erinnern, und ich habe mit dem Herrn Wunderlich auch noch mal darüber gesprochen, explizit, unter anderem auch, ob er den Herrn Brümmendorf kannte, vielleicht über diese Schiene da wieder etwas Aufhellung zu erzeugen - - Also, er hat nach seinen Worten diese Liste nicht gesehen. Ich kann jetzt nicht sagen, ob er sie bekommen hat oder nicht. Sie soll wohl in seinen Akten sein. Dasselbe habe ich nicht wahrgenommen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Kollegin Pau möchte eine Zwischenfrage stellen. Bitte.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Ich - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ich habe noch eine Verständnisfrage!)

- Darf ich erst die eine Frage - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Pau hat zunächst das Wort, Herr Ströbele.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich nur mal nach Verständnis fragen, weil ich das nicht verstanden habe?)

Eine Vor-Zwischenfrage des Kollegen Ströbele. Bitte.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Gut.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das, was Sie erzählt haben, jetzt nicht die Zeugen, sondern was Sie erklärt haben zu dieser zweiten Liste, die wir jetzt auch zum ersten Mal haben: Habe ich das richtig verstanden: Die ist bis heute, also bis zum 30. Januar dieses Jahres, 2013, noch nie ausgewertet worden oder angeguckt worden?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Letzten Jahres!)

- Letzten Jahres, ja.

**KOR Mario Germano (BKA):** Ja genau, letzten Jahres. Also, das ist zumindest jetzt der Eindruck, den wir - - der sich bei uns dann erweckt hat. Wir haben ja auch geschrieben - - Also, wir haben bisher jetzt keinen Nachweis in den uns vorliegenden Akten - das müssten ja die gleichen sein, die Sie auch haben aus Thüringen - gefunden, dass es halt zu einer Auswertung der in dieser Tüte befindlichen Unterlagen gekommen ist.

Und noch mal zur Verdeutlichung: Also, ausweislich des Sicherstellungsprotokolls hat es ja zwei Tüten gegeben, und die jetzt neuerliche Liste hat sich in der Tüte A befunden, und dieser Aktenordner, der hier in Rede steht, der hat sich in der Tüte B befunden.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nur zur Vollständigkeit: Und in der Tüte A ist ja aber in der Originalasservatenliste - das ist die fortlaufende Nummer 20 - zwei REWE-Plastiktüten A und B, und dann wird es unterasserviert - - steht nirgends das Wort Adressliste. Das steht sowieso nicht drauf, sondern da steht bestenfalls - - Da hätte man vielleicht dranschreiben müssen: „Drei Mapen mit diversen Papieren“.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Jetzt muss ich auch noch mal eine Verständnisfrage stellen, Herr Germano. Es gibt vom 6. März 2012 einen Vermerk des Bundeskriminalamtes, der uns nie erreicht hat, der natürlich sehr hilfreich gewesen wäre, wenn wir ihn nicht erst gestern als Anhang zu dem Vorgang der heutigen Zeugenbefragung erhalten hätten. In dem letzten Absatz dieses Vermerks von Anfang März 2012 heißt es - ich zitiere -:

Unter den Asservaten befinden sich  
zwei Telefonlisten, Asservate 59721

- das ist Pappkarton -

und 595231

- das ist Tüte -

sowie ein Blatt mit handschriftlichen  
Notizen mit Namen, Adressen und  
Telefonnummern, Asservat 59727.  
(?)

Das ist auch Pappkarton. Also eine Telefonliste Pappkarton, ein Blatt mit handschriftlichen Notizen Pappkarton, eine weitere Liste, angeblich aktualisierte Version Pappkartonliste, in der Tüte. Sehe ich richtig?

**KOR Mario Germano (BKA):** Also, es hat in dem Pappkarton eine Liste gegeben. Das ist die Liste, die mit der Asservatennummer (alt) 23.6.1 bezeichnet ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Genau. Das ist die, die Herr Brümmendorf auch kennt.

**KOR Mario Germano (BKA):** Das ist die, die Herr Brümmendorf seines Vermerkes gemäß ausgewertet hat. Und dann gibt es eine weitere, diese fortentwickelte Liste. Die hat sich in der Plastiktüte, in der REWE-Tüte 20 A, befunden. Und dann gibt es zusätzlich noch diesen handschriftlichen Zettel mit Adressen, den wir Ihnen auch mit übermittelt haben. Der befand sich auch in der Pappkiste.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Im Pappkarton, genau.

**KOR Mario Germano (BKA):** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist der - - Der ist so halbseitig beschrieben. Da sprechen wir vom selben Sachverhalt, nicht?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Entschuldigung, könnten wir das vielleicht noch mal ergänzen um die Bezeichnung „Anlage sowieso, sowieso“, dass wir das hier in dieser Farbkopie noch mal - - und dass unsere Zeugen das auch nachvollziehen können und uns vielleicht mal sagen können, ob das die Liste ist, mit denen sie gearbeitet haben? Bisher unterstellen wir das immer nur.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Hier spricht gerade der letzte Redner - also nicht hier, sondern im Plenum - vor der Abstimmung. Deswegen würde ich jetzt vorschlagen, wir unterbrechen an dieser Stelle und treffen uns hier nach der namentlichen Abstimmung.

(Unterbrechung von 10.27 bis  
10.59 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir setzen die Beweisaufnahmesitzung fort.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Mit mir?)

- Nein, jetzt hatte erst mal Frau Pau eine Zwischenfrage, und dann hat die Union noch zwölf Minuten Fragezeit. - Frau Pau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Danke schön. - Herr Brümmendorf, ich habe eine ganz konkrete Frage an Sie. Der Kollege Binninger hat ja vorhin schon versucht, herauszuarbeiten, warum Ihre Expertise in Thüringen gebraucht wurde, und wie er meint, welchen Blick das BKA auf diese Namens- und Adressliste richten müsste. Welche der Personen, die nicht aus Jena und dem näheren Umfeld von Jena stammten, die auf dieser Liste standen, kannten Sie aus Ihrer Arbeit, oder gegen welche haben Sie gegebenenfalls auch schon ermittelt?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Wenn ich mir die Liste jetzt vornehme - -

(Dr. Eva Högl (SPD): Es sind zu viele Mikrofone an!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Ich war gar nicht da!)

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Jetzt geht es.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Wenn ich mir die Liste hier so anschau, so ist mir immer noch allenfalls der Name Wohlleben, meines Erachtens Gerlach, Kai D., den ich als Kai Dalek identifiziert hätte oder habe.

(Serkan Tören (FDP): Hätte oder habe?)

Das sind die Namen, die mir bekannt waren. Aber durch Datenrecherche haben wir natürlich diese externen Namen, soweit ich mich erinnere, durchgecheckt, und dann sind natürlich entsprechende Trefferbilder rausgekommen.

(Dr. Eva Högl (SPD): Darf ich mal eine Zwischenfrage zur Zwischen-

frage stellen? - Wo sind denn diese Rechercheergebnisse?)

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, genau das war jetzt meine Frage.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ach so!)

Wo sind diese Rechercheergebnisse? Haben Sie die auch den Thüringern übergeben? Und ganz konkret interessiert mich dann an der Stelle zum Beispiel Herr Dalek. Was haben Sie da eigentlich veranlasst?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Also, ich weiß nicht mehr, wo die Rechercheergebnisse da waren. Ich habe das in Auftrag gegeben. Ich weiß nicht, ob - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Bei wem? Bei wem?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Bei der dortigen Datenverarbeitung. Ich weiß - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, aber zu Herrn Dalek und den anderen im Bundesgebiet Agierenden hätten Sie ja sicherlich auf die Expertise im Bundeskriminalamt zurückgreifen müssen.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Das ist richtig. Ich habe es aber örtlich - - den örtlichen Kollegen überlassen. Und zu Dalek waren seinerzeit, soweit ich mich erinnere, Ermittlungen im Gange, kann aber nicht mehr detailliert sagen - - also keine Details dazu mehr mitteilen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Na gut, dann kommen wir da nachher drauf zurück. Vielleicht hilft das Ihrer Erinnerung, wenn ich Ihnen dazu einen Vorhalt mache.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann führt jetzt die Unionsfraktion fort. Herr Binninger.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Brümmendorf, ich will da anknüpfen, wo die Kollegin Pau auch gerade war. Wäre es nicht das normale Verfahren gewesen, wenn Sie hier eine Adressliste haben mit Personen, wie Sie ja selber geschrieben haben - bundesweit bekannt, rechtsextreme Szene, Rostock, Chemnitz, Ludwigsburg und auch Regensburg, Nürnberg -, dass man die dortigen Landeskriminalämter, die Staatsschutz-

abteilungen um eine Erkenntnismitteilung bittet?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Das hätte man machen können. Ich habe überhaupt aus der Aktenlage, die ich am 16., 17., 18. so zur Kenntnis genommen habe, überhaupt gar keinen Hinweis - außer auf dieser Liste -, einen weiteren Hinweis auf andere Ortschaften gefunden. Also, die Liste hat mir zwar die Namen offenbart und auch die Ortschaften, aber ich habe sonst keinen anderen Hinweis aus den Akten entnommen, dass besondere Beziehungen gewesen seien nach Ludwigsburg, nach Nürnberg oder wohin auch immer.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, die Beziehungen ergeben sich ja aus der Liste auch selbst. Ich meine, wenn da Personen draufstehen - - Und bei Ludwigsburg muss ich Ihnen vorhalten: Wenn Sie den Schriftverkehr zwischen Mundlos und Schau und Starke ausgewertet haben, dann wird dort ja diese Connection in Ludwigsburg auch ein paarmal genannt. Also, auch da hätte es ja einen Ansatz gegeben.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Es ist - - Ich habe mir den Schriftverkehr - - den habe ich gesichtet.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Welchen Schriftverkehr?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Den JVA-Schriftverkehr.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Und Sie sagen, das sei darin erwähnt, diese Ortschaft Ludwigsburg bzw. die Kontakte dorthin.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Das kann durchaus sein. Das wird auch so sein. Aber es ist auch eigentlich - denke ich - normal, dass man, wenn man Bekannte hat in Ludwigsburg, da auch Schriftverkehr hin hat, dass man diese Namen auch in der Adressliste auftaucht - - dass diese Namen auch in der Adressliste auftauchen, ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber es spricht doch schon für eine etwas engere Beziehung, wenn Personen sowohl Briefpartner sind, im Schriftverkehr auftauchen und auf der Adressliste auftauchen. Das sind doch Kriterien, die so einer Adresse etwas mehr Gewicht geben als zufällig nur hingekritzelte Adresse, wo man nicht weiß: Hat er das mal zugerufen gekriegt, aber kennt den Menschen gar nicht? Würden Sie mir da zustimmen?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Da stimme ich Ihnen natürlich zu, selbstverständlich.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber diese Abfrage bei den Landeskriminalämtern, die hier für diese Städte zuständig sind, wissen Sie nicht, ob das gemacht wurde? Oder wurde es nicht gemacht?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Also, ich habe es nicht veranlasst.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ich meine, Sie waren ja zu dritt dort. Das ist ja durchaus eine schlagkräftige Truppe, die da vom BKA für die paar Tage dort war, also wechselweise, immer zu zweit, aber insgesamt zu dritt. Was haben denn die beiden Kollegen gemacht, die mit Ihnen dort waren?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Die haben eigene Spuren abgearbeitet. Ich kann - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Andere Asservate?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Andere Asservate, ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Okay. - Herr Dressler, noch mal kurz. Sie waren ja am Tag der Durchsuchung nicht da. Wann hat man Ihnen überhaupt mal die Gesamtasservate - - irgendwie was vorgetragen? Haben Sie mal mit jemandem geredet, der bei der Durchsuchung dabei war, der Ihnen quasi beschrieben hat: „Hier haben wir ein Verzeichnis über mehrere Seiten, handschriftlich, LKA Erfurt“? Ich weiß nicht, wie der Kollege heißt.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Fahner.



**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wie?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Das ist der Kollege Fahner. Der war verantwortlich für diese Durchsuchung.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Den - - Na, ich kann es nicht lesen. Und noch ein anderer Name: Berghof. Gibt es so was, Berghof?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Haben die Ihnen das mal vorgetragen, oder haben Sie mit denen mal gesprochen?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Selbstverständlich. Das waren ja Mitarbeiter in dem Arbeitsbereich.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Haben die etwas gesagt, nach dem Motto: Wir haben neben dem Sprengstoff und einem Haufen persönlichem Zeug und Flyer auch Adresslisten und - -

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja, sicher. Diese Gegenstände standen ja in unseren Räumlichkeiten. Sie müssen sich das so vorstellen, dass diese Asservate ja - zum damaligen Zeitpunkt war die Situation so im LKA Thüringen - in den Räumlichkeiten der Sachbearbeitung abgestellt waren, um dort sozusagen der Auswertung Schritt für Schritt zugeführt zu werden bzw. die entsprechenden Anträge - gerade den kriminaltechnischen Teil, der sehr umfangreich war - als auch die schriftlichen Unterlagen - - dass man diese Stück für Stück abarbeitet, und deswegen befanden die sich in unseren Räumlichkeiten.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Frage von mir war: Haben die beiden mit Ihnen darüber gesprochen und Sie auf besondere Asservate hingewiesen?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Wir haben uns über diese gesamte Durchsuchung logischerweise rückblickend unterhalten. An einzelne Besonderheiten kann ich mich in dem Zusammenhang jetzt nicht erinnern. Schwerpunkt waren zu dem Zeitpunkt definitiv die vorgefundene USBVs, die erst mal das Thema bestimmten.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das war der Schwerpunkt?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Selbstverständlich.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Da hat man ja auch bis heute nicht ganz geklärt, wo jetzt der Sprengstoff war. Ich hatte Sie das letzte Mal so verstanden, dass das TNT ja zum Teil schon mit den Rohrbomben verpackt war und man es deshalb auch nicht einfach rauskratzen konnte, um zu wiegen, wegen der Explosionsgefahr. Habe ich das richtig in Erinnerung? Und lag daneben noch TNT irgendwo offen in der Garage, in einer Tüte? Gab es so was noch?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Soweit ich mich erinnere und es an Fotos rekonstruieren kann, gab es auch teilgeschmolzenes TNT.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Was für - -?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Bitte?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Teilgeschmolzenes TNT?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Na, man hat es erwärmt. Es schmilzt ja üblicherweise so um die 80, 90 Grad, und dann kann man das ja in Formen gießen, wenn man das so möchte. Das war offensichtlich in Teilen passiert. Teilweise befand sich das in einer Tüte. Und alles, was Sprengmittel war - das werden wir ja nicht in unseren Räumlichkeiten lagern -, das geht üblicherweise zu den Spezialkräften, die für diese unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen zuständig sind, und die stellen das sicher und nehmen das mit.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Kann das sein, dass in dieser Tüte dieses Teilgeschmolzene die größere Menge war als hinterher in den Rohrbomben, oder?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wissen Sie nicht mehr. - Hatten Sie eigentlich mal Kontakt mit den Kollegen in Chemnitz auch schon vor der Garagendurchsuchung, vor diesem Ermittlungsverfahren im Zusammen-

hang mit Aktivitäten von Böhnhardt oder Mundlos?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Nein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nie?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Also, ist mir keine Erinnerung.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Also, bei Ihnen ist beim Wort Chemnitz nicht sofort eine alte Erinnerung gekommen: Da hat einer von denen Bezüge hin?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Es gab im späteren Verfahren dann so - ich weiß nicht, um 2000, 2001 oder 2002 - hinten einmal ein Zusammentreffen mit Polizeikräften. Ich glaube, das waren Teile der Soko REX, der ehemaligen Soko REX, wo wir über das Problem gesprochen haben, aber mehr auch nicht.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Brümmendorf, mir fiel auf bei Ihrem Vermerk, dass Sie mit einem Landeskriminalamt ja gesprochen haben. Wissen Sie noch, welches das war?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich nehme an, Sie meinen das - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Irgendjemand müsste ausschalten.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich nehme an, dass Sie das Landeskriminalamt Berlin meinen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Brümmendorf hat das Wort zur Beantwortung der Frage. Herr Brümmendorf hat das Wort, bitte.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich nehme an, dass Sie das Landeskriminalamt Berlin meinen, was ich dann angesprochen habe.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja. Und können Sie uns noch mal kurz schildern, warum gerade das LKA Berlin Ihnen so viel wert war, dass Sie dort angerufen haben, während die anderen - - Da war ja keine Adresse drauf.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein, es ging eigentlich um eine Asservatenauswertung einer Postkarte, die möglicherweise - - oder die rechtsextremistischen Inhalt hatte, und da ging es um - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und die auch Teil in diesem Karton war, ja?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ja, genau. Und dabei ging es dann um letztendlich Herkunftsermittlung - wo wird was hergestellt? -, um dann später gegebenenfalls da auch Ermittlungsverfahren einleiten zu können.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Schauen Sie: Darüber bin ich ein bisschen ratlos geworden. Eine Adresse auf einer Postkarte, die natürlich strafrechtlich relevanten Inhalt hatte - insofern haben Sie das richtig beschrieben -, die veranlasst Sie, beim LKA Berlin eine Adressüberprüfung zu machen. Aber Adressen von amtsbekannten Rechtsextremisten bundesweit, da passiert das nicht. Warum denn nicht?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** In meiner Erinnerung war die Vereinbarung ja so, dass sich der Verfahrensführer speziell zu der Liste - - ja, auswerten sollte, weil er kannte - - oder diese Einheit, die sich damit beschäftigt, die kannte die Namen und Zusammenhänge aus den vorangegangenen drei Jahren. Mit diesen Namen, die hier drinstehen, konnte ich keine Schwerpunkte etc. bilden, und daher haben wir auch nach meiner Erinnerung diese Verabredung getroffen, dass der Verfahrensführer oder einer seiner Leute - aber ich glaube, mit dem Verfahrensführer habe ich darüber gesprochen -, dass er die Sache macht.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Verfahrensführer ist der Herr Dressler?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Okay. - Also, ich glaube, viel weiter werden wir an der Stelle den Punkt leider nicht aufhellen können, aber eine Abschlussfrage von mir an Sie, Herr Brümmendorf, und dann habe ich noch eine kurze Frage an Herrn Dressler. Würden Sie in der Rückschau sagen, dass das - - Würden Sie noch mal so vorgehen,

wenn Sie wieder mal eine Adressliste irgendwo bekommen in so einem Verfahren, was die Auswertung angeht?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Wenn es natürlich um Fahndungssachverhalte geht, würde ich natürlich viel mehr Druck machen letztendlich, dass man sich mit der Liste auch intensiver beschäftigt. Ich war zehn Tage da, noch nicht mal zehn Tage, noch nicht mal zehn ganze Tage, bin aber auch davon ausgegangen, dass nach meiner Abreise natürlich die Bearbeitung, Asservatenauswertung natürlich so fortgesetzt wird.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Hatten Sie eigentlich eine Kopie oder eine Abschrift der Liste mitgenommen für Ihre Abteilung Rechtsextremismus/Staatsschutz im BKA?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein, ich habe überhaupt nichts mitgenommen aus den damaligen Unterlagen.

(Petra Pau (DIE LINKE): Warum nicht?)

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Okay. - Herr Dressler, mir fielen bei dieser Liste - Sie haben sie vorliegen auch? -

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - zwei Dinge noch mal auf, wo Sie vielleicht auch mit der Expertise von heute mir weiterhelfen können, weil Sie es ja damals nicht gesehen haben. Also, bei der Adressliste - damit meine ich jetzt immer die mit PC erstellt und um Handschriftliches ergänzt, die es in zwei Versionen gibt, die im Karton lag; die überarbeitete Version lag in der Plastiktüte, aber eigentlich sind es ja die gleichen - sind Sie ja davon ausgegangen, dass die von Mundlos verfasst ist, weil er „Jena-Winzerla, eigene Telefonnr.“ geschrieben hat, ja? Sehen Sie das?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja. Kann ich Ihnen aber trotzdem nicht mehr sagen. Weiß ich nicht mehr.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nein, ich brauche Ihre Expertise heute, hier, jetzt. Sie sehen diese Liste?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja? Wir reden von der, die hier oben auch eingebildet ist, ja?

(Dr. Eva Högl (SPD): Anlage 10!)

Es geht mir jetzt nicht um Ihre Erinnerung, Herr Dressler. Jetzt geht es mir um Ihre Expertise als jemand, der so lang in diesem Feld tätig war.

**Zeuge Jürgen Dressler:** „C“ sagten Sie?

(Dr. Eva Högl (SPD): 10!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Zwischen 9 und 11. Da steht nicht „10“ drauf, aber das ist die Anlage 10.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Habt ihr eine vierte Liste?

(Dr. Eva Högl (SPD): Darauf komme ich gleich noch zu sprechen!)

Herr Dressler, haben Sie es?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das fängt ja oben mit Jena an, dann Stadtroda, dann Caaschwitz und dann Jena-Lobeda, Jena-Winzerla, ja?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und man hat ja geschlossen aus den Einträgen bei Jena-Winzerla - Max-Steenbeck-Str., eigene Telefonnummer, eigene Telefonnummer; einmal Handy, einmal Festnetz -, weil das die Nummer war von Mundlos - ja? -, -

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - dass es auch die Liste von Mundlos ist, also von ihm erstellt, weil warum sollte man sonst „eigene“ schreiben?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja, das würde ich auch so schlussfolgern.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Was mich etwas gewundert hat: Wenn ich also eine Telefonliste mache von meinen engsten Bekannten, schreibe ich mir meine Nummer

nicht drauf, weil ich die eigentlich kenne oder mich selten anrufe. Oder wenn, macht es ja für die anderen nur Sinn, wenn sie mit Namen versehen ist.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Das ist richtig.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber war halt hier so?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Was würden Sie draus schlussfolgern?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ich will - - Ich bin hier nicht zum Schlussfolgern, ich bin zum Fragen hier, -

**Zeuge Jürgen Dressler:** Okay.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - und ich brauche Ihre Expertise.

Und dann gehen wir etwas höher in der Zeile. Da hat er die Nummer von Zschäpe, Kapke und von Uwe Böhnert. Das ist falsch geschrieben. Uwe Böhnhardt schreibt sich nicht so. Das ist richtig falsch geschrieben, nicht nur Dora, Toni verwechselt, also nur mit D oder nur mit T, sondern auch noch mit E.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ist das denkbar, dass zwei Leute, die sich so gut kennen und so eng zusammenhängen, nicht mal voneinander wissen, wie sich der andere schreibt?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, ich kann mich doch mal vertippen!)

**Zeuge Jürgen Dressler:** Was soll ich dazu sagen? Ich weiß es nicht. Normalerweise nicht.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Hatten Sie irgendwie mal auch sonst Schriftverkehr gesichtet von einem der beiden aus den Wohnungen? Hatten Sie das mal im Blick, ob das noch mal irgendwo auftaucht, diese falsche Schreibweise, dass Mundlos „Böhnhardt“ falsch schreibt?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Nein, ist mir nicht noch mal gegenwärtig, dass mir die noch mal untergekommen wäre.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Hatten Sie mal geguckt, ob diese handschriftlichen Notizen, ob das dem Schriftbild von Mundlos überhaupt entspricht? - Auch nicht?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Kann ich nichts dazu sagen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Müssten wir das BKA vielleicht fragen, ob die das machen.

Letzte Frage von mir an Sie, was die Liste angeht. Wenn Sie, ich glaube, umdrehen oder umblättern, waren ja diese einzelnen handschriftlichen Notizen, die mit so einem Blatt zusammengeklebt waren. Sehen Sie die?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und da ist rechts oben eine Adresse dabei, die passt so gar nicht in diese Aufzählung der ganzen Personen, die hier drauf sind. Da steht nämlich: „Thüringer Landesamt für Straßenbau, Aus und Fortbildungsstelle“. - Haben Sie es gefunden, rechts oben?\*

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja, sehe ich.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Sehen Sie?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Gut. Thüringer - - Sie lesen das Gleiche wie ich, oder? „Thüringer Landesamt für Straßenbau, -

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - Aus und Fortbildungsstelle -

**Zeuge Jürgen Dressler:** „des Straßenwesens“.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - des Straßenwesens Thüringen“, und dann: Hesselberger Str. 3 oder - -

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A TH-2/7, Blatt 422.

**Zeuge Jürgen Dressler:** „Henneberger Str.“.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Henneberger. Darüber steht „Steini“ und eine Straße durchgestrichen. Haben Sie dafür eine Erklärung, was die Aus- und Fortbildung - - Sofern es die überhaupt gibt, was ich jetzt nicht weiß. Die Behörde gibt es nicht mehr. Die hat fusioniert Anfang der 2000er-Jahre. Das habe ich geguckt. Aber was macht die Aus- und Fortbildungsstelle des Thüringer Landesamtes für Straßenbau auf dieser illustren Liste des Rechtsextremismus?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Kann ich Ihnen nicht sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Steini.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und Steini, ja. Vielleicht gehört Steini dazu. - Gut, dann habe ich keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ja, noch mal schönen guten Tag von mir.

Sie haben sich ja in der Pause sehr angeregt unterhalten, wie wir alle sehen konnten, und Sie sind ja hier heute zu einer Gegenüberstellung eingeladen, also nicht zu einer einzelnen Befragung, sondern wir wollen ja durch die Gegenüberstellung erreichen, dass Sie sich gegenseitig dabei unterstützen, der Wahrheitsfindung hier auf die Sprünge zu helfen und auch den eigenen Erinnerungen. Konnten Sie denn in der Pause Ihren jeweiligen Erinnerungen ein bisschen auf die Sprünge helfen?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Also, aus meiner Sicht bin ich über den Stand nicht hinausgekommen. Wir haben versucht, uns da noch mal über das eine oder andere Problem auseinanderzusetzen, aber sind bei dem Stand auch stehen geblieben, mit dem wir hier den Tisch verlassen haben. Zumindest von meiner Seite.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Das deckt sich mit meiner Einschätzung.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Das heißt, Sie haben eine sehr klare Erinnerung, dass Sie ganz viel mit Herrn Dressler gesprochen haben, und Sie bleiben weiter dabei, dass Sie sich daran nicht erinnern können, mit Herrn Brümmendorf über die Bearbeitung und die weitere Bearbeitung der Garagenliste gesprochen zu haben?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich habe ihn dafür bewundert.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Hat Herr Brümmendorf versucht, Sie davon zu überzeugen oder an bestimmte Dinge noch mal zu erinnern, wie das damals gewesen ist, oder könnten Sie das jetzt vielleicht noch mal versuchen? Also, Sie haben ja eine sehr klare Erinnerung, wofür wir Sie alle bewundern, und die Erinnerung ist ja auch im Verhältnis zu anderen Begebenheiten, die deutlich kürzer zurückliegen, erstaunlich präzise. Konnten Sie Herrn Dressler denn ein bisschen dabei helfen, seine Erinnerungen aufzufrischen?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich habe eigentlich die gleiche Stellungnahme bzw. mit ihm das Gleiche besprochen, was wir hier auch am runden Tisch besprochen haben. Es gibt keine Änderung in seiner Meinung, denke ich. Ich habe auch nicht versucht, auf ihn einzuwirken. Umgekehrt habe ich auch keine andere Ausgangssituation als vorher.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Können Sie uns noch mal teilhaben lassen daran, was denn bei Ihrem Telefonat vor 14 Tagen eigentlich Gegenstand des Gesprächs war? Herr Dressler, Sie haben ja Herrn Brümmendorf angerufen - das haben Sie vorhin geschildert -, und Herr Brümmendorf hat sinngemäß geantwortet, er wisse auch nicht, was die ganze Aufregung um die Garagenliste solle. Können Sie das noch mal genau sagen, was Sie da besprochen haben bei dem Telefonat?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Also, um korrekt zu sein: Es gab zwei Telefonate.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Okay. - Ungefähr vor 14 Tagen?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Eines vor ungefähr 14 Tagen bis drei Wochen und ein

weiteres dazwischen. Das erste Telefonat führte ich mit Herrn Brümmendorf nach Eingang der Vorladung für diese hiesige Befragung, und da ging es mir schlicht und ergreifend darum - weil mir eben die Erinnerung fehlt -, mit ihm noch mal darüber zu sprechen und zu rekapitulieren, wie das im Einzelnen war. Da, in dem Gespräch, hat er das seinerzeit nicht so detailliert gemacht, wie er das heute vortragen kann.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aha.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Die Aussage war halt, dass das BKA einen entsprechenden Artikel vorliegen hat. Den hat er mir dann auch zugemailt. Das war ein Presseartikel, wo es um dieses Problem ging. Und es gab dann ein zweites Telefonat, und das fand - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Auch vor Ihrer Vernehmung, vor der ersten Vernehmung?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Bin ich mir jetzt nicht mehr ganz sicher, ehrlich gesagt. Da ging es eigentlich schlicht und ergreifend darum, weil ich eine Rücksprache mit dem Herrn Wunderlich hatte, und es ging darum, ob die beiden sich überhaupt seinerzeit kannten, weil wir uns da wirklich nicht so ganz schlüssig waren.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Welche beiden sich kannten?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Der Herr Wunderlich und der Herr Brümmendorf.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aha, okay.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ob die mal zusammengekommen sind, weil natürlich auch uns beschäftigt dieses Problem mit dieser Liste. Wir würden es gerne wirklich sauber und nachvollziehbar klären, weil es ist offensichtlich nicht so gelaufen, wie es hätte laufen müssen. Da sind wir uns, denke ich, hier alle einig. Uns lag natürlich daran, es möglichst zu klären. Aber wir sind an dem Punkt leider nicht weitergekommen. Wir haben uns kurz unterhalten. Herr Brümmendorf als auch Herr Wunderlich waren sich darüber einig, dass man sich gegenseitig nicht kennt, und in diesem Zusammenhang haben wir uns darüber unterhalten. Und da war, wie Sie jetzt noch mal auf den Punkt gebracht haben

wollten, der Satz gefallen, dass das halt sozusagen nicht ganz nachvollziehbar ist, wieso es um diese Liste momentan so eine große Aufmerksamkeit gibt. Zum damaligen Zeitpunkt waren da Personen des rechten Spektrums drauf, die bekannt waren.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also Sie haben, Herr Dressler, auch mit Herrn Wunderlich telefoniert und dann noch mal versucht, das herzustellen, ob die beiden Herren sich auch kennen?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Herr Wunderlich war bei mir im Zimmer.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und dann haben Sie Herrn Brümmendorf angerufen?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja, genau. Wir hatten auf laut gestellt, und wir haben beide mit Herrn Brümmendorf gesprochen in dieser Geschichte.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dann darf ich Sie, Herr Brümmendorf, mal fragen: Herr Dressler hat jetzt hier gesagt - Sie haben sich ja beim letzten Mal sehr detailliert erinnern können; da haben Sie Teile ja auch heute noch mal von wiederholt -, dass Sie damals bei dem Telefonat sich gar nicht so detailliert daran erinnern konnten. Nun frage ich mich natürlich: Haben Sie sich das möglicherweise nach dem Aktenstudium dann - Sie haben ja auch gesehen, dass Sie den Vermerk erstellt haben, einen Entwurf gemacht haben und so - vielleicht zurechtgelegt und Ihre Erinnerung damit aufgefrischt, um auch so ein bisschen uns hier weiszumachen, dass Sie damals alles ordentlich gemacht haben? Unsere Aufgabe ist es ja, an Fehlern zu arbeiten. Kann das sein, dass Sie sich das im Nachhinein, nach dem Telefonat mit Herrn Dressler, noch mal alles angesehen haben und sich dann eine Erklärung zurechtgelegt haben?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Also, ich habe natürlich das Aktenstudium betrieben, und nachdem ich die Ladung bekommen habe, bin ich in die Registratur gegangen, habe mir das angeschaut. Nach meiner Erinnerung war es so. Ich hatte ja nur sehr geringen Anteil an Asservaten, die ich auszuwerten hatte. Der Herr Dressler hat ja jede Menge gehabt, insbesondere kriminaltechni-

sche Untersuchungen veranlasst etc. Das ist ja ein ganz anderes Spektrum. Da kann man sich sicherlich nicht mehr an jedes einzelne Asservat erinnern. Bei mir war es etwas genauer. Aber ich habe mir das - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das heißt, Sie haben sich im Telefonat zunächst nicht erinnert, dann haben Sie die Akten studiert, und dann kam Ihre Erinnerung zurück. Haben Sie dann Herrn Dressler noch mal angerufen und gesagt: „Hier, wissen Sie was, ich kann mich jetzt doch dran erinnern! War das nicht so und so?“?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Die Telefonate mit Herrn Dressler bzw. Herrn Wunderlich, die waren sehr kurz und waren auch nicht besonders tiefgehend in der Hinsicht. Ich habe da also überhaupt nicht meine Erinnerung dargelegt und habe nur gesagt, ich konnte - und das war das, was ich gesagt habe nach meiner Erinnerung am Telefon - nicht aus der Liste alleine einen Fahndungsansatz erkennen. Da muss ich ja fokussieren auf einige Namen, die hier auf der Liste draufstehen, und das war mir seinerzeit nicht möglich, und das habe ich ihm auch telefonisch dann durchgegeben. Ich habe gesagt, ich kann an der Liste nach wie vor keine Priorisierung vornehmen, keinen Fahndungsansatz entnehmen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Brümmendorf, ist das denn öfter vorgekommen? Sie sind ja als BKA-Beamter sicherlich öfter mal vor Ort und unterstützen die örtlichen Landeskriminalämter, so wie das hier auch in Thüringen war. Ist das denn öfter vorgekommen, dass Sie Ihre Arbeit abschließen dann, die 14 Tage, mit einem Entwurf für einen Vermerk, und was machen Sie dann damit? Also, sprechen Sie dann mit den Kollegen, oder wie geht das dann weiter, wenn Sie so einen Entwurf hinterlassen? Da ist ja eine Auswertung, für die Sie eigentlich da waren, nicht abgeschlossen, wenn man einen Entwurf hinterlässt.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Genau. Das ist also absolut auch ungewöhnlich, auch der Situation geschuldet, dass ich einfach keine Zeit mehr hatte, weiterzumachen dort und mich mit den weiteren Asservaten bzw. der Liste intensiver auseinanderzusetzen. Deshalb war auch vereinbart: Ich schreibe einen Entwurf, lege ihn dir vor, und

du schaust nach, ergänzt eventuell um Erkenntnisse, die ihr hier aus dieser Liste zieht. Ihr habt drei Jahre lang zu diesen Personen ermittelt.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Brümmendorf, das haben Sie alles Herrn Dressler mündlich gesagt, so wie Sie sagen. Warum haben Sie das nicht zum Beispiel in den Vermerk reingeschrieben? So ein Vermerk dient ja auch in der Regel dafür, dass man denjenigen, die weiter an dem Thema dranbleiben, Hinweise gibt für das weitere Verfahren. Bei Ihrem Vermerk fällt ja auf, dass Sie keine konkreten Vorschläge für das weitere Vorgehen machen, etwa die Erkenntnisse, die bis dahin gewonnenen, der Zielfahndung zu übergeben oder diese Liste komplett oder die ganzen Asservate der Zielfahndung zu übergeben. Das taucht ja in Ihrem Vermerk - auch in dem Entwurf - überhaupt nicht auf.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Das ist der Sache geschuldet, dass ich aus dieser Liste eben keinen Fahndungsansatz herausarbeiten konnte.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Brümmendorf, wenn ich Sie kurz unterbrechen darf. Das passt von der Argumentation nicht zusammen. Entweder sagen Sie: „Aus der Liste habe ich keine konkreten Hinweise entnehmen können für weitere Fahndungsmaßnahmen“, oder Sie sagen mir - Erklärung Nr. 2 -: Ich hatte keine Zeit. Hätte ich noch eine Woche gehabt oder 14 Tage, hätte ich mit der Liste noch x, y, z machen können. - Eine Argumentation kann ja nur richtig sein. Entweder war es weitgehend abgeschlossen, dann spielt die Zeit keine Rolle, oder Sie hätten noch Zeit gebraucht, um weiter arbeiten zu können. Dann hätte ich an Ihrer Stelle das aber in den Vermerk geschrieben.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich habe mit ihm vereinbart: Ich mache einen Entwurf. Du schaust noch mal genau das Ding an und ergänzt gegebenenfalls um die Sachen und die Erkenntnisse, die ihr in Thüringen habt, und dann kann der Entwurf in einen normalen Vermerk überführt werden. - Es ist also durchaus für mich eine Vorlage, eine Unterstützung gewesen. Es war ja ein gewisser Zeitdruck da. Ich habe gesichtet, habe dort reingeguckt, da reingeguckt, und aus dieser Liste allein konnte ich keine Fahndungsansätze ableiten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dressler, war das so? War das Abschlussgespräch so? Herr Brümmendorf hat Ihnen den Entwurf eines Vermerkes übergeben und dann mündlich erläutert, was noch weiter zu tun gewesen wäre?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich kann mich an diese Situation nicht mehr erinnern, habe ich vorhin schon mal gesagt. Wie gesagt, aus meiner Sicht ist es schlicht und ergreifend schon sehr ungewöhnlich. Mir ist es jetzt auch erst im Nachhinein aufgefallen - muss ich ganz ehrlich sagen -, als ich diese Akten noch mal gesehen habe, dass es sich bei dem abgehefteten Dokument um einen Entwurf handelte.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das kam nicht oft vor?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Nein, das kommt sonst überhaupt nicht vor, weil derjenige, der eine Auswertung vornimmt, der schließt die ab, und wenn sie halt nicht fertig ist, schreibt man dazu, was noch offen ist. Das ist der übliche Weg.

Es ist natürlich auch so: Wenn jemand eine Auswertung betreibt - und hier war es ja unter anderem so, dass bei Zufallsfunden sich neuer Straftatverdacht ergab, der dazu führte, dass neue Strafverfahren eingeleitet wurden -, dann muss der Feststellende ja letzten Endes mit seiner Unterschrift auch diese - wie soll ich sagen? - Einleitung begründen. Und wir haben ja daraufhin auch gerade gegen Kapke - wegen dieses Bildes unter anderem, Verstoß gegen 86, wo er da mit dem Hitlergruß dasteht - ein Verfahren eingeleitet und haben dieses Protokoll als Begründung mitgenommen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich möchte jetzt mit Ihnen beiden noch mal ganz kurz durchgehen, welche Fehler da gemacht wurden. Unsere Aufgabe hier im Untersuchungsausschuss ist es nämlich, herauszuarbeiten: Was ist nicht so gelaufen, wie es eigentlich hätte laufen müssen? Und da würde ich Sie, Herr Dressler, mal kurz fragen, ob Sie mir nicht zustimmen, wenn ich sage, man hätte auf keinen Fall - - Sie hätten auf keinen Fall 14 Tage warten dürfen, bis das BKA kam, bevor die Asservate überhaupt angeguckt wurden. Man hätte jedenfalls zunächst mal durchscannen können: Was ist überhaupt in

dem Pappkarton? - Stimmen Sie mir da zu, dass das ein Fehler war?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Na, eine detaillierte Auswertung muss man schon gründlich betreiben und nicht einfach grob mal durchgucken, von der Seite her. Sicher ist es so, dass üblicherweise bei der Kriminalpolizei der Schwerpunkt der Asservatenauswertung auf der Sichtung von Beweismitteln ist und Zufallsfunden. Das ist nun mal der Schwerpunkt. Wir waren in dieser Situation ein bisschen außergewöhnlich, dass wir hier Fahndungsansätze auch mit gesucht haben.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, aber dass man zumindest mal reinguckt und es nicht 14 Tage in der Ecke stehen lässt. Und dann hätte ich auch ganz gerne von Ihnen eine Zustimmung, dass es auf keinen Fall hätte passieren dürfen, dass die zweite Liste, die sich in der REWE-Tüte befand, von der wir erst gestern erfahren haben, dass es überhaupt gibt, gar nicht untersucht und ausgewertet wurde. Die hat Herr Brümmendorf ja ganz offensichtlich überhaupt gar nicht zu Gesicht bekommen. Die stand irgendwo in der Ecke bei Ihnen rum. Das war doch mit Sicherheit auch ein Fehler, oder?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Sicher hätte diese zweite Liste einer Auswertung zugeführt werden müssen. Das braucht man nicht schönzureden. Mir ist nicht erklärlich, wieso das nicht passiert ist. Sie waren da in dieser Tüte offensichtlich drin. Der Inhalt dieser Tüte wurde offensichtlich durch Mitarbeiter bewertet; denn soweit ich weiß, war - - oder habe ich gelesen, dass es sich hierbei offensichtlich um die Schreckschusswaffe noch handelte, die mit in dieser Tüte war. Die wurde ja offensichtlich bewertet und einer kriminaltechnischen Untersuchung zugeführt. Was mit dem Schriftgut in dieser Tüte pasierte, kann ich so nicht wiedergeben.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Auf jeden Fall nicht ausgewertet. Das steht ja schon mal fest.

Herr Brümmendorf, Sie möchte ich auch mal fragen, ob Sie mir darin zustimmen, dass es auf jeden Fall ein Fehler Ihrerseits war - Sie waren ja als BKA-Beamter extra für die Auswertung der Asservate auch nach Thüringen gereist -, dass Sie die Bedeutung der Liste als Ausgangspunkt für eine Fahndung überhaupt nicht erkannt haben und sie entsprechend nur unvollständig ausgewertet



haben und vor allen Dingen auch sie der Zielfahndung nicht übergeben haben; denn das wäre ja ganz wichtig gewesen, dass die Zielfahndung in Thüringen mit Ihren bisherigen Erkenntnissen und mit dieser Liste weiterarbeitet. War das ein Fehler?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich habe in meiner ersten Anhörung dargelegt, dass ich sehr wohl, als ich die Liste gesehen habe, zum Ermittlungsführer hingegangen bin, zum Herrn Dressler, und gesagt habe: Hier, das ist eine Liste. Kennst du die? Kennst du die Namen, die da draufstehen? - Das heißt, ich habe schon gedacht, dass da vielleicht Anhaltspunkte drin enthalten sind. Die Weitergabe an die Zielfahndung direkt unmittelbar durch mich ist nicht Usus. Es wird immer über den Ermittlungsführer entsprechend geleitet nach dessen Bewertung und Einschätzung und dessen Kenntnis.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich mache eine Abschlussbemerkung zu dieser Gegenüberstellung. Dieses Schwarze-Peter-Spiel, das begleitet uns jetzt seit über einem Jahr, dass immer alle Beteiligten uns erklären, erstens, sie haben überhaupt keine Fehler gemacht, auch mit Blick von heute auf das damalige Tätigwerden, und zweitens, wenn, war es der jeweils andere. Und ich finde, wir müssten hier auch - Sie hätten die Gelegenheit dazu gehabt - mal dazu übergehen: Unsere Aufgabe ist es, an den Fehlern zu arbeiten, um für die Zukunft Vorschläge zu machen, wie es nicht mehr laufen darf. Und dass diese Garagenliste in ihrer Bedeutung nicht erkannt wurde von Ihnen beiden, das ist, glaube ich, ziemlich sonnenklar, und dass sie einen Ausgangspunkt für eine erfolgreiche, möglicherweise erfolgreiche Fahndungsmaßnahme nach dem Trio gewesen wäre, ist uns allen hier, glaube ich, auch klar. Deswegen hat diese Liste auch so eine Bedeutung für unsere Arbeit hier in diesem Untersuchungsausschuss.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Tören.

**Serkan Tören (FDP):** Ja, ich möchte da gleich dran ansetzen. Frau Högl hat ja schon mögliche Fehler hier erwähnt. Wir wissen halt einfach nicht, wo da genau der Fehler liegt. Das ist ein Problem, die Bedeutung der

Liste. Auch darauf hat ja Frau Högl schon verwiesen.

Mich würde auch noch mal interessieren: Angenommen, diese Adressliste wäre jetzt nun vernünftig ausgewertet worden, was für Ermittlungsmaßnahmen wären dann getroffen worden anhand der Namen, anhand der Telefonnummern? Was genau wäre dann gemacht worden, Herr Dressler?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Im Prinzip ist das ja Aufgabe dann der Zielfahndung, die Entscheidung zu treffen, welche Maßnahmen man hätte hier machen können. Rein mit der Liste als Ausgangspunkt für Personen, die als Kontaktperson infrage kommen, hätte man mit Sicherheit, wie es der Herr Brümmendorf auch gesagt hat, erst mal keine weiteren Maßnahmen begründen können. Man hätte schon im Prinzip eine etwas konkretere Spur haben müssen in eine Richtung, und wenn es nur eine Stadt gewesen wäre, wo man dann gegebenenfalls hätte weitermachen können. Man hätte mit Sicherheit nicht pauschal alle hier mit TKÜ-Maßnahmen oder anderen Dingen belegen können. Aber hätte sich eine konkrete Stadt daraus oder ein Hinweis auf eine Stadt ergeben, hätte man dann anhand einer Personengruppe, die dort möglicherweise wohnt, und Unterstützung der dortigen Kollegen weitermachen können.

**Serkan Tören (FDP):** Ich will mal auf einen andere Komplex jetzt noch mal hinaus, mal weg von der Liste.

Dem Gesuchten Böhnhardt konnte der Mannesmann-D-Mobilfunkanschluss - mit der Rufnummer 0172 fängt sie an - zugerechnet werden. Das ist in MAT A TH-1/4, Blatt 80. Und im Rahmen der Überwachungsmaßnahmen hat dann Mannesmann D2-Verbindungsdaten an das LKA Thüringen ja mitgeteilt. Diesen Verbindungsdaten konnte unter anderem entnommen werden, wo das Handy eingebucht war, und da ist anscheinend ja wenig gemacht worden. Also, bei der Fragestellung Einbuchung und Bewegungsprofil usw. scheint so gut wie gar nichts gemacht worden zu sein. Die Maßnahmen sind auch später nicht verlängert worden.

Herr Brümmendorf, Herr Dressler, an Sie beide die Frage: Warum ist da eigentlich nichts weiterhin gemacht worden?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich denke, da muss ich wohl alleine dazu antworten. Also,

weitestgehend ist es halt so gewesen, dass die Zielfahndung, also die Einheit Zielfahndung, vorgegeben hat, wie sie ihre Ermittlungen ausrichten möchte, und dementsprechend ihre eigenen Ermittlungsansätze wählt, um dort entsprechend gegebenenfalls Folge- oder Neubeschlüsse zu beantragen. Ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten. Da müssten Sie gegebenenfalls den Herrn Wunderlich fragen, weil diese Maßnahmen sind separat und eigenständig durch die Zielfahndung erfolgt.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN): Der wusste es  
nicht!)

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Vielleicht nun noch mal. Wir haben am 22. Februar eine Liste hier auf MAT A TH-1/8, dem konkret der Anschluss von Uwe Bönnhardt nach dem Untertauchen - - Entsprechend weitergegeben worden sind die Daten. Und ich meine, die Nummer von Herrn Bönnhardt ist übrigens auch in der Liste drin. Auch da ist dann nichts weiter erfolgt nach Ihrer Kenntnis? Keine weiteren Maßnahmen aufgrund der Möglichkeit, Herrn Bönnhardt konkret orten zu können?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Wir haben selber keine einzigen Maßnahmen im Zusammenhang mit TKÜ-Maßnahmen gemacht als Sachbearbeitung. Die blieben ausschließlich im Bereich der Zielfahndung. Ich kann Ihnen dazu keine Antwort geben.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender,  
eine Frage!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gestattet die FDP-Fraktion eine Zwischenfrage des Kollegen Wieland?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es denn sein, Herr Zeuge, dass es durchaus eine Telefonüberwachung gegen Bönnhardt gab, die von der BKA-Beamtin Beischer-Sacher angeregt wurde, aber nur einen Monat lang? Uns interessiert eigentlich mehr: Warum nur einen Monat lang? Warum hat man nicht verlängert? Wohlleben hat man deutlich länger überwacht. Zumal

man hätte feststellen können, dass für dieses Handy noch Gelder abgebucht wurden von dem Konto Bönnhardt. Also, ich weiß nun nicht, welche Gebühren da entstanden, aber dass man ein Handy eines Menschen, der abgetaucht ist, nur einen Monat lang überwacht, das hat sich uns so nicht erschlossen.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich kann die Frage nicht beantworten. Ich kann nur eine Vermutung abgeben. Wenn auf diesem Handy einen Monat lang nichts passiert, kann es durchaus sein, dass die Zielfahndung sich entschlossen hat, dieses abzuschalten, bzw. die Staatsanwaltschaft keine Verlängerung mehr gegeben hat. Ich kann das aber nur vermuten. Die Antworten müsste die Zielfahndung geben in dem Fall.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Herr Dressler, gab es denn - wir haben ja Bönnhardt-Telefonmaßnahmen aus der Liste, sage ich jetzt mal - gegen irgendeinen von den anderen entsprechende TÜ-Maßnahmen, die Sie kennen?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich war nicht mit TKÜ-Maßnahmen befasst. Das war ausschließlich Sache der Zielfahndung.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Der Kollege Kurth macht weiter.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herr Brümmendorf, Sie haben genau vor einer Woche in der Einzelbefragung auf die Fragen häufiger geantwortet: Wie ich mit Herrn Fahner, nein, mit Herrn Dressler besprochen habe. Oder: Ich habe das Herrn Fahner, nein, Herrn Dressler übergeben. - Also, Sie haben, wenn Sie Herrn Dressler namentlich angesprochen haben, mehrfach zunächst den Namen Fahner erwähnt. Fiel mir auf. Wieso war denn das so?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Also, mir ist das nicht erinnerlich. Ich kann definitiv nicht mehr sagen, ob ich dann in dem Fall, der jetzt konkret dann angesprochen war, mit dem Herrn Fahner oder Herrn Dressler gesprochen habe. Mir ist das nicht aufgefallen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Aber Sie hatten damals mit Herrn Fahner zu tun?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Auch am Rande, ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und der Name war Ihnen die gesamte Zeit präsent, bis zu Ihrer Vernehmung hier in dem Ausschuss, oder ist Ihnen wieder eingefallen?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein. Der Name Fahner ist mir durch das Aktenstudium wieder bekannt geworden, genau.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nur zur Klarstellung des Vorhaltes, Herr Kollege Kurth. - Herr Brümmendorf, haben Sie schon Ihre Korrekturen zum Protokoll geltend gemacht?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich habe noch gar kein Protokoll erhalten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, aus dem Protokoll, aus dem vorläufigen, von Herrn Brümmendorf ergibt sich nicht, dass er die Namen verwechselt hat, sondern er hat hier ausgeführt im Protokoll, dass er bezüglich der Telefon- und Adressliste eine Absprache getroffen haben will mit Herrn Dressler und bezüglich der Liste mit den mutmaßlichen Polizei-Kfz, also mit den Kennzeichen der Polizeifahrzeuge, eine Absprache getroffen haben will mit Herrn Fahner. Deswegen kommen auch beide Namen vor in der Aussage von Brümmendorf. Steht so im Protokoll jedenfalls.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, das Protokoll wird auch - - Na gut, das Protokoll nimmt aber auch jetzt nicht irgendwelche Ähs, Ohs oder Uhs auf, sondern - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Das Protokoll stimmt schon!)

Jetzt vielleicht, ja, nachdem ich das gesagt habe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich bitte ausdrücklich darum.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Kann denn - - Aber schließen Sie denn aus, dass Sie vielleicht mit Herrn Fahner über diese

fragliche Liste gesprochen haben und nicht mit Herrn Dressler?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Also, ob ich mit Herrn Fahner über diese Liste gesprochen hatte, kann ich nicht ausschließen. Ich kann mich auch nicht daran erinnern.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Dass Sie das, was Sie jetzt gesagt haben, Sie hätten mit Herrn Dressler die Liste ausgewertet, vielleicht seinerzeit, 1998 - eine ganze Zeit lang her -, tatsächlich nur mit Herrn Fahner ausgewertet hätten oder besprochen hätten?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein, also der Herr Dressler ist der Verfahrensführer gewesen, und mit dem habe ich vereinbart: Ich schreibe dir einen Entwurf, und du guckst rein, ergänzt, guckst nach, was du aus der regionalen Personenliste vielleicht noch anreichern kannst. - Ich habe auch natürlich dem Verfahrensführer diesen Entwurf hingelegt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Genau. - Jetzt sagt das LKA Thüringen, es ist unüblich, dass ein Vermerk angelegt wird, aber nicht beendet wird von dem, der es ausgewertet hat. Ist das denn beim BKA üblich, wie Sie diese Verfahrensweise angelegt haben?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein, das habe ich vorhin auch gesagt, dass es eigentlich eine unübliche Verfahrensweise ist. Aber in der Kürze der Zeit war das mir nicht möglich, diese Liste abschließend zu bearbeiten. Deshalb habe ich darauf gesetzt: Ich mache dir einen Entwurf; ergänze den durch diese Erkenntnisse, die ihr regional habt aus den letzten drei Jahren, und dann können die Sachverhalte entsprechend in einem Vermerk weitertransportiert werden.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Andere Frage. Wie oft spielte bei Ihnen die Zielfahndung eine Rolle, auch in den Gesprächen, im Schriftverkehr, oder wie auch immer? Also, den Herrn Wunderlich haben Sie nicht erinnerlich, dass Sie den getroffen haben?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und die Zielfahndung als solches, wie oft spielte die eine Rolle?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Die Zielfahndung - - Also, ich wusste, dass die Zielfahndung aktiv ist, und der Herr Dressler hat mir gesagt und auch der Kollegin Beischer-Sacher: Die machen ihre Arbeit da. - Und das war für mich zunächst mal das Okay, dass das alles so läuft, wie es laufen muss.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binninger?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, bitte.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Herr Brümmendorf, nachdem Sie zurück waren im BKA, und zwar gerade mal ein paar Wochen, nachdem Sie in Thüringen waren, gab es - so wissen wir aus den Akten - eine Anfrage an das BKA im Zusammenhang mit einem Fahndungshinweis aufgrund eines Anrufes mutmaßlich vom Trio aus Orbe in der Schweiz. Da hat man das BKA - wir haben noch um die Benennung des Beamten gebeten; die wird irgendwann jetzt dann kommen - um Unterstützung gebeten. Also, im gleichen Fall kommt man ein paar Wochen später noch mal auf das BKA. Kennen Sie diesen Vorgang? Hat man Sie da auch noch mal kontaktiert? Haben Sie davon erfahren, dass jetzt sogar die Fahndung des BKA mit um Unterstützung gebeten wird?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein, der Vorgang, der sagt mir nichts. Das habe ich, glaube ich, auch in der letzten Anhörung so dargelegt. Die Beziehungen in die Schweiz - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Nein, ich meine auch BKA-intern. Wenn jetzt außer Ihnen noch mal jemand um Unterstützung gebeten wird in so kurzer Zeit, wäre es doch logisch, dass derjenige sagt: Ich rede mal kurz mit meinem Kollegen, der schon drüben war. Vielleicht hat der noch ein bisschen Informationen parat.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Also, ich - - Kann ich mich überhaupt nicht, in keiner Weise, daran erinnern.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Okay.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth dann bitte.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also wieder zurück zur Zielfahndung. Wenn die Zielfahndung zwar am Rande, aber nicht direkt eine größere Rolle spielt, frage ich nämlich deshalb, weil wir uns ja auch gefragt haben, ob vielleicht folgender Fall eingetreten ist - ist ja möglich -, dass Herr Dressler sich darauf verlassen hat, dass bei der Fahndungsmaßnahme die Zielfahndung tatsächlich hinterher ist und er selber sich dann um andere Dinge kümmert, aber der Zielfahndung das überlässt. Und die Zielfahndung selber hat die Asservate gar nicht gesehen, verlässt sich aber darauf, dass sie was bekommt. Das heißt, zwei verlassen sich aufeinander, und am Ende geschieht gar nichts.

Ist denn dieser Fall denkbar aus Ihrer Einschätzung heraus? So wie Sie es gesagt haben, dass die Zielfahndung keine große Rolle spielte, also in den Gesprächen, wäre der Fall ja eher undenkbar.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein, nach dem, was ich in Erinnerung habe, hat der Herr Dressler ganz klar gesagt: Die Zielfahndung ist dran. - Und natürlich wäre das durchaus ein Fehler, wenn die Liste dann nicht an die Zielfahndung gekommen wäre. Ich bin aber davon ausgegangen, weil ich den Entwurf hingelegt habe, dass diese Liste seinen Weg findet. Und wenn der Verfahrensführer der Meinung ist, die Liste bringt mich nicht weiter oder bringt die Zielfahndung nicht weiter oder die Informationen kenne ich schon, dann gibt er sie nicht weiter oder er gibt sie weiter.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Linksfraktion, bitte. Frau Pau.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Herr Brümmendorf, ich möchte darauf zurückkommen, wo wir vorhin aufgehört haben, auch weil mich Ihr Entwurf an der Stelle einfach ratlos macht. Sie haben vorhin gesagt, Sie haben Erkenntnisabfragen zu den zitierten Personen, die ja nicht aus Thüringen

stammten, über LKAs gesteuert, und haben dazu auch Vermerke gemacht. Ich finde aber in diesem Entwurf nicht mal einen Hinweis darauf, dass man also Neonazis, die keinen Jena-Bezug haben, abgeprüft hat oder dass das noch irgendwo läuft und man sich vielleicht dann mit den Ergebnissen irgendwo auseinandersetzen muss. Können Sie mir das erklären?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich habe keine Abfrage an die Landeskriminalämter getätigt.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Wohin dann? Sie haben gesagt, BKA war es nicht.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein, ich habe beim LKA Thüringen seinerzeit halt DV-Abfragen veranlasst - das ist ja Standard -: Was kommt dabei raus? Es sind dann halt entsprechende Dokumente dabei herausgekommen - nehme ich an -, und habe darauf begründet dann gesagt, insbesondere im Hinblick auf die Rückseite, die ich ja näher untersucht habe - - Da sind „Blood & Honour“-Leute, glaube ich, drauf gewesen. Und die erste Seite habe ich ja eigentlich - - Und so war meine Vereinbarung; die habe ich immer noch im Kopf, die Vereinbarung, dass das TLKA federführend macht.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, da könnte sich ein Kreis schließen, nämlich genau bei der Person, über die wir vorhin schon gesprochen haben: Kai Dalek. Haben Sie inzwischen eine Erinnerung, was Sie vor Ihrem Aufenthalt in Thüringen mit ihm schon zu tun hatten?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich weiß, dass er Beschuldigter in einem Ermittlungsverfahren war, an dem ich auch beteiligt war als Ermittler.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Richtig. 1995 bis 97 ermittelte das Thüringer Landeskriminalamt gegen zwölf Personen aus der rechten Szene gemäß § 129 a - - 129. Dieses Verfahren wurde am 23.08.1996 auch auf Kai Dalek ausgedehnt, und im Oktober 96 hat sich das Thüringer Landeskriminalamt mit einem Amtshilfeantrag an das BKA gewandt. Es ging um TKÜ-Maßnahmen gegen das Thule-Netz, dessen Betreiber unter anderem Kai Dalek war. Und die Amtshilfe des BKA

sollte sich auch auf die Auswertung der im Rahmen dieser Überwachung der Datenübertragung gewonnenen Erkenntnisse erstrecken.

In dem Vermerk, den Sie gezeichnet haben, Herr Brümmendorf, oder in der Rückmeldung dann an das Thüringer Landeskriminalamt - ich habe hier auch eine Fundstelle: MAT A TH-2/45, Seite 176 - haben Sie dann festgestellt, man habe einen Zufallsfund im Rahmen der angeordneten Maßnahme festgestellt, nämlich die Darstellung einer Siegrune, und empfahlen dem Thüringer Landeskriminalamt „entsprechende Ermittlungen wegen Verstoßes gg. § 86 a StGB“.

Ich habe nirgendwo in den Unterlagen finden können, dass das BKA - also das ist jetzt nicht nur an Sie gerichtet - dem Thüringer LKA auch weitere, im BKA sehr wohl vorhandene Erkenntnisse zu Dalek übermittelt hat. Ich meine, der hatte eine herausragende Rolle im bundesdeutschen und auch internationalen gewalttätigen Rechtsextremismus. Er war führendes Mitglied in der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“. Die spielte eine große Rolle bei dem Aufbau der militanten „Anti-Antifa“-Strukturen im bundesdeutschen Rechtsextremismus. Er hat die Ausspähung der sogenannten Volksfeinde im weitesten Sinne im südlichen Deutschland verantwortet, das heißt, Sammlung, Ausforschung von Daten, Anschriften, Bildern - also Fotos - von Gewerkschaftern, Linken, Antifaschisten, Vertretern von Migrantenvverbänden, der jüdischen Organisationen. Das war seine Aufgabe in diesem ganzen Netzwerk.

Er bewegte sich sehr wohl auch am Rande des Terrorismus mit dem Erstellen und auch der Verbreitung dieser Listen - zum Beispiel über das Thule-Netzwerk - dieser potenziellen Opfer. Von den Heiß-Aufmärschen und all den anderen Dingen will ich gar nicht sprechen. Und wir wissen, er hat in Thüringen eine wichtige Rolle auch beim Aufbau der rechtsextremistischen Strukturen - bis hin zum „Thüringer Heimatschutz“ - gespielt. Wäre das nicht Aufgabe des BKA gewesen, ein Jahr vor all den Vorgängen, die uns hier beschäftigen, das LKA auch über diese Dinge zu informieren, wenn es denn schon um Amtshilfe gebeten wird?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich kann nur sagen: Detailliert kann ich mich an diese Vorgänge nicht mehr erinnern. Aber im

Grunde genommen ist es auch Sache der Staatsanwaltschaft - sprich: des GBA -, dort die Freigabe zu geben, dass Informationen in der einen oder anderen Hinsicht an das Thüringer LKA zu dortigen weiteren Ermittlungen und dortigen staatsanwaltschaftlichen Verfolgungen gegebenenfalls gegeben werden.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Na ja, in jedem Fall hätten diese Informationen ja das LKA in irgendeiner Weise erreichen müssen, und spätestens, wenn Sie nun ein Jahr später auf einer solchen Liste diesen Namen sehen, damit schon mal befasst waren - - Ich weiß nicht, wie man da auf die Idee kommen kann, das Thüringer Landeskriminalamt nach seinen Erkenntnissen zu Herrn Dalek zu fragen oder zu bitten, danach zu recherchieren, und nicht zu schauen: Welche Expertise können wir aus unserem Haus dazu zusammenführen?

Ich möchte ganz zum Schluss noch auf einen anderen Aspekt dieser Liste zu sprechen kommen, der uns in anderen Zusammenhängen hier auch schon beschäftigt hat. In diese Zeit, Ende der 1990er-Jahre, - das haben wir hier in mehreren Vernehmungen schon gehabt - fielen permanent auftretende Konflikte sowohl zwischen dem Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Verfassungsschutz, aber auch einzelnen Landeskriminalämtern mit ihren Landesämtern für Verfassungsschutz zur Rolle von V-Leuten und zur Behinderung von polizeilichen Ermittlungen durch den Einsatz von V-Leuten. Laut *Spiegel* soll wem auch immer im Bundeskriminalamt dann 1997 der Kragen geplatzt sein, und es soll sogar ein Thesenpapier gegeben haben, welches dem Bundesamt für Verfassungsschutz mit konkreten Fallbeispielen übermittelt wurde, wo also V-Leute entweder diejenigen waren, die sich als Brandstifter betätigten, erst mal zu Straftaten nicht nur anstifteten, sondern auch dafür sorgten, dass die Polizei überhaupt zum Einsatz kam. Ist Ihnen zu diesen Einsätzen jemals etwas bekannt geworden, oder haben Sie selbst solche Erlebnisse gehabt?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Bei Kai Dalek bestand der Verdacht. Ich habe auch gehört, dass es ein sogenanntes Thesenpapier gäbe. Ich habe es aber selbst nie gesehen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Und als Sie diese Liste in die Hand bekamen - jetzt bin

ich wieder bei der Garagenliste -, da bestand schon der Verdacht, dass Kai Dalek V-Mann eines Amtes für Verfassungsschutz ist, und das war Ihnen zu dieser Zeit schon bekannt?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Das müsste zu dem Zeitpunkt eigentlich schon bekannt gewesen sein, ja.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut, dann gehen wir noch mal auf die Liste. Auf dieser Liste steht nicht nur Kai Dalek, der ja, wie wir im *Berliner Kurier*, in der *Zeit* und im *Spiegel* in ebendiesem Artikel zum BKA-Papier lesen konnten, V-Mann des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz gewesen sein soll, sondern auch andere V-Leute des Verfassungsschutzes, zum Beispiel ein gewisser „Corelli“, also höchst brisante V-Leute. Waren Ihnen weitere Verdachtsfälle bekannt, und kann es auch sein, dass man, um hier nicht in Konflikte zu geraten, da dann sich besser gar nicht erst auf diese Personen konzentriert?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein. Also, mir war zum damaligen Zeitpunkt lediglich Kai Dalek bekannt als möglicher V-Mann oder Mann vom Verfassungsschutz. Andere Erkenntnisse hatte ich zu keinen anderen Namen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Und deswegen haben Sie ihn auch jetzt nicht weiter behandelt, oder?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich habe den Auftrag gehabt, Fahndungsansätze zu bringen, um diese drei irgendwo dingfest zu machen - das war mein Interesse -, und ich konnte aufgrund der reinen Liste, die mir vorlag, keine Wertigkeit, keinen Fahndungsansatz, keine Fokussierung auf eine Person oder Personengruppe geben.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Meine Fragezeit ist abgelaufen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Der Kollege Schuster sagte mir gestern Abend, ich solle nicht immer so nett zu

Staatsanwälten sein. Das hat mir fast eine schlaflose Nacht bereitet. Deswegen habe ich zunächst mal eine Frage an BMJ und Generalbundesanwalt. Sie hatten doch auch die Information, dass es hier zwei Listen gibt, und haben uns diese Information in einer Art Verpackung zugeschickt, die schon wirklich bemerkenswert ist, wo es wörtlich heißt, der Übersichtlichkeit halber fügen Sie auch noch weitere Listen und Asservate bei oder Vermerke des Bundeskriminalamtes zu der eigentlich geforderten Aufstellung „süddeutscher Raum“. Das ist Ihr Schreiben mit Datum vom 21. Februar vom BMJ hier an den Ausschuss. Hielten Sie es nicht für nötig, uns darauf hinzuweisen, dass es nunmehr zwei Listen gibt - eine ältere nach dem BKA, eine neuere - und dass man das seit 6. März des vergangenen Jahres weiß, jedenfalls beim Bundeskriminalamt? Dort gibt es einen Vermerk, der das haarscharf herausarbeitet.

**RiLG Dr. Stefan Freuding** (BMJ): Herr Abgeordneter, Herr Vorsitzender, es ist richtig, dass dieser Vermerk vom 6. März 2012 erstmalig mit Schreiben des Ermittlungsbeauftragten vom 29. Januar 2013 - das ist die Ausschussdrucksache 347 - angefordert worden ist, und diese Anforderung ist dann mit dem von Ihnen zitierten Schreiben, was ich unterzeichnet habe, vom 21. Februar dem Ausschuss vorgelegt worden, nachdem die Unterlagen den üblichen Weg genommen haben. Also: Das Anforderungsschreiben ist an den GBA gegangen. Der hat die Unterlagen zusammengestellt. Dann ist es ans BMJ gegangen, und dann ist es auf dem Dienstweg nach vorheriger Ressortabstimmung vorgelegt worden.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja richtig prima.

**RiLG Dr. Stefan Freuding** (BMJ): Ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dieses Schreiben kam an, nachdem wir diese beiden Zeugen gehört hatten, eigentlich fertig waren mit der Garagenliste. Nur, weil es solche Widersprüche gab, haben wir sie ausnahmsweise heute noch mal geladen. Am Mittwoch dieser Woche ist es bei uns eingegangen. Sie sitzen die ganze Zeit hier und hören zu. Das BKA sitzt auch hier und hört zu, und keiner sagt uns: Moment, da gibt es noch eine Liste. - Herr Reinfeld kam gestern sozusagen im Sauseschritt und hat

es mitgeteilt; aber auch das war leider zu spät. Und wenn hier immer gesagt wird: „Es ist ein Verfahren des GBA, man muss den GBA fragen, und wir sind Herrin des Verfahrens“, dann nehme ich das jetzt mal ernst und sage: Dann muss uns auch die Herrin des Verfahrens rechtzeitig Unterlagen zur Verfügung stellen und nicht hier im Nebel rumstochern lassen.

**StA Ingo Kaiser** (GBA): Herr Wieland, ich würde vielleicht auch noch gerne ganz kurz Stellung nehmen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist angebracht.

**StA Ingo Kaiser** (GBA): Ich kann das verstehen. Es ist natürlich wünschenswert, wenn es so funktioniert, dass die Unterlagen rechtzeitig vor einer Zeugenvernehmung da sind. Es ist so, dass das Bundeskriminalamt auch noch mal darauf hingewiesen hat. Aber auch dem Herrn Freuding muss ich hier noch mal beipflichten, dass es so ist: Unterlagen aus laufenden Ermittlungen des Generalbundesanwalts werden vorgelegt auf Anforderung des Ermittlungsbeauftragten; das ist auch in Beweisbeschluss GBA-4 so festgelegt. Nun ist es leider so gewesen, dass diese Unterlagen erst am 29. Januar dieses Jahres angefordert wurden. Die Unterlagen haben wir sogleich durch das Bundeskriminalamt zusammenstellen lassen. Es ist unverzüglich in Richtung an den Ausschuss gegangen, und es ist nun leider so gewesen, dass es sich hier zeitlich etwas überschritten hat und nicht ganz gereicht hat.

Aber ich muss noch mal betonen: Es ist hier nichts zurückgehalten worden, zu spät vorgelegt worden. Es ist einen richtigen Weg gegangen, und den Vorwurf, dass hier Unterlagen zurückgehalten wurden oder Ähnliches, kann ich nur aus Sicht der Generalbundesanwaltschaft zurückweisen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom 29. Januar bis Eingang 25. Februar hier beim Ausschuss ist beinahe ein ganzer Monat. Damit toppen Sie sogar das Fahndungstempo der Thüringer Kriminalpolizei, um das mal deutlich zu sagen.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):  
Also, nicht ganz!)

- Nicht ganz vielleicht. - Aber das kann doch nicht wahr sein. Sie wissen genau, unter

welchem Zeitdruck wir hier arbeiten, dass wir immer sechs Sachen gleichzeitig machen, sechs Baustellen gleichzeitig machen, dass diese Thüringer Sache „Untertauchen“ hier auf der Tagesordnung stand, und zwar im Monat Januar, und dass Sie da nicht sagen: Wir haben hier was. Wir bemühen uns noch um Freigabe. - Wobei ich überhaupt nicht weiß, welche Freigabeproblematik es hier gegeben haben sollte. Ich weiß es wirklich nicht, zumal es eine zweite Liste ist, von der wir schon die erste hier hatten, seit Monaten hatten. Ich weiß wirklich nicht, wie Sie das erklären wollen. Und dass das alles seinen geordneten bürokratischen Gang ging, ist für mich keine hinreichende Erklärung.

**RiLG Dr. Stefan Freuding (BMJ):** Darf ich darauf erwidern?

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gerne.

**RiLG Dr. Stefan Freuding (BMJ):** Zu den zeitlichen Abläufen, die Sie jetzt gerade dargestellt haben: Die kann ich so nicht bestätigen. Das Schreiben des Ermittlungsbeauftragten datiert vom 29. Januar. Es ist wohl am 29. Januar im Sekretariat des Untersuchungsausschusses eingegangen. Das bedeutet aber nicht, dass es auch am 29. Januar beim Generalbundesanwalt gewesen ist.

Und im Übrigen: Es handelt sich hier um Inhalte aus staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten, und wir sind nun mal daran gebunden, diese Sachen in einem bestimmten Verfahren vorzulegen. Der Generalbundesanwalt - das hat Herr Kollege Kaiser gerade dargestellt - fordert die Akten an, stellt sie zusammen, legt sie dem BMJ vor. Im BMJ machen wir bei allen unseren Beweisvorlagen eine Ressortabstimmung mit den anderen Ressorts, und dann werden im Rahmen einer Leitungsvorlage diese Unterlagen übermittelt.

Ich kann Ihnen sagen, dass der Bericht des Generalbundesanwalts mit den Unterlagen, datiert vom 15. Februar - - ist also dann am Tag danach oder wenige Tage danach, am 17. Februar, nehme ich mal an, im BMJ eingegangen, und bereits am 21. Januar sind die Unterlagen an Sie rausgegangen. Wie die dann - - Wieso die dann - - Das kann ich nicht nachvollziehen. Wenn Sie sagen, dass die erst am 25. Februar bei Ihnen angekommen sind, da fehlt mir die Kenntnis.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Beim Deutschen Bundestag wird immerhin noch ein Eingangsstempel draufgemacht, wie es sich gehört.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland, ich glaube, dass wir diese internen Fragen der Zulieferung allenfalls im Rahmen einer Beratungssitzung erörtern sollten.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na ja, das weiß ich nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wollen Sie jetzt noch vertieft darauf eingehen?

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, nein. Wir haben das ja gehört. Es sprach für sich. Ich will das gar nicht mehr vertiefen.

Ich komme jetzt zu Herrn Brümmendorf.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Wir sind aber schon bei acht Minuten, Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das war ja nur eine Vorfrage,

(Heiterkeit)

warum wir hier nicht beliefert werden. Die hätte der Vorsitzende stellen müssen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben ja in der nächsten Runde - -

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Amtshilfe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, dann machen wir es später, von mir aus.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir kommen zur nächsten Berliner Runde. Die Unionsfraktion hat noch Fragen, hat man mir signalisiert.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Eine.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Dressler, ich habe nur noch eine Frage. Ich



hatte ja vorhin ein paarmal abgehoben auf diese handschriftlichen Notizen, anderes Schriftgut, das Sie festgestellt haben, auch von den beiden Personen. Ob Sie es ausgewertet haben, war nicht ganz klar. Haben Sie irgendwann im Zusammenhang mit dieser ganzen Sichtung des Schriftgutes und anderer Dinge mal die Feststellung getroffen, dass Böhnhardt Linkshänder ist?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Soweit ich mich erinnere, war das bekannt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Schon davor?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wäre das nicht ein sehr wichtiger Fahndungsansatz gewesen, auch ganz allgemein, um Banküberfälle in Chemnitz, von denen man Fotos hatte, auf denen offensichtlich ein Linkshänder die Waffe trägt, ein bisschen in Verbindung zu bringen?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Hinterher ist man immer schlauer. Also, ich denke, da hat überhaupt keiner dran gedacht.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Okay. - Aber Ihnen war schon vorher der Umstand bekannt, dass er Linkshänder ist?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Das war im Rahmen der Ermittlungen - er war ja mehrfach, wie gesagt, Gegenstand von Ermittlungen, im Vorfeld schon; er wurde als Beschuldigter gehört und dergleichen - bekannt, dass er Linkshänder ist. Es kann auch sein, dass es in den KT-Unterlagen mit vermerkt war, was nicht unüblich ist. Aber als Fahndungsansatz war das sicher nicht tauglich.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und war auch eingespeichert im System? Der lag ja ein im INPOL.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, ob das damals durch die Kollegen mit aufgenommen wurde.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Als personengebundener Hinweis ist ja eigentlich vorgesehen, dass man Linkshänder dazupackt, oder?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wissen Sie aber nicht, ob das war?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Kann ich nicht sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann hätte ich einige Fragen, die ich dann auf Konto meiner Fraktion stellen würde.

Das ist zunächst mal eine Frage an das Bundeskriminalamt. Ich weiß nicht, ob Herr Germano das vielleicht beantworten kann oder Herr Reinfeld als Vertreter des Bundesinnenministeriums.

Offen geblieben ist ja bisher - das konnten weder Herr Brümmendorf noch Herr Dressler uns vor einer Woche beantworten -, warum das BKA mit drei Vertretern eigentlich vor Ort war in Erfurt beim Landeskriminalamt. Haben Sie das mal recherchiert, ob das beruhte auf einer Bitte aus Thüringen um Unterstützung oder auf einer Anregung des BKA, dass man Hilfe zu leisten bereit war? - Herr Germano.

**KOR Mario Germano (BKA):** Also, wir haben die Frage auch versucht zu klären und haben das erörtert mit verschiedenen Ansprechpartnern aus der Abteilung Staatsschutz bei uns. Es lässt sich nicht mehr nachvollziehen, weil wir keine Akten mehr darüber haben, ob es eine Anfrage aus Thüringen gab oder ob wir unsere Unterstützung proaktiv angeboten haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist nicht dokumentiert worden?

**KOR Mario Germano (BKA):** Das mag dokumentiert worden sein; aber es gibt darüber keine Dokumentation mehr, da es auch schon ein paar Jahre her ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dressler, wie oft kam es denn vor, dass Sie bei Ihren Ermittlungen seitens LKA Thüringen durch das BKA unterstützt worden sind?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich denke, insgesamt in der Zeit, als ich im Staatsschutz tätig war, drei-, viermal.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Drei-, viermal?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und wie viele Fälle haben Sie bearbeitet in der Zeit?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich denke, dass ich in allen drei Fällen mitgearbeitet habe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, nein. Also, wie lange waren Sie denn im Staatsschutz insgesamt?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Von 1997 bis 2004.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sieben Jahre lang?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und Ihrer Erinnerung nach hat es in drei bis vier Fällen Unterstützung gegeben durch das BKA?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das heißt aber, die Zahl der Fälle, mit denen Sie beschäftigt waren, war dann größer als drei oder vier?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja, natürlich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, erheblich größer, nehme ich mal an.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das heißt, das war schon eine Ausnahmesituation?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja, das ist richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und keiner weiß mehr, warum es zu dieser Situation gekommen ist?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Es gab durchaus im Rahmen der kooperativen Zusammenarbeit Situationen, wo man sich kurzfristig zusammengetan hat, um bestimmte Problemfelder zu lösen. Ich erinnere mich in dem Zusammenhang an Beschlagnahmen am Frankfurter Flughafen mit rechtsradikalen Tonträgern, bei denen das BKA mehr oder weniger Informationen im Vorlauf hatte und wir dann gemeinsam eingestiegen sind und die Endbearbeitung übernommen haben, weil der Beschuldigte aus unserem Bundesland kam.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dressler, habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass bei wenigen herausragenden Fällen Sie bei Ihrer Tätigkeit als LKA unterstützt worden sind durch das BKA?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das heißt, das war schon ein besonderer Fall mit dem Rohrbombenfund in Jena?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Aus welchen Gründen auch immer - ob Thüringen angefordert hat oder das BKA das mitbekommen hat und selber angeboten hat - waren also drei Beamte, unter anderem Herr Brümmendorf, zeitweise in Erfurt und haben Ihre Arbeit, Herr Dressler, unterstützt?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So, und jetzt haben wir den Sachverhalt, dass sich bei den Asservaten drei - - zwei Telefonlisten, ein Blatt mit Adressen befunden hat. Davon wurde ausgewertet ein Dokument von dreien. Das zweite, das dritte wurde gar nicht zur Kenntnis genommen. Das wurde aufgeschrieben; aber es wurde nicht ausgewertet. Und das einzige Dokument von dreien, das ausgewertet wurde, ist offenkundig nur halbherzig ausgewertet worden. Ich habe gewisse Schwierigkeiten, das nachvollziehen zu können. Ich meine, Sie haben offenkundig eine persönliche Adressliste von jemandem,

den Sie suchen, und die wird nicht abgearbeitet. Das ist, finde ich, völlig unplausibel.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich nehme das jetzt als Feststellung von Ihnen, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Würden Sie diese Feststellung teilen?

**Zeuge Jürgen Dressler:** - und ich habe das letzte Mal gesagt, dass das ein Fehler war. Diese Liste - das habe ich auch in der ersten Vernehmung gesagt - gehört in die Hände der Zielfahndung als Werkzeug.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe noch eine Frage an das BKA. Wenn man sich jetzt die uns seit gestern bekannte zweite Liste anschaut: Da sind ja auch einige handschriftliche Eintragungen. Dem entnehme ich, dass die von mindestens zwei verschiedenen Personen stammen müssen, aufgrund der Handschrift - zwei oder sogar drei. Jetzt ist ja bei der uns bisher bekannt gewordenen Liste, die auch Herr Brümmendorf ja zur Kenntnis genommen haben will, gesagt worden, man hätte sie Mundlos zugeordnet. Ist denn die Handschrift auf der ersten Liste mal dahin gehend analysiert worden, ob das wirklich die Handschrift von Uwe Mundlos war?

**KOR Mario Germano (BKA):** Herr Vorsitzender, ich kann Ihnen jetzt zu konkreten Abklärungsergebnissen keine Auskunft geben. Das müssten wir dann gegebenenfalls nachliefern.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Aber wenn sozusagen öffentlich auch behauptet wird, man ordnet diese Liste Herrn Mundlos zu, dann wäre es doch wirklich das absolut Naheliegendste, abzuklären, ob die auf der Liste vorhandenen handschriftlichen Eintragungen Herrn Mundlos zuzuordnen sind.

**KOR Mario Germano (BKA):** Ich habe nicht ausgeschlossen, dass diese Untersuchung stattgefunden hat. Nur, ich habe keine Kenntnis darüber; ich bin nicht Mitarbeiter in der BAO.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Und bei der zweiten Liste? Ich meine, das ist evident. Die hat ja auch eine Rückseite wie

die erste mit handschriftlichen Eintragungen, und das sind mindestens zwei verschiedene Handschriften. Das wäre ja schon interessant, zu wissen. Dann bitte ich, zeitnah nachzuliefern, ob man mal handschriftliche Proben, Schriftproben, von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe verglichen hat mit den handschriftlichen Eintragungen auf diesen Telefonlisten. Dass dazu heute, am 1. März 2013, keine Aussage getroffen werden kann, weil das offenkundig eine so absonderliche, nachrangige, lächerliche Frage ist - nein, ist sie nicht -, verstehe ich nicht.

(MR Richard Reinfeld (BMI): Darf ich ganz kurz?)

- Herr Reinfeld, können Sie uns die Frage beantworten?

**MR Richard Reinfeld (BMI):** Nein, ich kann nur was klarstellen und das dann verfahrenstechnisch in die richtigen Bahnen bringen.

Nein, ist sie nicht. Ist vom BKA ja so jetzt gerade nicht vorgetragen worden, sondern die Frage war ja, inwieweit das Ganze angefasst und bewertet worden ist. Wir werden das nachliefern, nicht wir als BMI, sondern - ich gehe auf den Abgeordneten Wieland zurück -, da das ja verfahrensbefangen ist, denke ich, sicherlich die Kollegen aus dem Bereich GBA in Verbindung mit BKA. Also, ich wollte nur - - damit wir in geordnete Bahnen und Verfahren auch reinkommen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht hat jetzt die FDP-Fraktion. Gibt es noch Fragen? - Herr Tören.

**Serkan Tören (FDP):** Eine Frage nur noch, wobei angemerkt sei, dass hier noch mehr Unterschriften anscheinend vorhanden sind mit unterschiedlichen Farben, also anscheinend mehrere Personen hier handschriftlich geschrieben haben.

Ich hatte ja vorhin gefragt: Die TK-Maßnahmen gegen Böhnhardt sind ja nicht verlängert worden, Herr Dressler. Sie haben auf die Zielfahnder verwiesen, dass das in deren Bereich liegen würde, dann solche Maßnahmen zu entscheiden oder nicht. So habe ich Sie verstanden. Ist das richtig?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Das ist richtig.

**Serkan Tören (FDP):** Können Sie dann noch mal sagen, was dann die EG TEX für

eine Funktion hatte genau - das ist mir noch nicht so ganz klar - und wie dann das Verhältnis auch zur Zielfahndung dann ist?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Wir waren die Sachbearbeitung der Ermittlungsgruppe EG TEX. Das heißt, wir haben das normale Verfahren bearbeitet. Der Fahndungsteil war ausgegliedert, zumindest was den operativen Teil betraf. Alle Fahndungsmaßnahmen, die administrativ liefen, haben wir als EG TEX umgesetzt. Das heißt also, die Öffentlichkeitsfahndung, die Auslobung bei der Staatsanwaltschaft, die Internetfahndung, die Kontakte mit den Botschaften oder sonstigen Beteiligten, die wir hatten, da wir alle Bilder von den drei Gesuchten an alle Botschaften der Bundesrepublik auch versandt hatten, bis hin zu den Fernsehauftritten: Das sind Dinge gewesen, die sind von der EG TEX mit realisiert worden. Alle Erkenntnisse wurden in dem Zusammenhang an die Zielfahndung gegeben, und die Zielfahndung hat die operativen Maßnahmen umgesetzt und eigene operative Maßnahmen veranlasst nach eigenem Kenntnisstand.

**Serkan Tören (FDP):** Sprechen Sie denn Empfehlungen aus für die Zielfahndung, was genau an Ermittlungsmaßnahmen getroffen werden könnten oder sollten?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Wir haben uns mit der Zielfahndung in regelmäßigen Abständen getroffen, entsprechend den Informationsstand ausgetauscht. Der Informationsstand zwischen dem LfV und der Zielfahndung war unmittelbar so abgesprochen worden, dass man sich direkt miteinander in Verbindung setzt, um Zeitverluste über die Sachbearbeitung zu vermeiden. Das hat auch so stattgefunden. Und die Zielfahndung - muss ich so sagen - war bis dahin zu nahezu 100 Prozent erfolgreich. Da haben wir keinen Zweifel dran gehabt, dass es da ansatzweise irgendwelche Probleme gibt. Letzten Endes sind wir davon ausgegangen, dass eigentlich eine zeitnahe Festnahme der drei zu erwarten war. Das muss man auch so deutlich sagen. Waren selber dann erstaut über diese Länge, die dann nicht mehr wirklich erklärbar war.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):  
Darf ich mal kurz?)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Noch mal eine ganz kurze Nachfrage. Sie sagten gerade, Sie haben die Bilder, die Fahndungsbilder an verschiedene Institutionen gegeben: auch an Landesämter für Verfassungsschutz? Und wie ist denn das eigentlich? Kriegen Sie da auch eine Rückmeldung oder eine Eingangsbestätigung: „Jawohl, haben wir aufgenommen, wir schauen auch nach“, oder wie ist das?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Das Landesamt für Verfassungsschutz in Thüringen war ja nun mit eingebunden in die Maßnahme. Sie wussten ja - -

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Ich meine andere.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Andere Landesämter sind nicht unsere Ansprechpartner gewesen in dem Zusammenhang.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Nein, als Sie die Fahndungsbilder rausgegeben haben: Wir fahnden nach diesen dreien. Die sehen so aus und sind so groß.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Die Fahndungsbilder haben wir nicht explizit an Landesämter verschickt. Es gab das BKA-Blatt; in dem wurden die veröffentlicht, in den öffentlichen - - Alle Möglichkeiten, die sozusagen im Strafverfahren zur Verfügung stehen, wurden in dem Zusammenhang genutzt. Wir haben entsprechende Fernsehbeiträge produziert.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Das ist mir klar. Mir geht es um die institutionelle Ebene; denn einige Ihrer Kollegen aus unterschiedlichen Institutionen, anderen Landeskriminalämtern konnten hier nicht bestätigen, dass sie seinerzeit entsprechende Bilder gesehen haben oder von den dreien Kenntnis hatten oder Ähnliches.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Dem BKA war der Umstand - - Dem BfV war die Suche nach diesen drei Personen mit Hundertprozentigkeit bekannt, und dem LfV Thüringen. Andere Landesämter haben wir nicht explizit angeschrieben, es sei denn, dass es - - Es

gab noch eine Kommunikation mit dem LfV Sachsen; die lief über die Schiene der Zielfahndung. Andere sind mir nicht bekannt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Linksfraktion könnte jetzt noch Fragen stellen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Sie hat noch eine. - Herr Brümmendorf, ich möchte noch auf einen anderen Komplex zu sprechen kommen. Sie haben am 9. April 1999 für das BKA anlässlich eines ARP-Auftrags des GBA einen Vermerk zu den Paket- und Briefsendungen an Hannes Heer und Ignatz Bubis mit Bombenattrappen im Zusammenhang mit der damaligen Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ geschrieben. Wir erinnern uns alle: Diese Ausstellung hat damals zu heftigen Protesten des bundesdeutschen Rechtsextremismus geführt. In Ihrem Vermerk vom 9. April 1999 haben Sie geschrieben - ich zitiere aus MAT A GBA 3-0018, Blatt 7 -:

Nach einer ersten Sichtung der seit dem 08.04.99 vorliegenden Asservate besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dahin gehend, daß beide Bombenattrappen „einer Werkstatt“ entstammen.

Aufgrund eines Abgleichs der Bombenattrappen mit der Tatmittelsammlung wurde ein Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren der SOKO REX, LKA Thüringen, festgestellt; für eine Serie mehrerer Bombenattrappen in ähnlicher Machart (Styropor-Einlage/Kreppband/Batterien) sind drei Personen aus Jena als Tatverdächtige namhaft gemacht (MUNDLOS/ZSCHÄPE/BÖHNHARDT). Außerdem war von diesen drei Tatverdächtigen am 02.09.97 ein funktionsfähiger Sprengsatz im Bereich des Theaters der Stadt Jena abgestellt worden.

An anderer Stelle Ihres Vermerks heißt es dann weiter - ich zitiere von Blatt 8 und 9 -:

Beide Bombenattrappen entstammen mit hoher Wahrscheinlichkeit der gleichen, vermutlich österreichischen „Werkstatt“; sollte sich jedoch eine unmittelbare Verbindung zur Spur „BÖHNHARDT/ZSCHÄPE/MUNDLOS“ ergeben, ist davon auszugehen, daß eine funktionsfähige Bombe durch die Tatverdäch-

tigen konstruiert werden kann; inwiefern die notwendigen Sprengmittel zur Verfügung stehen, kann nicht beurteilt werden...

Durch den Bezug nach Österreich besteht die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit mit den österreichischen Sicherheitsbehörden, insbesondere ist die Zielfahndung i. S. „BÖHNHARDT/ZSCHÄPE/MUNDLOS“ möglicherweise auf Österreich auszudehnen.

Ich finde es sehr interessant, Herr Brümmendorf, dass Sie damals gleich diese

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Das war von wann? Von welchem Jahr noch mal? 2000?)

- 99 - Verbindung zu dem Ihnen ja bekannten und auch von Ihnen befassten Fall hergestellt haben. Deshalb meine Frage: Wissen Sie, ob diese Anregung zur Ausdehnung der Zielfahndung nach Österreich in irgendeiner Weise auch erfolgt ist? Und meine Frage an Herrn Dressler: Hat Sie das im Jahre 1999 irgendwie erreicht, diese Überlegungen von Herrn Brümmendorf?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Soweit ich weiß, ist dieses Schriftstück, dieser Vermerk auch an das Thüringer LKA gegangen zur dortigen Kenntnisnahme, und die Übernahme der weiteren Fahndungsmaßnahmen ist naturgemäß Sache vom LKA Thüringen.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Warum?)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Binninger.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Also, wenn ich die - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gerne.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Vielen Dank für den wichtigen Hinweis an die Kollegin Pau. - Wenn ich das Zitat aber gerade richtig verstanden habe, heißt die Formulierung - vielleicht kannst du das noch mal vortragen -: Die eingeleitete Zielfahndung nach Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe ist auf Österreich auszudehnen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Richtig; so habe ich es auch vorgelesen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und das hat Herr Brümmendorf geschrieben?

**Petra Pau** (DIE LINKE): Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das heißt, Sie stellen im Jahr 99 fest: Es gibt eine Zielfahndung - wussten Sie das dann von Thüringen, waren Sie noch mal in Kontakt? -, und die müssen wir jetzt ausdehnen. - Aber das kann doch nicht Aufgabe des LKA Thüringen sein. Also, für den Kontakt mit ausländischen Polizeibehörden ist mal wirklich klassisch das BKA zuständig, und wenn Sie zur Kenntnisnahme etwas übersenden, dann ist es schon gar nicht mehr Auftragslage der Thüringer. Das wäre Aufgabe des BKA gewesen, jetzt die Fäden an sich zu ziehen.

**Zeuge Michael Brümmendorf**: Ich weiß nicht, ob ich es zur Kenntnisnahme geschickt habe oder in welcher Hinsicht auch immer, ob originär angeschrieben. Aber die Zielfahndung, die lief ja beim Thüringer LKA, und da geht es natürlich nicht darum, dort dazwischenzufunken. Das muss natürlich in einer Hand bleiben.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Herr Dressler, haben Sie dazu irgendwas jemals gehört oder erfahren?

**Zeuge Jürgen Dressler**: Zur Klarstellung: Es gab ja keine Zielfahndung. Das ist ja immer wieder dieser Dreh- und Angelpunkt. Die Zielfahndung als Einheit - das ist einfach ein Problem der Namensgleichheit -, die Einheit Zielfahndung war mit der Fahndung nach diesen drei Personen beauftragt. Eine Zielfahndung im klassischen Sinne gab es nicht. Unabhängig davon: Wenn es die gegeben hätte, hätte es keiner Ausdehnung auf Österreich bedurft, weil eine Zielfahndung auf Personen ausgerichtet ist, und dann ist es vollkommen egal, wo die sich auf dieser Welt befinden. Dann werden sie dort gesucht. Ob uns dieses Schreiben unter welchen Umständen erreicht hat, das weiß ich jetzt nicht mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy**: Herr Binninger hat noch mal eine Frage als alter Kriminalist.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wissen Sie, die eine Behörde, die auch zuständig ist

für diese internationalen Bezüge, stellt fest: Erstens. Es gibt eine Zielfahndung nach Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe. - So ist dem Vermerk zu entnehmen. Sie sagen - was mein Eindruck auch war -: Das, was Wunderlich gemacht hat, war gar keine Zielfahndung, sondern nur die Einheit Zielfahndung hatte den Nebenbei-Auftrag: Guckt mal nach denen, macht aber keine Unruhe in der rechten Szene - also von vornherein zum Scheitern verurteilt -, und Dienstreiseanträge in die Schweiz oder ins Ausland werden nicht genehmigt. - Das war also das Qualitätsniveau dieser Zielfahndung.

Aber wenn sich hier weitere Hinweise ergeben, muss doch irgendjemand sagen: Wer kümmert sich jetzt darum, wenn es Hinweise gibt auf Österreich mit weiteren Tätern, mit weiteren Delikten? Dann können Sie nicht sagen: Es war keine richtige. Und Brümmendorf sagt: Es war eine. Zuständig waren wir irgendwie beide nicht.

**Zeuge Jürgen Dressler**: Moment, wenn ich das jetzt richtig verstehe, ist der Hintergrund dessen, dass in Österreich seinerzeit USBVs gefunden wurden, oder? Ist das korrekt?

(Petra Pau (DIE LINKE): Korrekt!  
Die Polizei hat die zum Beispiel gefunden!)

- Okay.

Ich kann dazu nur sagen: Also, eine Ausdehnung auf Österreich gibt es in der Form nicht, weil die Fahndung wird nach der Person ausgerichtet und egal wo die sich aufhält.

(Petra Pau (DIE LINKE): In Deutschland!)

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): In dem Fall hätte es aber erst mal eine Zielfahndung geben müssen. Ich glaube Ihnen gern, dass die weltweit den Leuten hinterherfahren; aber das gab es ja gar nicht. Also hätte irgendjemand jetzt was aus diesem Hinweis machen müssen.

**Zeuge Jürgen Dressler**: Ich kann nicht sagen, was wir da seinerzeit mit diesem Hinweis gemacht haben.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wir gehen noch mal nach, wo die Akte hinging, ob - -

**Zeuge Jürgen Dressler:** Da müsste man vielleicht in den Akten noch mal nachgucken. Ich kann es jetzt nicht sagen.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Und „zur Kenntnis“, dann müssen Sie natürlich nichts machen. Wenn das BKA Ihnen so einen Vermerk zur Kenntnis schickt, dann ist das irgendwie, dass Sie es halt wissen. Dann hätte das BKA aber machen müssen.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich muss es nachlesen. Ich kann jetzt da nichts - -

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Wir auch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch Fragen.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich bin ja bisher noch zu keiner einzigen Frage gekommen, Herr Vorsitzender.

(Serkan Tören (FDP): Das sehe ich anders! - Patrick Kurth (Kyffhäuser)  
(FDP): Unser Mitleid hält sich in Grenzen!)

- Das verstehe ich alles nicht, aber gut. - Ich habe auch nur zwei zu dieser, heute nun schon mehrfach erörterten und mit Ihnen auch beim vergangenen Mal erörterten Asservatenauswertung, Vermerkentwurf. Sie waren ja auch da, Herr Brümmendorf - so wurde uns vom BKA jedenfalls mitgeteilt -, im Hinblick auf mögliche §-129/129-a-Zuständigkeit, also terroristische Vereinigung. Diese Passage, die Sie da geschrieben haben und die so oder so interpretiert werden kann - ohne Relevanz, für das hier geführte Ermittlungsverfahren ohne Bedeutung -, heißt ja nicht, dass diese Adressen nicht möglicherweise für die Frage „Liegt hier eigentlich eine terroristische Vereinigung vor?“ von Bedeutung waren. Verstehen Sie: Wenn ich den Verdacht habe - und so wurden Sie ja losgeschickt, wurde uns gesagt -, das könnte auch in Richtung terroristische Vereinigung gehen, dann muss ich doch auch gucken: Mit wem sind die in Kontakt? Wie groß ist die möglicherweise? Wer könnte dazugehören? Haben wir einen Vereinigungscharakter? - Und da sehe ich auswertungsmäßig, ehrlich gesagt, nichts.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich habe, soweit ich auf diesen Entwurf noch mal zurückkommen darf, zu dieser Asservatenauswertung, in meiner Erinnerung auf jeden Fall noch drinstehen, dass tatsächlich die KSJ, also die „Kameradschaft Jena“, möglicherweise als Organisation aufgefasst werden könne. Es gab ein eigenes Handy - was da auch auf der Liste bezeichnet ist -, das auf Organisationsstrukturen hinweist. Nur, die Täter dieser KSJ zuzuordnen, das war eine Sache; die hat die Staatsanwaltschaft Gera relativ deutlich gemacht. Im Rahmen der Ermittlungen, die seinerzeit geführt worden sind, sind diese drei Personen als Splittergruppe, als Einzeltäter, die sich zusammengetan haben, ohne für die KSJ, also die „Kameradschaft Jena“, arbeiten zu wollen und auch in deren Namen zu agieren - - Diese Organisation KSJ ist also nicht für diese drei Personen dann von Relevanz gewesen.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na ja, man braucht ja nur drei für eine terroristische Vereinigung. Deswegen klagt ja jetzt der Generalbundesanwalt auch an wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Von daher war es ja denkbar, gerade wenn man so viele Adressen hat, die nicht aus Jena sind. Wenn man damals wusste, dass es „Blood & Honour“-Strukturen gibt, die kurz darauf verboten wurden, gegen die auch mal ermittelt wurde wegen terroristischer Vereinigung usw., usf., leuchtet es mir nicht ein, zu sagen: Wir lassen das schon daran scheitern, dass die drei jetzt nicht mehr so eng mit der „Kameradschaft Jena“ zusammen sind.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Die Liste war leider räumlich sortiert. Wenn da oben drüber gestanden hätte: „KSJ: Erstens der, zweitens der, drittens der, viertens der“, dann wäre das eine relativ einfache und überschaubare Sache gewesen. Aber aus der räumlich sortierten Liste kann ich eine Organisationsstruktur - wie der GBA, Sie auch und auch der § 129 a fordern - eben nicht so leicht generieren.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da muss man „Unterstützer“ draufschreiben!)

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie hätten „Terroristische Vereinigung - Doppelpunkt“ schreiben sollen.

Aber gerade weil es Ihr Auftrag war, etwas diesbezüglich Ihrem Haus und möglicherweise auch dem GBA zu liefern, hätte es doch nahegelegen, diese Liste auch mitzunehmen oder rüberzusenden und zu sagen: Wenn ihr weiterprüft: „Liegt eine terroristische Vereinigung vor?“, dann ist das möglicherweise interessant für euch, dann seht ihr Verbindungen, dann erkennt ihr es möglicherweise.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Das habe ich nicht gemacht, und das war, im Nachhinein betrachtet, sicherlich ein großer Fehler.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Allerletzte Frage von mir aus. Sie haben sich ja doch viel Mühe mit „Voller Ernst“ gegeben, dieser Postkarte „Mit Neonazis spielt man nicht“. Das wurde Ihnen schon vorgehalten. Sie haben da telefoniert mit dem Landeskriminalamt Berlin, und die wussten auch nichts. Wenn ich Ihnen jetzt vorhalte, dass das das Label eines linken Plakatemachers, Aktionskünstlers, eine Art Berliner Klaus Staeck ist, mit Namen Ernst Volland, und diese Karte ganz sicher warnen sollte vor Neonazis und Ihre Vermutung - - Ich gebe ja zu: Sie haben es in einem sehr eindeutigen Kontext da gefunden. Aber wenn dieses Telefonat noch nicht mal das ergibt, was in Berlin im Grunde allgemein bekannt war - wer solche Postkarten macht, und wer hinter „Voller Ernst“ steht -, dann muss ich auch sagen: Eines der drei von Ihnen angeregten Ermittlungsverfahren ging nun auch völlig in die Irre. Und insgesamt könnte man eine Satire darüber schreiben, wenn es nicht so ernst wäre.

Ich gebe jetzt ab an den Kollegen Ströbele.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Für eine Minute so ziemlich genau.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, dann machen wir die nächste Runde, und dann haben wir noch mal wieder ein paar Sekunden.

Ich habe auch nur noch eine Frage zu klären, an der wir ja jetzt zuletzt sitzen, und deshalb sind Sie auch beide heute hier. Wie sich die Verantwortung verteilt für das Scheitern der Fahndung in Thüringen, das ist

ja das Thema von beiden. Jetzt haben Sie, Herr Brümmendorf, mehrfach darauf hingewiesen: Leiter war ja Herr Dressler. Sie waren zwar vom BKA - aber zur Unterstützung und nicht zur Leitung dieser Fahndungsmaßnahmen - da hingeschickt worden.

Und deshalb meine erste Frage an den Herrn Dressler in diesem Zusammenhang: Herr Dressler, Sie hätten eigentlich eine wirksame Fahndung leiten, in die Wege leiten und durchführen müssen. Nun haben Sie auch auf die Fragen des Kollegen Binninger vorhin ja bestätigt: Zielfahndung gab es eigentlich nicht, jedenfalls keine richtige, sondern so eine halbe. Unter „ferner liefern“ haben die Kollegen das mit erledigt oder sollten sie mit erledigen. - Aber wer sollte denn dann nach Ihrer Auffassung die eigentliche Fahndung machen? Was haben Sie da in die Wege geleitet? Was haben Sie geleitet? Und insbesondere: Wie haben Sie die Aufgaben verteilt? Sie haben dann an das BKA die Auswertung dieser Liste übergeben; da kommen wir dann gleich noch drauf. Aber was haben Sie denn als Fahndungsmaßnahmen gesehen? Wer sollte das machen? Wer sollte Ihnen Bericht erstatten? Wer sollte das alles koordinieren, wenn nicht Sie?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Wie ich das den Kollegen von der FDP-Fraktion schon mitgeteilt hatte: Es gab eine Aufgabenteilung, die darin bestand, dass sämtliche operativen Maßnahmen weitestgehend durch die Zielfahndung zu erledigen sind. Sofern sie da nicht in der Lage wären, würden wir unterstützen. So ist es auch weitestgehend erfolgt im Zusammenhang mit diesem Verfahren. Die administrativen oder Bürofahrungsmaßnahmen, wie es landläufig genannt wird, wurden durch die EG TEX umgesetzt und geführt. Das waren die Absprachen, die in der Form existierten. Dementsprechend war es natürlich so: Wenn Auswertung erfolgte, wie sie durch die Asservate erfolgte, wäre es an uns gewesen, diese Dinge an die Zielfahndung weiterzuleiten oder im Rahmen von Besprechungen zu übermitteln.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer trägt denn jetzt die Verantwortung Ihrer Meinung nach dafür?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ich war Verfahrensführer. Ich bin verantwortlich für das Verfahren.



**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehen Sie. - Und auch für die Nichtweiterleitung oder das Nichtankommen dieser Garagenliste bei den operativen Kräften - wer auch immer das jetzt war - tragen Sie die Verantwortung?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Herr Ströbele, ich - - Im Prinzip, ja. Ich muss es nur dahin - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen das immer so cool: Ja. - Aber berührt Sie das nicht?

**Zeuge Jürgen Dressler:** Nein, so ist es nicht. Ich habe folgende Situation: Ich weiß, dass diese Liste in den Beständen der Zielfahndung ist. Ich weiß nicht, wie sie da hingekommen ist, und ich kann auch nicht sagen, zu welchem Zeitpunkt. Und Sie wollen, dass ich jetzt hier die Gesamtschuld übernehme. Ich bin für das Verfahren gesamtverantwortlich, ohne Frage. Aber ich kann diesen Umstand nach wie vor für mich nicht klären.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das haben Sie zu verantworten, dass Sie das nicht klären können und dass es ganz offensichtlich nicht geschehen ist.

**Zeuge Jürgen Dressler:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Brümmendorf, welcher Teil der Verantwortung bei Ihnen ist. Sie werden, was ja wahrscheinlich auch nicht täglich vorkommt, zur Unterstützung einer konkreten Fahndung nach Thüringen vom BKA geschickt, drei Leute. Also, ich nehme mal an, kommt einmal im Jahr vor oder so, so eine Fahndungsunterstützung. Und Sie bekommen dann die Aufgabe von dem Leiter der Fahndung, von Herrn Dressler, Sie sollen diese Liste mal sich vornehmen. Sie werfen die Liste aus, haben mehrere Tage Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, und schreiben dann einen Vermerk dazu. Warum haben Sie über dieses Ergebnis Ihrer Bemühungen, wo Sie ja jetzt fast zehn Tage in Thüringen gewesen sind, nicht irgendeine Notiz über das Ergebnis und wie es jetzt weitergehen soll, dann verfertigt, wo zum Beispiel drinsteht: „Das und das haben wir

geklärt. Das und das konnten wir nicht mehr klären, da reichte die Zeit nicht, und das und das muss jetzt noch gemacht werden“? Das finde ich nicht.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Wir haben ja nicht - - Oder ich habe keine zwei Wochen Zeit gehabt, mich ausschließlich mit diesem Asservat zu beschäftigen, habe da auch -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, klar, auch noch andere Sachen.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** - noch andere Sachen zu tun gehabt. Ich bin bei meiner Abreise davon ausgegangen, dass dieser Entwurf, den ich vorgelegt habe, auch weiterhin natürlich ausgewertet und natürlich auch beurteilt wird vom Verfahrensführer. Ich sehe sehr wohl, dass ich da vielleicht etwas energischer hätte auftreten müssen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, auch aufschreiben. Darum geht es mir.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich habe meine Meinung in diesem Auswertevermerk ja dargelegt: dass ich zu diesen Personen so keinen Fokus, keinen Fahndungsansatz bieten kann, weil ich die Leute nicht in der Intensität kenne.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das steht da so nicht drin.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele, es spricht gerade der letzte Redner vor der namentlichen Abstimmung. Falls wir das jetzt hier nicht abschließen können, müssen wir jetzt unterbrechen und die Befragung fortsetzen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich habe es nicht aufgeschrieben, in der Erwartung, dass dieser Sachverhalt weiter bearbeitet wird. Deshalb habe ich ja nur einen Entwurf vorgelegt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir müssen jetzt unterbrechen. Sonst verpassen die Abgeordneten die Abstimmung.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das wollen wir nicht riskieren. Das wird teuer.

(Unterbrechung von 12.36 bis  
13.16 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dressler und Herr Brümmendorf, dann würde ich Sie bitten, noch mal Platz zu nehmen, in der Hoffnung, das wird jetzt nicht mehr so lange dauern. Jedenfalls gibt es keine weiteren Unterbrechungen durch namentliche Abstimmungen. Das war gerade die letzte für heute.

Wenn ich es richtig zur Kenntnis genommen habe, gab es außer bei Bündnis 90/Die Grünen gar keine weiteren Fragen an die Zeugen. Deswegen würde ich jetzt einfach direkt Herrn Ströbele das Wort erteilen und dann noch mal anschließend abklären, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Herr Ströbele, bitte.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke. Es dauert auch mit Sicherheit nicht lange; es sei denn, es geschehen Wunder.

Herr Brümmendorf, Sie haben ja gerade das noch mal erläutert, dass Sie in Ihrem Vermerk festgehalten haben, dass Sie keine Bedeutung für das Verfahren sehen, gesehen haben damals, und das auch notiert haben. Und dann haben Sie wieder Ausführungen gemacht - die Sie ja schon mehrfach gemacht haben -, dass das aber einschränkend zu sehen ist, weil Sie ja bestimmte Personen gar nicht beurteilen konnten und Szenen nicht beurteilen konnten und deshalb das keine abschließende Beurteilung der Garagenliste gewesen ist. So habe ich Sie verstanden.

Mein Problem dabei ist, dass das in dem Vermerk nicht drinsteht, sondern da findet sich ja nur der Satz, der Ihnen auch schon mehrfach vorgehalten worden ist: Nach hiesiger Bewertung ist diese Liste für das hiesige Verfahren ohne Bedeutung. - Alle diese Einschränkungen, die Sie jetzt immer gemacht haben in Ihrer Aussage, die finden sich da nicht. Gibt es irgendeine Erklärung dafür, warum Sie die nicht wenigstens mit einem Halbsatz erwähnt haben: „Aber da

müssen noch die Namen Soundso oder das und das abgeklärt werden; das übernehmen die Kollegen“, oder irgend so was?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Ich habe vertraut auf die Verabredung, die ich seinerzeit mit dem Kollegen Dressler gemacht habe, habe das als Entwurf definiert, indem ich es auch handschriftlich oben auf den Vermerk aufgebracht habe, diese entsprechende Markierung „E“ und „Asservatenauswertung“, und habe - möglicherweise fehlerhafterweise - eben nicht dokumentiert: Okay, das müsst ihr noch machen, das und das. - Ich bin aber davon ausgegangen - wie das üblich ist -, dass diese Asservatenauswertung weiter betrieben wird, insbesondere wenn da eine Entwurfsfassung auf dem Tisch liegt, dass der Kollege Dressler das sich noch mal anschaut. Und das war auch meine Intention seinerzeit, soweit ich mich erinnere, dass er noch mal nach seiner eigenen Bewertung auch für das Ermittlungsverfahren letztendlich und auch im Hinblick auf die Namen und die relevanten Namen eine Bewertung erstellt.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, ich fasse mal zusammen - das haben Sie auch schon mehrfach gesagt -, dass Sie davon ausgegangen sind, dass Sie das aber da nicht reingeschrieben haben, dass man das noch mal machen sollte, und dass Sie das selber auch als Fehler inzwischen ansehen.

Jetzt noch mal zu Ihrem eigentlichen Dienstherrn, zum BKA. Haben Sie dann im BKA - - Im BKA haben Sie über Ihre zehntägige oder fast zehntägige Reise nur eine Reisekostenabrechnung dann erstellt. Oder haben Sie da noch mal zusammenfassend - - Den Bericht haben Sie ja nicht mitgenommen, haben Sie gesagt, sondern den haben Sie dagelassen, auch keine Kopie mitgenommen oder Ähnliches, sondern nur - - Also, ist das üblich, dass man auf so eine Reise fährt, entsandt ist, da zu helfen, und dann keine Rückmeldung macht in sein eigenes Amt?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Es ist ja so üblich - und so ist es auch den Unterlagen zu entnehmen -, dass wir auch von Thüringen aus ständig einerseits schriftlich natürlich dem Haus berichtet haben und natürlich auch mündlich-telefonisch mitgeteilt haben, wie der Sachstand ist. Und nach meiner

Rückkehr bin ich selbstverständlich zu meinem Referatsleiter gegangen und habe kurz berichtet, was wir vorgefunden haben, was wir gemacht haben, aber kein schriftliches Dokument dazu als Protokoll zu dem, was wir alles gemacht haben, gefertigt. Das war eine mündliche Inkenntnissetzung der Referatsleitung, ja - soweit ich mich erinnere.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und über dieses Gespräch gibt es da einen Vermerk?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht. Weder von Ihnen noch vom Referatsleiter?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Davon gehe ich aus, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, in den Akten des BKA findet sich nur die Reisekostenabrechnung?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Und die Vermerke, die wir geschickt haben zur Information des Hauses.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber da war der Vermerk über die Auswertung nicht drin?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein. Das ist erst mal originäre Aufgabe vom Thüringer LKA; denn die Asservate dürfen ja auch nun nicht bundesweit verteilt und verteilt werden.

Ich sehe das ein, dass das ein Fehler war - das ist ja eben auch schon angesprochen worden -, dass diese Liste auch nicht mit mir den Weg ins BKA gefunden hat und dort noch mal gecheckt worden ist bzw. dort auch einer weiteren intensiven Untersuchung hätte zugeführt werden können.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt meine abschließende Frage: Es ist ja über ein Gespräch zwischen Ihnen und Herrn Dressler schon hier gesprochen worden, und da sollen Sie dann auch geäußert haben, dass Sie die Aufregung über die Garagenliste gar nicht verstehen. Ist das inzwischen verändert? Also, verstehen

Sie inzwischen die Aufregung, oder sagen Sie: „Das ist auch nicht so schlimm“ oder so?

**Zeuge Michael Brümmendorf:** Nein, nein, das ist schon eine fatale Geschichte. Die Bewertung oder Bedeutung der Liste sehe ich natürlich. Aber aus dem Blickpunkt, dass ich aus den regiona... keinen Fahndungsansatz generieren konnte - - Aus der bloßen Liste heraus und aus meinem Sachstand, den ich ad hoc entwickeln musste am 16.02.98, kann ich, konnte ich keinen Fahndungsansatz entwickeln. Natürlich ist es dem Außenstehenden vielleicht nicht erklärlich ohne diese Hintergründe, dass ich hier ein Verständnisproblem hatte. Natürlich ist mir klar - auch jetzt im Zusammenhang mit den Erläuterungen hier -, was hätte gemacht werden können, was schlecht gelaufen ist - ein Teil sicherlich mein Fehler, ganz klar. Ich kann mich aber auch an diese Aussage, dass man hier diese Aufregung - - dass ich diese Aufregung nicht verstehen würde, so nicht rekapitulieren. Also, die habe ich nicht so in Erinnerung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gibt es noch weitere Fragen an die Zeugen Dressler und Brümmendorf?

(Clemens Binniger (CDU/CSU):  
Nein!)

- Das ist nicht der Fall. Dann sind die beiden Zeugen hiermit entlassen.

Sie bekommen das Protokoll übermittelt, wie gesagt, mit der Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen dort Korrektur- oder Ergänzungsbedarf zu erkennen und geltend zu machen.

Dann sind Sie hiermit verabschiedet. Vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben.

Wir fahren dann fort mit dem öffentlichen Teil der Vernehmung von Herrn Engelke. Es ist seitens der Medienvertreter gebeten worden, jetzt kurz für Statements draußen zu unterbrechen. Ich bitte aber, das zügig zu gestalten, damit wir dann auch unser Ziel, bis 15 Uhr, 15.15 Uhr abzuschließen, möglichst erreichen können.

(Unterbrechung von 13.24 bis  
13.43 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Beweisaufnahmesitzung fort.

**Vernehmung des Zeugen  
Hans-Georg Engelke**

Als dritten Zeugen begrüße ich Herrn Ministerialdirigenten Hans-Georg Engelke.

Ich gehe davon aus, das wir im Laufe der Sitzung irgendwann Nichtöffentlichkeit werden herstellen müssen, weil Teile der Unterlagen, die uns jetzt auch aktualisiert zugegangen sind, eingestuft sind und hier nicht in öffentlicher Sitzung vorgehalten werden können. Gleichwohl sollten wir uns, denke ich, darum bemühen, zuerst die Fragen hier auch öffentlich miteinander zu besprechen, die öffentlich behandelt werden können.

Ich stelle fest, dass Kamerateams und Fotojournalisten den Saal verlassen haben. Ich muss, glaube ich, nicht noch mal darauf hinweisen, was die Spielregeln für die Besuchertribüne betrifft: Funktelefone ausschalten, keine Ton-, Film- und Bildaufnahmen, bitte.

Herr Engelke, wie bei Ihren, ich glaube, bisherigen zwei Besuchen im Ausschuss gilt, dass eine Tonbandaufnahme durch den Deutschen Bundestag gefertigt wird, die gelöscht wird, sobald das Stenografische Protokoll erstellt worden ist. Sie erhalten das Protokoll nach Erstellung mit der Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen.

Herr Engelke, ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Die Ladung haben Sie am 11. Februar 2013 erhalten. Für Ihr heutiges Erscheinen als Zeuge liegt eine Aussagegenehmigung des Bundesinnenministeriums vor, ursprünglich vom 11. Oktober 2012, mit einer Ergänzung vom 17. Oktober 2012.

Vor Ihrer Aussage, Herr Engelke, habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt,

kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Nein. Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Engelke, dann darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss ganz kurz mit Namen, Alter und Beruf vorzustellen.

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Mein Name ist Hans-Georg Engelke. Ich bin 48 Jahre alt, bin Ministerialdirigent im Bundesministerium des Innern, Leiter Stab Terrorismusbekämpfung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Demnach ist auch die ladungsfähige Anschrift nach wie vor die Adresse des Bundesinnenministeriums?

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Engelke, nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes haben Sie Gelegenheit, sich vor Ihrer Vernehmung zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Das haben Sie bejaht. Insofern erteile ich Ihnen jetzt das Wort.

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte ganz

kurz zum gegenwärtigen Stand der Ermittlungen aus meiner Sicht - einschließlich der Ergebnisse der von Ihnen per Beweisbeschluss erbetenen Nachermittlungen - Stellung nehmen.

Demnach stelle ich für mich fest, dass die - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Können Sie das Mikrofon ein bisschen näher zu sich ziehen, bitte? Vielleicht das zweite auch noch anmachen.

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Selbstverständlich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das wäre super. Danke.

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Ich hoffe, es ist besser so.

Ich würde gerne von dem Recht Gebrauch machen, ganz kurz zusammenfassend den Ermittlungsstand aus meiner Sicht darzustellen, wie er sich auch insbesondere nach den von Ihnen erbetenen - in Anführungszeichen - Nachermittlungen ergibt.

Aus meiner Sicht ist festzustellen, dass die Akten - und ich möchte im ersten Teil jetzt ausschließlich reden über die Vernichtung der Akten durch den Referatsleiter am 11.11; es gibt ja in dem Bericht einen zweiten Teil zu weiteren vernichteten Akten, aber bezogen auf die Vernichtung der Akten durch den Referatsleiter -, dass die durch ihn vernichteten Akten im wesentlichen materiellen Gehalt rekonstruiert werden konnten, vorliegen und zum Inhalt sich aus meiner Sicht ergibt: Es gibt keinerlei Hinweis darauf, dass Mundlos, Bönnhardt oder Zschäpe V-Leute des BfV waren. Es gibt keinerlei Hinweis darauf, dass die übrigen Beschuldigten des Ermittlungsverfahrens - auch wie sie später dann dazukamen - V-Leute des Bundesamtes für Verfassungsschutz waren. Diese Aussagen werden auch bestätigt durch übrige Ermittlungen. Ich möchte aber sozusagen hierauf Rücksicht nehmen, dass wir in offener Sitzung sind. Gegebenenfalls würden wir sicherlich später noch mal darauf zurückkommen müssen.

Es gibt an einer Stelle in der vernichteten Akte den Auftrag an eine V-Person, Ausschau zu halten nach auch den drei untergetauchten Personen Mundlos, Bönnhardt oder Zschäpe. Das ist der einzige Bezug, der sich in diesen vernichteten Akten findet. Ich

habe mit sämtlichen in diesem Sachverhalt relevanten, tätigen V-Mann-Führern gesprochen. Die alle bestätigen mir diese Erkenntnis.

Ich habe den Inhalt der Akten sehr sorgfältig durchgeschaut. Sie haben auch Gelegenheit gehabt, in die ungeschwärzten Akten Einsicht zu nehmen. Ich finde keine Stelle, die einen Hinweis darauf ergibt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz entweder selber in der Nähe der Handlungen des NSU war oder gar steuernd oder wie auch immer da beteiligt war. Ich vermag auch nicht zu erkennen - bei der Sachlage, wie geschildert -, dass es eine Stelle gegeben hätte, wo sie so nah dran gewesen seien, dass man vorwerfbar sagen kann: Hier sind riesige Chancen verpasst worden.

Das hatte mich in meinem Bericht zu der ersten Aussage geführt: Ich glaube nicht, dass die Akten wegen eines solchen Inhaltes vernichtet worden seien.

Die zweite Ebene der Untersuchung war: Gibt es sonstige Hinweise auf Gründe, warum solche Akten vernichtet worden sein sollen, namentlich dass kriminelle Handlungen hier vertuscht werden oder einfach - „einfach“ in Anführungszeichen - nur schlechte Arbeit vertuscht werden sollte?

Im Ergebnis ist das etwas schwieriger zu sagen, weil wegen des Zeitablaufes, wegen der Vernichtungsfristen die konkreten Nachweise, wann welche Geldsummen gezahlt worden sind - das war mein erstes Augenmerk -, nämlich die Quittungen an die V-Leute, in der Form nicht mehr vorliegen. Aber es gibt Zahllisten, und es gibt vor allem auch meine Gespräche mit den Personen, die die V-Leute geführt haben, und es gibt noch eine von mir beauftragte Untersuchung der Fachprüfgruppe und der Innenrevision des BfV, die gesagt haben: Anhand der uns vorliegenden, noch rekonstruierbaren Unterlagen gibt es keine Anhaltspunkte darauf, dass hier Geld beispielsweise veruntreut wurde und dass das ein Motiv für eine Vernichtung gewesen sein könnte. Vor allem für mich auch ausschlaggebend: dass eine große Vielzahl von Leuten unmittelbar mit den V-Leuten beschäftigt ist, aber nicht der handelnde Referatsleiter. Der ist Referatsleiter. Der ist in der Aufsichtsebene.

Deswegen habe ich gesagt: Ich glaube nicht, dass das ein Motiv für die Vernichtung gewesen sei.

Hinweise auf sonstiges schwer unprofessionelles Verhalten haben sich nicht gefun-

den. Es gibt einiges, glaube ich - wie bei jeder Handlung im Einzelfall -, was man rückblickend deutlich oder weniger deutlich hätte besser machen können; aber ein Motiv vermag weder ich noch die Fachprüfgruppe noch die Innenrevision des BfV hier zu erkennen.

Es gibt aber Hinweise, auf die ich an dieser Stelle nicht detailliert eingehen kann - aber gerne nachher in eingestufte Sitzung und, als Stichwort, namentlich auch durch Befragungen von Mitarbeitern -, dass das Motiv darin gelegen haben könnte, dass der handelnde Referatsleiter davon ausging, die Akten hätten schon längst vernichtet sein müssen. Er würde Ärger bekommen, wenn die Akten noch da seien.

Diesem Motiv bin ich nachgegangen und habe einiges dafür gefunden, dass das plausibel ist. An erster Stelle zu nennen ist vielleicht die Tatsache, dass in der Tat, wenn man zugrunde legt, dass die Handelnden davon ausgingen, nach zehn Jahren hätten auch diese Akten vernichtet worden sein können - - Dahinter verbirgt sich ja eine komplexe rechtliche Thematik, über die wir bereits geredet hatten. Aber für mich steht fest, dass das BfV in der Praxis davon überging [sic!] - so auch in Vorschriften angeordnet -, dass nach zehn Jahren auch solche Akten hätten vernichtet werden müssen. Dann ist zu sagen, dass von den sieben vernichteten Akten fünf nach so einer Rechnung hätten vernichtet sein müssen - eigentlich - und zwei jedenfalls hätten vernichtet sein können.

Das spricht für mich für die Plausibilität, und so bin ich zusammenfassend zu der Aussage gekommen: Nach meiner Überzeugung liegt das Motiv nicht in der Vernichtung von Inhalten, sondern in dem Bemühen, sozusagen sich dieser Kritik, dass die Akten als solche noch da sind, zu entziehen.

Sie hatten dann gesagt, Sie bitten um weitere Ermittlungen in der Richtung: Gibt es aus den Dateiprotokollen, aus der Protokollierung von Datenzugriffen, aus der Art, wie er versucht hat, auf die Namen der dann vernichteten V-Mann-Akten zu kommen, und insbesondere auch aus seinen Telekommunikationsverbindungsdaten Anhaltspunkte auf ein mögliches anderes Motiv? Das ist eine für mich damals als Ermittlungsbeauftragter und mit den Mitteln der Fach- und Rechtsaufsicht rechtlich ein bisschen schwierige Frage. Aber Sie als Untersuchungsausschuss - das war auch Ergebnis eines Be-

richtes - haben selbstverständlich das Recht nach § 18 des Gesetzes über Untersuchungsausschüsse, diese Ermittlungen durchführen zu lassen. Die Ergebnisse hat das BfV in einem Bericht als Beantwortung des Beweisbeschlusses BMI 15 Ihnen übersandt.

Und wenn ich es für mich mal zusammenfassen darf, wobei ich sozusagen - - Da bin ich etwas übertretend, weil es waren Ihre Ermittlungsaufträge. Aber meine Interpretation wäre: Wenn ich mir zunächst die Zugriffe oder Nichtzugriffe auf die Daten anschau, dann hat er im zentralen Registrierungssystem NADIS keinerlei Zugriffe gemacht. Das heißt aber auch, er hat keinen verändernden Zugriff gemacht. Er hat weder gelesen noch geschrieben. Er hat in der sogenannten Forschungs- und Werbungsdatei Ermittlungen durchgeführt. Die Forschungs- und Werbungsdatei - - Und diese Ermittlungen - - Oder: Die Zahl der Zugriffe steht für mich in Übereinstimmung mit dem von mir rekonstruierten Geschehensablauf. An den Tagen, an denen er die Akten zusammenstellen sollte, ist in der Tat vermehrte Aktivität in den Dateien festzustellen. Eine genaue Protokollierung, was und wonach er gesucht hat, ist technisch nicht möglich.

Mir ist klar, dass das jetzt ein bisschen oberflächlich noch ist, aber das ist der offenen Sitzung geschuldet.

Bei den Mails muss man sagen, die sind jedenfalls vom Absender und vom Eingang her als Protokoll festgestellt worden. Diese Liste ist Ihnen übersandt worden. Ich komme für mich zu dem Ergebnis, dass ich jedenfalls keine Auffälligkeiten in dem Sinne habe, dass ich Anhaltspunkte daraus entnehmen kann, dass hier etwas anderes als die von mir dargelegte Motivlage zum Tragen kommt.

Dasselbe ist es mit den Telefonaten, mit den Verbindungsdaten, die wir Ihnen vorgelegt haben. Da ist es so, dass festzustellen ist, dass er durchaus auch in einem großen Umfang privat telefoniert hat. Darüber könnten wir vielleicht in eingestufte Sitzung noch weiterreden. Jedenfalls habe ich bei den Ergebnissen für mich kein Element gefunden, wo ich gesagt habe: Da sind Auffälligkeiten in dem Sinne, da wird kommuniziert in einem Umfang wie sonst nicht oder mit Personen, mit denen sonst nicht kommuniziert wird, vorhanden, sodass sich für mich im Ergebnis eigentlich meine These bestätigt hat. Ich gehe nach wie vor davon aus, dass die Vernichtung wegen der von mir ange-

sprochenen Vernichtungsfristen hier erfolgte. Um es nicht misszuverstehen: Ich bin der Untersuchungsbeauftragte des BMI. Ich komme nicht zu dem Ergebnis, dass das alles klasse gelaufen ist und fehlerfrei. Das tue ich nicht. Es ist hier ganz viel zu kritisieren. Aber Anhaltspunkte für kriminelles Tun oder das Vertuschen von den von mir genannten Faktoren habe ich nach wie vor für mich nicht erkennen können.

Ich hatte versprochen, es kurz zu machen, Herr Vorsitzender. Damit würde ich es jetzt an dieser Stelle erst mal bewenden lassen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank. - Dann sollten wir jetzt die Gelegenheit nutzen, die Fragen miteinander zu klären, die in öffentlicher Sitzung geklärt werden können.

Eine gewisse Problematik stellt natürlich dar, dass sowohl die Auswertung des Zugriffes des zuständigen Mitarbeiters des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf die Forschungs- und Werbungsdatei als auch die Telefonverbindungen von eingehenden oder ausgehenden Anrufen, an denen er beteiligt war, Geheim eingestuft sind. Deswegen will ich mal vielleicht folgende Fragen allgemein, ohne da Vorhalte machen zu müssen aus den Unterlagen, selber formulieren. Ich habe eigentlich nur zwei.

Die erste Frage ist: Haben Sie nachvollziehen können, wann, das heißt, um welche Uhrzeit, am 8. November genau die Abteilung 2 des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom Präsidenten den Auftrag bekommen hat, die Akten auf die Namen - insbesondere Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe - hin zu überprüfen?

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Der Auftrag - - Auf die Gefahr - - Ich will jetzt möglichst wenig blättern. Aber der Auftrag der Amtsleitung ist nach Rückkehr vom Präsidenten Fromm, nach Rückkehr aus der ND-Lage im Kanzleramt, erteilt worden, die dienstags immer vormittags tagt und die, ich glaube, frühestens um 12 Uhr beendet ist, sodass ich davon ausgehe, dass der Auftrag in dieser Form nach diesem Zeitraum ergangen ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber wann genau, können Sie nicht sagen, oder?

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Wir haben ja eine Mail mit der Auftragssteuerung, glaube ich.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
13.22 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 13.22 Uhr, sagt der Kollege Binninger.

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Ja, 13.22 Uhr. Also, wie gesagt, ich will jetzt vermeiden, groß zu blättern; aber das ist dann sicherlich so.

Wir haben aber ja auch - - Oder: Als Ergebnis meiner Untersuchung war ja auch festgestellt, dass die Abteilung von sich aus ja schon zum Zeitpunkt vorher losgegangen ist und gesagt hat - - Nachdem am Freitag die Leichen von Mundlos und Böhnhardt gefunden wurden und am Wochenende nach und nach dann Hintergründe oder mehr Hintergründe bekannt wurden, dann ist - und da würde ich sagen, alles andere wäre extrem verwunderlich - ja schon in der Abteilung am Montag in der Managementteamsitzung, wie sie heißt, nämlich des Abteilungsleiters mit den Gruppenleitern, darüber gesprochen worden: Das bedeutet für uns jetzt natürlich, wir müssen herausfinden, ob und welche Erkenntnisse im BfV gegebenenfalls zu diesen Personen und Hintergründen vorlagen. - Und dieser Auftrag ist, nach meiner Rekonstruktion, dann ja am Dienstag - da weiß ich es nicht genau, wann - dem handelnden Referatsleiter übermittelt worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Meine zweite Frage: Aus der Liste, der Telefonübersicht, ergibt sich, dass der Referatsleiter auch mit einem Verfassungsschutzamt telefoniert hat - mehrfach -, das jetzt nicht naheliegenderweise einem in den Sinn kommen müsste, wenn man im Zusammenhang mit drei Personen aus Thüringen Rücksprachebedarf hat. Haben Sie dazu mit ihm gesprochen?

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Ich habe nach der Feststellung der Telefonverbindungsdaten nicht mehr mit dem Referatsleiter gesprochen. Nach wie vor laufen gegen ihn ja Disziplinarverfahren und, ich glaube, auch Strafverfahren. Das weiß ich nicht genau, wie da der aktuelle Stand ist. Ich habe aber auch den Kontakt dann nicht mehr zu ihm gesucht, weil ich weiß, dass er einmal

mit mir geredet hat und danach eben zurückhaltend war.

Zu dem Telefonat ist zu sagen: Für mich ist besonders relevant der Zeitraum 4. bis 11. Das ist der Zeitraum vom Feststellen der Leichen bis zur Vernichtung der Akten. Wir müssen uns natürlich auch die anderen Zeiträume danach angucken; aber der ist besonders relevant. In diesem Zeitraum hat es einen Anwahlversuch gegeben, keinen -- Also, das ergibt sich aus der Liste: Die Verbindung ist nicht zustande gekommen. Das ist ein Punkt, weswegen ich für mich sage: Ich habe -- Ich schöpfe nicht viele Anhaltspunkte.

Das Zweite ist: Die Tatsache alleine, dass ein Referatsleiter mit Landesämtern telefoniert, begründet für mich auch -- Andersherum: Ich würde mich sehr wundern, wenn das nicht der Fall wäre. Hier kann man sagen: Hier geht es um ein bestimmtes Land; wir müssen gucken, wie sich die Telefonverbindungen dann weiter entwickelt haben. Aber -- Also, ein Anwahlversuch, nicht zustande gekommen, ist für mich -- führt nicht zu einer Änderung der Bewertung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja, einige Tage später ist er ja dann zustande gekommen.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Das können wir nachher machen!)

Aber das werden wir nachher sicherlich noch vertieft --

Eine letzte Frage, Herr Engelke. Wir hatten ja eigentlich vorgehabt, heute neben Ihnen zwei weitere Zeugen zu hören, unter anderem eine Bürosachbearbeiterin aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz. Namen muss ich jetzt hier nicht nennen. Da hören wir, dass die als Zeugin vorgesehene Person seit Oktober, und zwar angeblich wegen dieses Vorganges Aktenvernichtung, seit Oktober 2012 arbeitsunfähig und reiseunfähig sei. Sind Sie der Frage mal nachgegangen, wie das zu erklären ist?

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Der Frage, wie es zu erklären ist, dass sie so lange krank ist, bin ich nicht nachgegangen. Ich habe selber zweimal mit ihr geredet zu Beginn meiner Untersuchung und würde gerne Details in der eingestuften Version der Sitzung sagen, aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes, weil es handelt sich hier um eine offensichtlich kranke Mitarbeiterin.

Wenn ich aber so viel sagen darf: Auch ich habe mir nach diesen Gesprächen durchaus Sorgen gemacht um die Mitarbeiterin.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Reinfeld.

**MR Richard Reinfeld (BMI):** Herr Engelke, ich greife das noch mal auf. -- Also, ich meine auch, die Thematik „andere Mitarbeiter und deren Krankenstand“ -- auch in der Verknüpfung -- sollten wir in der eingestuften Sitzung machen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. -- Gut, dann kommen wir jetzt zur ersten Berliner Runde. Wie gesagt, noch in öffentlicher Sitzung. -- Herr Binninger für die Unionsfraktion.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wir haben in der öffentlichen Runde keine Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** SPD-Fraktion?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, ganz kurz zwei Fragen. -- Herr Engelke, schönen guten Tag. Ich habe zwei Fragen, und zwar das eine ist: Wie ist das mit den Disziplinarverfahren? Können Sie das in öffentlicher Sitzung sagen? Hat sich da was ergeben? Weil da waren ja Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Sind die abgeschlossen worden? Laufen die noch? Dass Sie das vielleicht sagen.

Und dann -- Ja, vielleicht machen wir das zuerst, und dann stelle ich meine zweite Frage, genau.

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Ich habe mich in Vorbereitung auf die heutige Sitzung auch danach erkundigt. Nach meinem Stand laufen die Disziplinarverfahren noch.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay, das wäre dann ja auch interessant, wenn wir dann irgendwann mal die Information bekämen, wie das weitergeht.

Und dann noch mal zu Ihrer Bewertung. Also, ich kann das natürlich nachvollziehen, wie Sie das geschildert haben, wie Sie zu Ihrer Bewertung kommen. Ich habe mich trotzdem eines gefragt, und das ist das, was mich nicht so überzeugt. Sie kommen zu dieser Bewertung. Was hat Sie bewogen, überhaupt so eine Bewertung abzugeben,



also dass das Ziel der Aktenvernichtung war, die Arbeit vom Schreibtisch zu bekommen in dieser kritischen Situation? Wir haben ja letztes Mal auch schon darüber diskutiert, ob sich das nicht widerspricht, wenn man einerseits der Meinung ist, die Daten hätten sowieso schon vernichtet werden müssen, und dann andererseits die Arbeit nicht auf dem Tisch haben möchte. Aber hätte es nicht auch die Möglichkeit gegeben, dass man sagt: „Wir kennen das Motiv nicht, wir können das Motiv nicht näher erörtern, wir lassen das an dieser Stelle offen“? Vielleicht können Sie mir noch mal sagen, was Sie bewogen hat, trotzdem - - wie stark die Argumente in der Abwägung waren und was Sie bewogen hat, vielleicht auch mit dem Hintergrund der öffentlichen Darstellung, doch zu sagen: Ich komme jetzt zu dieser Bewertung. Denn für mich reicht es irgendwie noch nicht aus, um voll überzeugend zu sein. Vielleicht können Sie da noch mal ein bisschen was zu sagen.

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Wenn ich vorwegschicken darf: Ich gestehe auch gerne zu, dass jeder, der das hört, sagt: Mensch, also, das ist doch alles - - das klingt doch alles irgendwie sehr merkwürdig. Das ist klar. Nur, ich versuche, fair und objektiv zu ermitteln, und ich kann ja jetzt nicht sozusagen schärfer urteilen, als ich Anlass habe aus dem Ergebnis meiner Untersuchungen.

Vielleicht in offener Sitzung nur so viel: Er hat zu Mitarbeitern, zu zwei Mitarbeitern, Äußerungen über sein Motiv gemacht. Er hat ja auch mal mit mir geredet. Die Schwierigkeit ist: Er hat ein Disziplinarverfahren, er hat ein Ermittlungsverfahren, und dort macht er von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch, so, wie er das Ihnen gegenüber auch hier gemacht hat. Das ist sozusagen jetzt eine rechtlich wirklich schwierige Situation. Das war aber für mich der Anhaltspunkt, zu sagen: Aha, das kann also das Motiv gewesen sein. Ist das plausibel? - Und alles, was ich gefunden habe, spricht dafür, dass es in der Tat sozusagen, überhaupt nicht vorwerfbar, aber - - eine Umbewertung im BfV gegeben hat, wann Akten der Beschaffung, Personenakten, zu vernichten sind, dass es an einem konkreten Fall, der nicht im Bereich rechts spielt, in der Vergangenheit da innerhalb des Amtes erhebliche Turbulenzen gegeben hat, dass diese Turbulenzen dazu geführt haben, dass bei den Mitarbeitern der Eindruck entstand: „Du musst dafür sorgen,

dass die Altakten geordnet und bereinigt sind“, in der berechtigten Annahme - kritischer Unterton -, dass das nicht so ist, und dass dieser Druck auch durchaus von Vorgesetzten aufgebaut wurde. Das macht es für mich plausibel im Ergebnis, so plausibel, dass ich für mich glaube: Das war das Motiv. Aber das ist in der Tat - das möchte ich ganz deutlich machen - meine Bewertung. Die letzte Klarheit über das Motiv habe ich nicht; aber so, dass ich mit Überzeugung hier stehe und sage: Das glaube ich; zumal - und das ist ein Indiz, was ich gerade noch genannt hatte -, wenn man sich die vernichteten Akten anschaut, dann ist es tatsächlich so, wenn man die Zehnjahresfrist zugrunde legt, dann hätten - hatte ich gerade schon gesagt; nur noch mal - fünf eigentlich vernichtet sein müssen. Es mag entschuldbar sein, dass sie noch nicht vernichtet waren, aber eigentlich hätten sie vernichtet werden müssen. Und zwei hätten jedenfalls, hätte einer reingeguckt - was aber offensichtlich nicht erfolgt ist -, vernichtet werden können. Insgesamt komme ich so zu dem Ergebnis - vielleicht so viel in offener Sitzung -, dass ich glaube - - Ich glaube das.

Und dann ist es noch so, dass ich die Beteiligten gesprochen habe und auch teilweise kenne, und das ist natürlich sozusagen mein Prä. Man hat dann einen unmittelbaren Eindruck von Beteiligten und sagt: Stimmt das? Stimmt das mit der Persönlichkeit, die hier handelt, überein? Und das glaube ich schon.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Vielen Dank. - Das hat es für mich noch mal deutlich klarer gemacht, und ich habe auch registriert, dass auch Sie ein Fragezeichen an Ihre eigene Bewertung setzen. Ich hoffe, Sie verstehen das jetzt nicht falsch, wenn ich das so sage. Aber es wird sich vermutlich mit letzter Sicherheit entweder nur klären lassen, wenn der Referatsleiter selber eine Aussage dazu macht und selber zu seiner Motivlage Stellung nimmt, oder - - Ansonsten müssen wir zu dem Ergebnis kommen: Wir können es nicht mit letzter Sicherheit sagen.

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Genau. - Wenn ich nur noch einen Nachsatz sagen darf. Deswegen komme ich ja immer wieder dazu und sage: Aber wir kennen ja die Inhalte, jedenfalls dem Wesentlichen nach, sage ich. Ich kann das auch gut begründen, aber - - Und es gibt einfach - - Also, wenn es

jetzt so wäre, dass da was anderes wäre, dann würde ich auf das alles gar nicht hören, was mir einer erzählt als Motiv oder sonst wie, aber ich sehe ja die Inhalte, und ich sage: Wo ist da der Punkt, wo ich sage, wegen dieser Inhalte hätten die Akten vernichtet werden sollen? Das leuchtet mir überhaupt nicht ein.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Danke schön.

**Vorsitzender Sebastian Edathy**: Zurzeit keine weiteren Fragen der SPD-Fraktion. - Dann die FDP-Fraktion in öffentlicher Sitzung? - Herr Wolff.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Herr Engelke, Sie haben gesagt, ein Disziplinarverfahren läuft. Sie haben sich noch mal informiert. Ist da ein Ende absehbar?

**Zeuge Hans-Georg Engelke**: Herr Abgeordneter, ich halte mich, ehrlich gesagt, ein bisschen bewusst von dem Disziplinarverfahren fern, weil ich nicht gerne möchte, dass mir einer sagt, dass ich in irgendeiner Form auf Ablauf, Inhalte, Zeit, Dauer dieses Disziplinarverfahrens Einfluss genommen habe. Deswegen - - Und das entspricht auch meiner Rolle als Untersuchungsbeauftragter. Ich vermag Ihnen das nicht zu sagen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Sagen wir es mal so: Was ich interessant fand: dass Sie sagten, Sie wissen nicht, ob ein Strafverfahren läuft, weil das Disziplinarverfahren ist natürlich eine interne Angelegenheit, während das Strafverfahren bzw. die Ermittlungstätigkeiten der Staatsanwaltschaft natürlich etwas Externes wäre, wobei die natürlich ermitteln würden in eine Richtung, die für Sie sicherlich interessant ist. Da haben Sie keine Anhaltspunkte, ob jetzt wegen Urkundenunterdrückung, Unterschlagung bzw. Sachbeschädigung hier ein Strafverfahren eingeleitet worden ist - bei Letzterem wäre das sogar ein Antragsdelikt -, ob hier das Bundesinnenministerium einen entsprechenden Antrag gestellt hat und wie weit hier auch eine Unterstützung des BMI bei einem möglichen Strafverfahren in Betracht käme?

**Zeuge Hans-Georg Engelke**: Ich glaube, das darf ich in offener Sitzung noch sagen: Ich weiß, dass ein Ermittlungsverfahren, ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfah-

ren, eingeleitet wurde, auch aufgrund mehrfacher Strafanzeigen, das nach meiner Kenntnis wegen Urkundsdelikten - das weiß ich aber nicht spezifiziert - lief. Ich weiß nur nicht - und das sagte ich gerade -, ob es abgeschlossen ist oder nicht. Für diesen Themenkomplex gilt sozusagen dasselbe, was ich gerade für das Disziplinarverfahren gesagt habe.

Weil Sie nach der Rolle des Bundesinnenministeriums fragten: Wir haben dem BfV gesagt, dass hier vollstmögliche Kooperation zu walten hat, Akteneinsicht zu gewähren ist etc., und solche haben nach meiner Kenntnis auch stattgefunden. Aber das sind jetzt Ergebnisse aus laufenden Ermittlungsverfahren.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ich bin davon ausgegangen, dass das BMI das macht. Nicht falsch verstehen.

**Zeuge Hans-Georg Engelke**: Ja, ist klar.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Was für mich interessant ist, ist aber: Ist die Staatsanwaltschaft denn auf Sie schon zugekommen als Person?

**Zeuge Hans-Georg Engelke**: Als Person? Ja, weil ich sozusagen der Ansprechpartner war für die Frage: Haben wir Zugriff auf Akten, und in welchem Umfang? Das ist aber auch Monate her.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also, das heißt, inhaltlich sind Sie noch nicht, zum Beispiel im Ermittlungsverfahren, als Person befragt worden?

**Zeuge Hans-Georg Engelke**: Nein.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Keine weiteren Fragen in öffentlicher Sitzung.

**Zeuge Hans-Georg Engelke**: Aber wenn ich es - - Aber unter anderem meinen Bericht haben wir zur Verfügung gestellt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy**: Dann die Linksfraktion. Bitte, Frau Pau.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Herr Engelke, Sie sitzen hier - Sie haben es ja auch selbst gesagt - als der vom Bundesinnenminister eingesetzte Sonderermittler. Und ich sage

das einfach so: Das, was Sie uns hier an Auskünften geben, nehme ich als Auskunft des Bundesinnenministers zur Aufklärung der Vorgänge in seinem Zuständigkeitsbereich mit dem Stand des heutigen Tages. Und da interessiert mich im Moment mal weniger der Sachverhalt, der hier schon besprochen wurde. Wir haben ja in den vorangegangenen Beratungen auch über weitere Aktenvernichtungen im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern gesprochen. Und ans BMI gerichtet: Ich bin glücklich, dass der Satz: „Kritisch anzumerken ist jedoch, dass ein genereller Vernichtungsstopp aller Unterlagen aus dem Bereich rechts früher hätte angeordnet werden sollen“, nun im offenen Bericht steht, weil ich konnte überhaupt nicht begreifen, warum das, ausgerechnet das, was ja nun wenigstens mal eine kritische Anmerkung ist zu dem, was da nach dem 04.11. im Bundesinnenministerium generell geschehen ist und - der Gerechtigkeit halber muss ich das sagen - leider in den meisten Landesinnenministerien auch, dass es nämlich keinen Aktenvernichtungsstopp gegeben hat, dass das jetzt hier wenigstens als Ergebnis Ihrer Untersuchungen auch der Öffentlichkeit dargeboten wird und wir daraus dann auch Schlussfolgerungen ziehen können.

Aber mich interessiert wirklich bei diesen anderen vernichteten Akten, aus denen ich jetzt nicht zitieren kann, wo ich nicht mal sagen kann, um welche Akten es geht, die da in irgendeiner Weise betroffen waren: Wie kommen Sie zu der Schlussfolgerung, dass bei den meisten dieser Vorgänge ein NSU-Bezug nicht erkennbar ist?

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** War das die Frage?

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Gut. Ist schwierig in offener Sitzung.

Vielleicht zu der vorangegangenen Aussage, dass kritisch anzumerken sei - - Das ist meine Anmerkung. Ich bin - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, so habe ich das verstanden. Das habe ich auch so gewürdigt.

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Wie Sie mich auffassen und interpretieren, das ist

selbstverständlich Ihre Bewertung. Ich empfinde mich nicht als Bundesinnenminister. Ich bin der Beauftragte des Bundesinnenministers zur Untersuchung dieser Aktenvernichtungen. Er hat gesagt: Machen Sie Ihre Untersuchung; ich hänge mich nicht rein. - Also, er hat, glaube ich, eine vornehmere Formulierung gewählt, aber das war das Inhaltliche.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Na gut, er wird sich ja hoffentlich davon nicht distanzieren. Das würde mich jetzt sehr enttäuschen.

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Das ist jedenfalls meine Bewertung. Ich wäre froh gewesen, wenn es vorher einen solchen Stopp gegeben hätte. Damit habe ich auch kein Problem, das in offener Sitzung zu sagen, vielleicht dann noch mit der Hinzufügung, dass ja aus Sicht des Bundesinnenministeriums bei der Zusammenstellung der Akten größte Sorgfalt obwaltet wurde, so dass nach der Auffassung der handelnden Behörden alles zur Verfügung gestellt wurde. Und ich glaube auch nicht, dass es - - was Sie brauchten, dass ich nur sage: Es gibt eben - - Ein genereller Aktenvernichtungsstopp ist eine so drastische, auch rechtlich sehr, sehr schwierige Maßnahme. Und das auszudehnen auf Bereiche, von denen sich niemand im Moment vorzustellen vermag, dass da möglicherweise Hinweise sind und in weiten Teilen auch nicht - - Da fange ich nur - - Jetzt sage ich die Bewertung auch: Das sehe ich auch. Ich sage: Trotzdem wäre es besser gewesen. Dazu stehe ich auch, das sage ich auch gerne in öffentlicher Sitzung.

So, jetzt hatten Sie gefragt, wie ich zu der Aussage komme, es gibt keine Verbindung zum NSU.

**Petra Pau (DIE LINKE):** NSU-Bezüge, jedenfalls bei den meisten Vorgängen, sodass da also auch kein Schaden entstanden ist durch den - -

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Ich habe gesagt - und ich glaube, ich habe es auch nie anders gesagt und auch nie anders geschrieben -: Ich glaube nicht, dass bei den übrigen vernichteten Akten - - Da gibt es in Einzelfällen selbstverständlich - - Da taucht mal ein Beschuldigter auf, da tauchen möglicherweise auch mal V-Leute auf, oder wie auch immer. Alles, was ich dazu weiß, habe ich versucht darzustellen.

Jetzt ging es für mich um die Frage: Durch die Art und Weise der Vernichtung - wann das passiert ist, wie es passiert ist, welche Inhalte, alles, was ich darüber weiß - glaube ich, dass eine Vernichtung deswegen erfolgt ist, um dieses Wissen aus der Welt zu schaffen? Und das ist meine Bewertung; da sage ich: Nein, ich habe keine Anhaltspunkte, dass die Vernichtung erfolgte, um Wissen zum NSU aus der Welt zu schaffen. Dass es keine Bezüge gibt, habe ich nicht gesagt und glaube ich auch nicht. Allerdings sind sie tatsächlich nicht so riesengroß.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Na gut, unterstellen wir jetzt mal, dass Sie recht haben, dass da nicht der Vorsatz ist, Bezüge zum NSU zu vernichten oder Dinge, die wir vielleicht hier noch brauchen. Aber natürlich konnte im November, auch im Dezember und wahrscheinlich auch im März keiner wissen, welche Bezüge beispielsweise durch die Arbeit der Untersuchungsausschüsse, aber natürlich auch durch die Arbeit der BAO „Trio“, die dann dem Generalbundesanwalt zugearbeitet hat, hier noch auftauchen. Wie gesagt, ich kann ja jetzt hier leider nicht die vernichteten Vorgänge aufrufen, um Ihnen jetzt hier in öffentlicher Sitzung zu erklären, warum mich dann das Ganze doch stutzig macht, warum ausgerechnet Vorgänge, die diese Personen betreffen, vernichtet wurden, während andere offensichtlich im Aktenstau weiter hängenblieben, obwohl sie auch längst nach den gesetzlichen Fristen hätten vernichtet sein müssen. Ich hoffe, ich habe mich jetzt hinreichend unklar ausgedrückt, dass ich hier kein Geheimnis verraten habe, und trotzdem klar für Sie, dass Sie verstehen, was mich bedrückt.

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Ich bemühe mich, Frau Abgeordnete. Aber es ist so, wie ich es versucht habe darzustellen durch die - - Da müsste man aber sehr detailliert in die Verfahren eingreifen, was für Unterlagen vernichtet wurden und sonst wie. Daraus sage ich noch mal netto - meine Gegenbewertung möchte ich dann hier auch sagen -: Gezielt ist da nichts vernichtet worden.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut, das ist das für die öffentliche Sitzung. Dann kommen wir nachher auf die konkreten Vorgänge zurück, und ich bin ausgesprochen gespannt, wie Sie das dann für uns auflösen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben die Bündnisgrünen Fragen in öffentlicher Sitzung? - Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe zwei Fragen. Herr Engelke, diesen Ausschluss, den Sie hier definitiv gesagt haben - sie waren bei uns keine Werbefälle, die drei, und wurden nicht als V-Leute geführt -, bezog sich ausschließlich auf das Bundesamt für Verfassungsschutz?

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** So von mir gesagt.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Hatten Sie darüber hinaus Recherchemöglichkeiten im Verbund der Verfassungsschutzämter, oder haben Sie da nicht geforscht?

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Nach meiner - - Ich habe aber nur im Bundesamt geforscht. Ich habe nicht in den Ländern nachgefragt. Mir ging es um den Kenntnisstand des BfV - Anhaltspunkte -, weil ich ja aufzuklären hatte, ob im BfV ein Motiv liegt für die Vernichtung der Akten.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Zweite Frage: Sie schilderten eben den Fall, dass in einer V-Mann-Akte die Aufforderung war, sich umzuhören nach den dreien. Ist das dieser Fall, den Sie schon in Ihrem November-Bericht geschildert hatten, außerhalb Thüringens, diese Aufforderung? Ist das der uns bekannte - -

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Ja, also, das ist - - Und das ist in den Akten, die Ihnen ja vorliegen, auch so genau enthalten.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Also insofern nichts Neues?

**Zeuge Hans-Georg Engelke:** Ist nichts Neues, nein.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gibt es weitere Fragen in öffentlicher Sitzung an den Zeugen? - Das ist nicht der Fall. Dann würden wir jetzt in die eingestufte Sitzung gehen. Herr Reinfeld sagte mir vorab, er wäre ein-

verstanden, wenn wir hierfür in diesem Saal bleiben würden. Dann machen wir das so. Dann würde ich aber die Öffentlichkeit bitten, uns zu verlassen und die hier unten im Saal anwesenden Personen, die nicht Geheim ermächtigt sind, ebenfalls bitten, den Saal zu verlassen.

(Schluss des Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich: 14.20 Uhr -  
Folgt Sitzungsteil Zeugenverneh-  
mung, Geheim)

# Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen EKHK Jürgen Dressler Anlage

## Empfangsbekanntnis

Absender:

Herr  
EKHK Jürgen Dressler  
Thüringer Landeskriminalamt  
Am Schwemmbach 69  
99099 Erfurt

Deutscher Bundestag  
2. Untersuchungsausschuss

08. April 2013

849

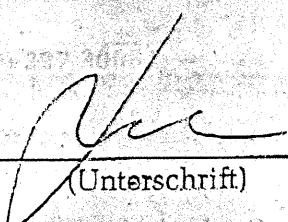
An das  
Sekretariat des 2. Untersuchungsausschusses  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Fax: 030/227 30084

Hiermit bestätige ich, das Protokoll über die 57. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses  
am 1. März 2013

erhalten zu haben.

Datum: 08.04.2013

  
(Unterschrift)

*Auf Seite 12 ist ein Fehler. MJA zum Dressler enthalten  
Bund- zum Schwemmbach.*

✓

Es besteht auch die Möglichkeit, das Empfangsbekanntnis per E-Mail an uns zu senden.  
E-Mail-Adresse: 2.untersuchungsausschuss@bundestag.de